1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 18 vom 7. Mai 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM



Belagert wurde der städtische Saalbau in Witten von über 2000 Antifaschisten. Der Grund: Am vergangenen Sonntag hatte die faschistische NPD hier ihren NRW-Landesparteitag angesetzt. Ein breites Aktionsbündnis, zu dem auch die KPD gehörte, hatte sich eine Verhinderung dieser Provokation zum Ziel gesetzt. Das gelang zwar wegen der zum Schutz der Nazis aufgebotenen starken Polizeikräfte nicht. Dennoch zeigte die Aktion, daß heute viele Menschen bereit sind, sich aktiv den Faschisten entgegenzustellen. Besonders positiv einzuschätzen ist auch die Tatsache, daß der DGB zu einer Gegenkundgebung am Saalbau aufgerufen hatte.

Straßenschlachten in Warschau

Massendemonstrationen gegen das Militärregime

In Warschau, Gdańsk und vielen anderen polnischen Städten gingen am 1. Mai Zehntausende von Werktätigen zu machtvollen Protestdemonstrationen gegen die Militärdiktatur auf die Straße. Zwei Tage später versammelten sich in der Hauptstadt erneut etwa 25000 Menschen unter den Fahnen der vom Regime in den Untergrund getriebenen Gewerkschaft Solidarność.

Die polnischen Machthaber hatten am 1. Mai eine Demonstration organisiert, bei der General Jaruzelski persönlich an der Spitze marschierte und die sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand — der Aufmarsch war von starken Polizeikräften hermetisch abgeriegelt worden. Zur gleichen Zeit versammelte sich vor der Kathedrale eine unüberschaubare Menschenmenge: Fahnen und Losungen der Solidarność tauchten plötzlich auf, in Sprechchören wurde immer wieder die Freilassung der verhafteten Gewerkschafter gefordert. Andere Parolen waren „Weg mit der Junta" oder „Wir sind mehr — wir werden siegen!" An der Demonstration, die dann durch die Warschauer Altstadt zog, beteiligten sich auch Studenten mit einem riesigen Transparent, auf dem zu lesen war: „Die Universität mit den Arbeitern!"

Hatten sich die Polizeitruppen am 1. Mai noch zurückgehalten, so änderte sich das Bild in der Hauptstadt vollständig, als am Montag wieder Zehntausende von Regimegegnern auf die Straße gingen. Sie wurden mit Wasserwerfern, Tränengas und massivem Knüppeleinsatz angegriffen. Die Folge waren Straßenkämpfe im gesamten Bereich der Altstadt. Immer wieder hallte den Knüppelgarden der Junta der Ruf „Gestapo, Gestapo" entgegen.

„Der Winter gehört euch, das Frühjahr ist unser." Diese Losung hatte die Solidarność nach der Errichtung der Militärdiktatur ausgegeben. Viele mochten das für Kraftmeierei gehalten haben. Aber am Wochenende zeigte sich: Die Solidarność konnte nicht zerschlagen werden.



Argentinisches Schiff versenkt

Keine Unterstützung für den britischen Kolonialkrieg!

Die britische Flotte hat mit den Kriegshandlungen im Südatlantik begonnen. Nach der Bombardierung des Inselflugplatzes und der Torpedierung eines Kreuzers wurde ein Patrouillenboot versenkt — offensichtlich fanden dabei 15 argentinische Soldaten den Tod. Jetzt wird damit begonnen, weitere Truppen in den Südatlantik zu verfrachten.

Abermals bekräftigten dabei in der letzten Woche die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und der NATO ihre Unterstützung für den „Partner" Großbritannien.

Auch die deutsche Bundesregierung beteiligte sich daran — nicht nur in Worten, sondern auch mit wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen gegen Argentinien. So wird in diesem ungerechten Krieg von der Bundesregierung aktiv Partei ergriffen.

Hinter den Kulissen wird dabei eine hektische diplomatische Tätigkeit entfaltet, wird gedroht und protestiert, versprochen und hingehalten.

Dabei mischen sich immer deutlicher beide Supermächte in den Streit ein. Nachdem die tolerierende Rolle der USA bereits zu den offenen Kriegshandlungen geführt hat, versucht nun die UdSSR aus diesen Ereignissen Kapital zu schlagen, indem sie immer offener für die faschistische Junta Partei ergreift.

Ein Weg zur Beendigung des Krieges bietet sich aber nicht durch die Machenschaften von dritten Kräften an, die nur davon profitieren wollen. Nur der sofortige Abzug der britischen Kriegsflotte und die Versagung jeglicher Unterstützung für beide Seiten kann einen solchen Weg eröffnen!

Diese Woche

Nach VDM, Videocolor und Rockwell Golde jetzt Mannesmann-Demag

In Frankfurt wieder ein Betrieb besetzt!

FRANKFURT/MAIN. — Genau eine Woche nach dem erfolgreichen Abschluß der Betriebsbesetzung bei Rockwell Golde trat in der hessischen Metropole erneut eine Belegschaft in den konsequenten Kampf zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze. Seit Mittwoch letzter Woche (28. April) hält die Belegschaft von Mannesmann-Demag den Betrieb besetzt. In dem Frankfurter Zweigwerk des Duisburger Maschinenbau-Konzerns sind 600 Menschen beschäftigt. 140 von ihnen sollen nach dem Willen der Bosse entlassen werden.

Aber die Mannesmann-Kapitalisten haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Hoffnung, der wir bereits in der vorletzten Ausgabe des „Roten Morgens" Ausdruck verliehen haben, erwies sich als begründet: Daß nämlich die Arbeiter von Mannesmann-Demag sich den erfolgreichen Kampf der Kollegen von Rockwell Golde zum Vorbild nehmen würden. Seit Mittwoch früh stehen bei Mannesmann-Demag alle Räder still! Und die Werkstore sind ununterbrochen von den Arbeitern besetzt.

Die Mannesmann-Demag-Bosse wollen den Bereich der Drucklufttechnik aus dem Frankfurter Werk verlagern. Das würde für 140 Kollegen den Verlust ihres Arbeitsplatzes bedeuten. Aber die Kollegen befürchten, daß es noch schlimmer kommt. Allzu oft schon hat der Mannesmann-Konzern seine skrupellose Verdrängungstaktik vorexerziert: kleinere Konkurrenten werden aufgekauft, wobei die mittelfristige Stillegung der Produktion dieser Betriebe zumeist von vornherein geplant ist. So wird die Monopolstellung des Konzerns ausgebaut. So scheint es auch mit dem früheren Pokorny-Werk in Frankfurt geplant zu sein.

Die Aktion der Demag-Belegschaft begann damit, daß Unbekannte in der Nacht zum Mittwoch mit Ketten das Werkstor verriegelten. Die Frühschicht konnte nicht angefahren werden, denn die Werksleitung mußte zunächst die zusammengeschweißten Ketten aufsägen lassen.

Als dann das Tor geöffnet war, zeigte es sich jedoch: Die Arbeiter weigerten sich, die Arbeit aufzunehmen! „Jetzt oder nie". — Dies war die beste Gelegenheit, gemeinsam und geschlossen zu handeln. Der Streik und die Besetzung der Werkstore hatte begonnen. Auch über den ersten und zweiten Mai wurde die Besetzung aufrechterhalten.

Am Montag dieser Woche trat der Streik in eine entscheidende Phase: ein brutales Ultimatum der Geschäftsleitung war gestellt. Bereits in der Vorwoche hatten sämtliche Belegschaftsmitglieder ein Schreiben ins Haus geschickt bekommen. Darin hieß es, am Montag um sieben Uhr früh müsse die Arbeit wieder aufgenommen werden. Der Streik sei gesetzwidrig. Wer sich weigere, müsse mit seiner fristlosen Entlassung rechnen.

Am Montag früh versammelte sich die ganze Belegschaft vor dem besetzten Werkstor. Die Arbeiter ließen sich nicht einschüchtern. Sie setzten den Streik geschlossen fort. Auch ein Teil der Angestellten bot dem brutalen Ultimatum die Stirn. Nur ein anderer Teil der Angestellten fügte sich. Die Streikbrecher mußten jedoch durch eine Gasse der Streikenden „Spießruten laufen", um durch ein Loch, das die Bosse in den Zaun hatten sägen lassen, ihre Arbeitsplätze erreichen zu können.

Die Solidarität aus anderen Betrieben sowie aus verschiedenen gewerkschaftlichen und demokratischen Gruppen und Organisationen für die Mannesmann-Demag-Kollegen nimmt zu. Sie muß jedoch weiter verstärkt werden!

Wir rufen alle unsere Leser auf, für Grußadressen und Spenden zu sorgen!

Leider gibt es Kräfte in der IGM-Ortsverwaltung und im Betriebsrat, die eine falsche Orientierung des Kampfes betreiben. Zum Beispiel, indem sie als Ziel des Streiks nicht die kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze herausstellen sondern stattdessen „Mitbestimmung" und „einen gerechten Sozialplan" fordern.

Das Beispiel von Rockwell Golde zeigt jedoch glasklar, daß der Kampf dann erfolgreich ist, wenn er konsequent auf das klare Ziel der Verteidigung aller Arbeitsplätze ausgerichtet wird. Solidarität mit den Mannesmann-Demag-Kollegen!



„Gemeinsam für jeden Arbeitsplatz kämpfen" — Parole am besetzten Werkstor von Mannesmann-Demag

Kommentar der Woche

Nun ist es soweit: die ersten Bomben sind gefallen, die ersten Menschen sind gestorben. Das übliche Spiel der Regierungen: Verluste gab es nur auf der anderen Seite. Die anderen: bieten sich als Vermittler an. Über den Krieg selbst haben wir Kommunisten bereits gesagt, was zu sagen war. Es gibt keine gerechte Seite. Weder die argentinischen Diktatoren noch gar die arroganten britischen Kolonialpolitiker haben eine Rechtfertigung für die Todesopfer, die ihre Politik fordert. Trotzdem: es bleibt eine Reihe wichtiger Dinge, die gesagt werden müssen, weil man daraus Lehren ziehen kann und muß.

Krieg im Südatlantik

Es bleibt die Feststellung, wie labil die heutige weltpolitische Lage geworden ist. Eine Lage, die es ermöglicht, daß innerhalb kürzester Zeit an Orten, die bisher außerhalb der allgemeinen Aufmerksamkeit lagen, plötzlich Krisenherde entstehen, die in ihrem Ausmaß und in ihren Auswirkungen überraschen. Dies ist nur möglich aufgrund einer Lage, die aus der allgemeinen wirtschaftlichen Krise des Weltkapitalismus entsteht. Mit dem inneren Druck, unter den reaktionäre Regierungen geraten. Mit dem Drang der Monopole, ihre eigenen Profite zu sichern in dieser Zeit, koste es, was es wolle. Mit einer Atmosphäre allgemein wachsender Feindseligkeiten, der Anspannung und Konfrontation.

Und es bleibt ebenfalls die Feststellung, daß, wo immer es auch sei, stets die USA und die UdSSR auftauchen, wenn eine krisenhafte Situation entsteht, die mit aller Kraft versuchen, auf diese oder jene Weise Kapital für sich aus dieser Entwicklung zu schlagen.

Für die USA natürlich ein Dilemma, wenn ein NATO-Partner wie die britischen Imperialisten und ein in halbkolonialer Abhängigkeit gehaltenes Land wie Argentinien aufeinandertreffen. Wobei sie offensichtlich zu Beginn die britische Entschlossenheit, es zum Waffengang kommen zu lassen, unterschätzt hatten. So oder so lautet, trotz aller öffentlichen Beteuerungen, ihre Position: die Hauptsache ist, daß die USA ihren Teil am Kuchen abbekommen.

Aber da taucht plötzlich die UdSSR auf, die seit längerem gute Geschäfte vor allem in Sachen Weizen mit Argentinien macht. Und in Moskaus Planungsstäben wittert man eine Chance, einen Fuß in die südamerikanische Tür zu setzen. Immer offener wird da der Ton: daß Argentinien völlig im Recht sei. Da wird zwar erst einmal die revisionistische Propaganda vorgeschickt, Kuba ist über Nacht Argentiniens bester Freund — bisher eine sehr einseitige, etwas allzu plump angebiederte Freundschaft — und alle entsprechenden Parteien entdecken das Gute an der Junta aus Buenos Aires, mit der man sowieso schon immer sehr schonend umging. Obwohl ihre Verbrechen hinter denen des benachbarten Pinochet-Regimes wahrlich nicht zurückstehen.

Die einen, die USA also, sind angeblich der Freund beider kriegführenden Seiten. Die andere Seite, die UdSSR, jubelt den Mörder Galtieri, der den Ausverkauf Argentiniens betreibt, zum nationalen Retter empor. Das kann morgen alles schon anders aussehen, was bleibt, ist: Diese beiden imperialistischen Supermächte mischen sich überall in der Welt, und sei es die allerentferntesten Ecke, ein, immer mit dem Ziel, den eigenen Einfluß zu erhöhen. Daß sie mit ihren Aktivitäten keinesfalls dazu beitragen, eine solche Krise zu beenden, liegt auf der Hand — im Gegenteil, sie stacheln an. Man sollte sich einmal vorstellen, was alles an Entwicklungsmöglichkeiten drin wäre, wenn ein solcher Krieg beispielsweise in Nahost, auf den Ölfeldern ausbrechen würde...

Solch ein Gedanke führt denn auch zur dritten Feststellung, die zu treffen bleibt: die sogenannten Blockverpflichtungen. Sprich: Die Bundesregierung solidarisch mit dem britischen Imperialismus. Also Partei ergreifend in diesem Krieg. Was aber geschähe bei einer weiteren Ausdehnung des Kampfes? Wie würde dann diese imperialistische Solidarität aussehen? Ist dann immer noch alles „so weit weg"? Bleibt zu hoffen, daß die Blockverpflichtungen des NATO-Paktes nicht jetzt drastischere Auswirkungen haben werden. Das „Hände weg!" gilt nicht nur für Großbritannien, dessen imperiale Flotte zurückgezogen werden muß, und auch nicht nur für die beiden Supermächte, sondern auch für die Bundesregierung, an die diese Forderung gestellt werden muß.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Kabinettsumbildung in Bonn

Weichenstellung für weiteren Sozialabbau

Die von Helmut Schmidt seit langem betriebene Umbildung des Bonner Kabinetts ist nun endgültig über die Bühne gegangen. Umbesetzungen gab es unter anderem in zwei Ministerien, denen gerade jetzt in der Krise besondere Bedeutung zukommt: Anstelle von Herbert Ehrenberg wird künftig der bisherige Haushaltsexperte des SPD-Fraktion Heinz Westphal das Ministerium für Arbeit und Soziales verwalten; der frühere Kanzleramtschef Manfred Lahnstein löst Hans Matthöfer als Finanzminister ab.

Die Umbildung der Regierung sollte nach den Vorstellungen des Kanzlers Handlungsfähigkeit demonstrieren und den Anspruch der SPD-Spitze unterstreichen, mindestens bis zum Herbst 1984 die politischen Geschäfte in Bonn weiterzuführen. Tatsächlich aber unterstrichen dann die Umstände der Regierungsumbildung nur erneut die


Finanzminister Lahnstein

tiefe Krise der Bonner Koalition. Schmidt hatte schon lange vor dem Münchner SPD-Parteitag erkennen lassen, daß einige seiner Minister zum Abschuß freigegeben waren (Antje Huber kam ihrem Rausschmiß dann durch Rücktritt zuvor); gleichzeitig aber hatte der Kanzler ganz offenkundige Schwierigkeiten, neue Leute für sein Kabinett zu finden.

Eine ganze Reihe seiner Kandidaten zeigte wenig Lust, jetzt noch in die Regierung einzusteigen — die Herren haben andere Pläne für ihre Karriere. NRW-Minister Posser beispielsweise wollte lieber auf seinem Posten bleiben, Horst Ehmke spekuliert auf die Nachfolge Wehners als SPD-Fraktionschef im Bundestag, IG-Chemie-Rechtsaußen Rappe möchte lieber Boß seiner Gewerkschaft werden, Jochen Vogel will sich in Westberlin als Kanzlerkandidat aufbauen usw. Wenig Neigung in der SPD-Spitze also, das sinkende Bonner Schiff zu betreten.

Nun sind aber diejenigen Politiker, die nun als Neulinge am Bonner Kabinettstisch sitzen, durchaus nicht nur Verlegenheitslösungen. Vor allem der Wechsel in den oben erwähnten Ministerien ist auch mit einer neuen Ausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik verbunden.

Da ist zunächst einmal der „Fall Ehrenberg". Über seinen bevorstehenden Rausschmiß aus dem Kabinett war in der Vergangenheit am häufigsten spekuliert worden. Überraschend kam das nicht, war doch auch schon Ehrenbergs Nachgänger Walter Arendt unter ähnlichen Umständen abgelöst worden, nämlich am Ende der letzten zyklischen Krise, Mitte der 70er Jahre. In solchen Zeiten, wo die Bourgeoisie darauf drängt, daß sozialpolitische Zugeständnisse wieder zurückgenommen und kräftige Einschnitte in das „soziale Netz" durchgeführt werden, zeigen eben die Chefs des dafür zuständigen Ministeriums die stärksten Verschleißerscheinungen.

So war denn auch Ehrenberg zunehmend ein „glückloses Operieren" vorgeworfen worden — als sei die von ihm verantwortete arbeiterfeindliche Politik sein persönliches Problem gewesen. Aber es geht gegenwärtig nicht nur darum, an der Spitze des Ministeriums für Arbeit und Soziales ein neues Gesicht zu präsentieren. Im Juni werden die Koalitionsverhandlungen über den Nachtragshaushalt für 1982 beginnen (wo es gilt, ein „Loch" von etwa drei Milliarden Mark zu füllen); im Juli stehen dann die Beratungen über den Bundeshaushalt für das nächste Jahr an. Schmidt braucht dafür einen Mann, der uneingeschränkt den auf weiteren Sozialabbau gerichteten Kurs unterstützt.

Diesen Mann hat er in Heinz Westfahl gefunden, der zum harten Kern der rechten Kanalarbeiter-Fraktion innerhalb der SPD gehört und der als Haushaltsexperte seiner Partei maßgeblich die „Operation '82" mitvorbereitet hat. Westfahl stand gegen große Teile der eigenen Partei bei den letzten Haushaltsdebatten stets auf der Seite der FDP-Minister (und auch Matthöfers), wenn es um Kürzungen am Besitzstand der Werktätigen ging. Daß Schmidt nun ausgerechnet einen solchen Rotstift-Strategen zum neuen Sozialminister gemacht hat, ist ein deutliches Signal dafür, daß von der SPD-Ministerriege wenig Widerstand zu erwarten ist, wenn die Genscher, Lambsdorff und Co. im Sommer erwartungsgemäß ihre Forderungen nach Abbau der Lohnfortzahlung, Kürzung des Arbeitslosengeldes usw. präsentieren werden.

Für die Anpassung an diesen Kurs steht schließlich die Ernennung von Manfred Lahnstein zum Nachfolger Matthöfers als Finanzminister. Lahnstein (der übrigens wie sein Vorgänger seine politische Karriere als Gewerkschaftsfunktionär begonnen hat) war schon als Chef des Kanzleramtes einer der engsten Berater Schmidts und so etwas wie eine „graue Eminenz" in Bonn. Er hat seinen Boß dabei immer ermutigt, die Konfrontation mit der SPD-Basis in Fragen wie Waffenexport, Friedensbewegung, Atomprogramm und eben auch Sozialabbau nicht zu scheuen.

Als Lahnsteins Name an der Gerüchtebörse als Ministerkandidat gehandelt wurde, reagierte vor allem die SPD-„Linke" denn auch mit empörten Protesten. Wolfgang Roth, Ex-Juso-Chef und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag, sprach noch auf dem Münchner Parteitag von einem „abwegigen Gerücht" und erklärte gegenüber der Presse, der Bundeskanzler würde „bei der Besetzung eines politisch so wichtigen Kabinettsstuhls sicherlich vor der Entscheidung in der SPD-Fraktion Rat suchen, vor allem, da der Finanzminister das besondere Vertrauen der Fraktion braucht." Die Bundestagsabgeordnete Heide Simonis nannte es einen „Skandal", daß ein so wichtiges Ministeramt mit einem Beamten besetzt werden solle, der nicht zur Fraktion gehört (tatsächlich ist Lahnstein der erste Finanzminister der BRD, der nicht Mitglied des Bundestags ist).

Schmidt jedoch kümmerte sich weder um solche Proteste, noch dachte er daran, sich in der SPD-Fraktion Rat zu holen. Die Fraktion wurde vielmehr vor vollendete Tatsachen gestellt, sie wurde vom Kanzler nicht einmal informiert, bevor die Ernennung der neuen Minister nicht beschlossene Sache war und eh schon in allen Zeitungen stand. So hatte Schmidt seiner Parteifraktion im Bundestag wieder einmal zu verstehen gegeben, wie bedeutungslos sie ist. Und die Fraktion selbst bestätigte diese jämmerliche Rolle: Ausgerechnet der „linke" Abgeordnete Roth erklärte seinen Parlamentskollegen letzte Woche, nach einem Telefongespräch mit dem früheren SPD-Finanzminister Möller („Genosse Generaldirektor") habe er seine Vorbehalte gegen Lahnstein aufgegeben und werde sich nun für ihn einsetzen. Keiner der Abgeordneten meldete Widerspruch dagegen an.

Es ist ja erst ein paar Wochen her, daß die SPD auf ihrem Parteitag mit viel Getöse ein Programm verabschiedete, in dem unter anderem auch von einer stärkeren Besteuerung der Reichen die Rede ist. Die personellen (und damit auch politischen) Entscheidungen im Zuge der Kabinettsumbildung haben deutlich gemacht, daß solche Forderungen fürs sozialdemokratische Poesiealbum, nicht aber für die Umsetzung in Regierungspolitik gedacht sind. In Bonn ist vielmehr eine weitere Anpassung an die Forderungen des Kapitals nach einer grundlegenden Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik angesagt.

Bundesbahn kündigt Streckenstillegungen an

Kahlschlag im Schienenverkehr

Am 23. Mai wird die Deutsche Bundesbahn ihr Nahverkehrsangebot weiter drastisch reduzieren. Nach Angaben der DB sollen dann 1 400 Züge an Werktagen, 1 900 Züge an Samstagen und 930 Züge an Sonntagen nicht mehr fahren.



Noch in der Regierungserklärung von 1980 war davon die Rede gewesen, daß der Nahverkehr in ländlichen Gebieten verstärkt gefördert werden solle. Und jetzt geschieht genau das Gegenteil. Die vom Bundesverkehrsminister bereits abgesegneten Maßnahmen der Bahn werden gerade die Verkehrsbedingungen auf dem Land weiter verschlechtert.

Die Eisenbahnergewerkschaft (GdED) hat gegen den Abbau des Nahverkehrsangebots protestiert. Sie weist dabei auch darauf hin, daß die von der DB in diesem Zusammenhang gemachten Angaben nicht richtig sind. So würden beispielsweise an Wochentagen in Wahrheit 2 500 Züge eingestellt. In den offiziellen Mitteilungen der Bundesbahn ist davon die Rede, daß stillgelegte Bahnlinien durch entsprechende Buslinien ersetzt werden.

Auch das entspricht nach den Angaben der GdED nicht den Tatsachen. Denn in Wirklichkeit würden von den 2 500 wochentags ausfallenden Zügen nur 1 000 durch Busse ersetzt.

Im letzten „Roten Morgen“ berichteten wir ausführlich über den Streik und die fünftägige Betriebsbesetzung bei Rockwell-Golde. Die Geschäftsleitung hatte beim Betriebsrat die Entlassung von 115 Kollegen beantragt. In dem Frankfurter Autozuliefererbetrieb sind rund 340 Menschen beschäftigt. Die Arbeiter, zum größten Teil ausländische Kollegen, waren nicht bereit, diese Massenentlassung hinzunehmen. Ihr konsequenter Kampf, den sie unter der Parole „Kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze“ führten, brachte ihnen einen großen Erfolg: Die Geschäftsleitung mußte die Entlassungen vollständig zurücknehmen. Außerdem mußten die Bezahlung der Streiktage und der Verzicht auf jegliche Maßregelung zugesichert werden. Am Tage der siegreichen Beendigung des Streiks sprach der „Rote Morgen“ mit Hasan Aktan, einem der beteiligten Arbeiter, einem Kollegen aus der Türkei, der beim Streik durch seinen Mut und seine kämpferische Haltung hervorgetreten war (aus verständlichen Gründen haben wir den Namen des Kollegen geändert).

Interview mit einem Arbeiter von Rockwell Golde

„Jetzt haben die Bosse uns kennengelernt“

RM: Kannst du kurz schildern, wie es zu eurer Werksbesetzung gekommen ist?

Hasan: Als wir über die Beschlüsse der Geschäftsleitung informiert wurden, Verlagerung der Fensterheberproduktion, Entlassung von mindestens 115 Kollegen, gab es große Empörung. Wir sagten uns: Letzten Endes werden wir alle unseren Arbeitsplatz verlieren, wenn wir uns jetzt nicht gegen diese Entlassungen wehren! Am Freitag (16. April, RM) sagten die Kollegen der Frühschicht: Wir arbeiten bis mittags, dann treten wir in den Streik und sehen zu, daß sich die Kollegen von der Spätschicht anschließen! Es hat geklappt. Um 4.00 Uhr nachmittags ist dann der Chef gekommen und hat uns aufgefordert, an unsere Arbeitsplätze zu gehen. Wir sagten ihm: Wenn Sie die zwei Stunden, die gestreikt worden ist, bezahlen, dann ja; andernfalls streiken wir weiter!

Der Chef sagte, er werde diese zwei Stunden auf keinen Fall anerkennen, wir sollten sofort wieder an die Arbeit gehen. Aber wir blieben fest. Plötzlich waren dann die Türen zu den Werkshallen abgeschlossen und der Strom war ausgeschaltet. Das hatte die Geschäftsleitung getan. Das war praktisch eine Aussperrung. Daraufhin sagten wir: Jetzt bleiben wir hier bis man uns die Bezahlung der Streikzeit zusichert. Manche sagten auch: Jetzt besetzen wir eben den Betrieb.

RM: Und die Besetzung ging dann über das Wochenende weiter?

Hasan: Ja. Am Samstag Morgen kamen dann Lastwagen. Die sollten für Lieferungen an Autofabriken beladen werden; es wurde jedoch nichts aus dem Aufladen. Wir haben die Lastwagen nicht hereingelassen. Auch am Sonntag gab die Besetzung und die Blockade weiter.

RM: Wie wir gehört haben, hat der Personalchef am Samstag zu dir gesagt, du wärst wegen deines Verhaltens bei dem Streik entlassen?

Hasan: Ich hatte am Samstag von zu Hause ein Verlängerungskabel mitgebracht, damit wir Musik machen konnten. Der Personalchef aber sagte: Nein, das geht nicht, das ist unser Strom; Sie können nicht unseren Strom verbrauchen! Ich gab zur Antwort: Ich bin Arbeiter dieser Fabrik und jetzt brauche ich Strom; und wenn das etwas kostet, dann werde ich das eben bezahlen. Ich habe das Kabel dann einfach angeschlossen. Der Personalchef sagte nun, ich sei entlassen, denn ich sei es auch gewesen, der einige deutsche Kollegen gezwungen hätte, mitzustreiken. Mit dem Zwang, das ist natürlich Quatsch. Wir haben mit den Kollegen diskutiert und sie überzeugt. Deshalb haben sie sich dem Streik angeschlossen.

RM: Und wie reagierten die Kollegen auf diese angedrohte Maßregelung?

Hasan: Die Kollegen solidarisierten sich sofort. Sie sagten, wenn ich gekündigt werde, dann könnte die Geschäftsleitung gleich alle anderen auch kündigen. Am Montag sagte der Chef dann, meine Kündigung werde zurückgenommen, falls die Arbeit sofort wieder aufgenommen würde. Wir antworteten ihm: Jetzt ist es zu spät!

RM: Daß ihr so kampfentschlossen seid, hätten die Bosse wohl nicht gedacht?

Hasan: Vor einiger Zeit haben wir einmal drei Stunden lang gestreikt, weil uns ein bestimmter Obermeister immer schikaniert hat. Wir verlangten seine Entlassung. Aber wir konnten das nicht durchsetzen und auch die Streikzeit bekamen wir nicht bezahlt. Wahrscheinlich hat die Geschäftsleitung jetzt gedacht, wir würden diesmal auch wieder nicht lange durchhalten. Aber sie haben sich getäuscht. Jetzt haben sie uns kennengelernt.

RM: Wie stand die Ortsverwaltung der IG Metall zu eurem Streik?

Hasan: Wir haben uns nicht von unserer Geschäftsleitung und auch von sonst niemanden einschüchtern lassen; auch nicht, als man uns gedroht hat, daß bei Nacht ein Polizeieinsatz gemacht wird, um das Werk zu räumen; und auch nicht, als Vertreter der türkischen Botschaft kamen und die Namen von uns Arbeitern aus der Türkei notierten. Wir waren entschlossen. Wir haben gesagt: Jetzt ist Schluß; jetzt haben wir genug; jetzt wird endlich mal richtig gestreikt; wir wollen keinen Sozialplan, wir wollen unsere Arbeitsplätze behalten; dafür kämpfen wir, bis wir unser Recht bekommen; bis alle Entlassungen vom Tisch sind! Weil wir so entschlossen und konsequent waren, konnte die Gewerkschaft gar nicht mehr anders, als uns zu unterstützen. Früher wurden wir nicht unterstützt.

RM: Wir haben erfahren, daß du dich sehr ins Zeug geworfen hast, damit keine Lieferungen aus dem Werk herausgebracht werden konnten.

Hasan: Es war sehr wichtig, daß keine Teile ausgeliefert werden konnten. Die Geschäftsleitung hat immer wieder den Versuch gemacht, uns hereinzulegen und irgendwie Auslieferungen durchzukriegen. Aber wir haben uns nicht austrixen lassen. Zum Beispiel kam am Montag ein Auto aus Belgien ins Werk rein, ohne daß wir es bemerkten. Die Chefs haben versucht, es heimlich zu beladen. Wir haben es entdeckt. Daraufhin legten sich 20 Mann vor das Auto hin. Das Auto kam aus dem Werk nicht raus. Die Chefs verlangten von uns: Laßt das Auto durch! Wir sagten: Bringt die Waren ins Lager zurück, dann lassen wir es durch, aber sonst nicht! Die Chefs sagten: Hört mit dem Streik auf; wir müssen unsere Lieferverträge erfüllen; sonst verlieren wir die Aufträge und haben keinen Absatz für unsere Waren mehr; wir verlieren unsere Kunden! Aber wir haben geantwortet: Das interessiert uns nicht; wir wollen unsere Arbeitsplätze behalten; trefft gefälligst mit der Gewerkschaft ein Abkommen, daß unsere Arbeitsplätze erhalten bleiben; dann beenden wir den Streik und nicht vorher; alles andere interessiert uns nicht!



„Wir wollen keinen Sozialplan, wir wollen unsere Arbeitsplätze behalten!“ Mit dieser klaren Forderung kämpften die Arbeiter von Rockwell Golde erfolgreich gegen die Entlassung von mehr als 100 Kollegen.

RM: Ihr habt euren Streik heute morgen nur zögernd abgebrochen, weil ihr mißtrauisch ward?

Hasan: Wir wollten ganz sicher gehen, ob alle Entlassungen tatsächlich zurückgenommen sind, oder ob das wieder mal nur leere Versprechungen sind. Heute morgen kamen verschiedene Chefs an und wollten die Lastwagen ins Werk rein haben, damit sie beladen werden können. Ein anderer Kollege und ich, wir haben uns daraufhin vor den Wagen gelegt. Wir sagten: Wenn ihr rein wollt, dann nur über unsere Leichen! Man forderte außerdem die Belegschaft auf, heute morgen, in die Kantine zu kommen; dort würden wir über das Abkommen informiert, das zwischen der Geschäftsleitung und der Gewerkschaft abgeschlossen wurde. Wir aber waren mißtrauisch und sagten: Wer weiß, ob das nicht wieder ein fauler Trick ist; man lockt uns in die Kantine und in der Zwischenzeit werden dann Waren heraustransportiert! Deshalb sagten wir: Wenn ihr uns etwas zu sagen habt, dann stellt vor den Werkshallen einen Lautsprecher auf; dann können wir uns da versammeln.

RM: Habt ihr gespürt, daß die Kollegen in anderen Betrieben mit euch solidarisch sind?

Hasan: Ja. Zum Beispiel von VDM und Triumph-Adler sind Delegationen gekommen. Auch sonst kamen viele Kollegen zu uns. Auch der Betriebsratsvorsitzende von VDO (ein größerer Frankfurter Metallbetrieb, RM), wo meine Frau arbeitet, kam zu uns in den Betrieb. Meine Frau hat mich mit ihm bekannt gemacht. Ich habe ihn zu mir nach Hause eingeladen. Er war bei mir zu Hause und wir haben uns unterhalten. Er sagte: Ihr führt einen gerechten Kampf und ihr müßt weiter durchhalten; ihr dürft nicht nachgeben; wenn demnächst vielleicht auch wir bei VDO für unsere Arbeitsplätze streiken müssen, dann stehen wir nicht so stark da, falls jetzt euer Kampf verraten wird; euer Kampf ist für uns ein großes Beispiel! Auch die Kollegen von VDM sprachen so ähnlich. Sie sagten: Haltet durch; im letzten Jahr haben wir von VDM es nicht geschafft, die Arbeitsplätze zu verteidigen, denn wir wurden gespalten; ein Teil der Belegschaft wollte die Abfindung annehmen; jetzt laufen die Kollegen arbeitslos herum; deswegen müßt ihr weitermachen, bis die Erhaltung der Arbeitsplätze gesichert ist; laßt euch nicht spalten! Wir haben den VDM-Kollegen geantwortet: Es geht uns nicht um einen Sozialplan; es geht uns nicht um Abfindungen; uns geht es um die Arbeitsplätze; dafür streiken wir und besetzen wir die Fabrik.

RM: Wir danken dir für dieses Gespräch.

Belegschaft der Bremer Vulkan Werft kämpft für Arbeitsplätze

Proteststreik gegen Werft-Fusion

BREMEN. — Am Mittwoch Nachmittag (28. April) streikten rund 3000 Belegschaftsmitglieder der Vulkan-Werft in Bremen für zwei Stunden. Ihre Forderungen: Keine Fusion mit der AG-Weser-Werft! Erhaltung aller Arbeitsplätze!

Zu der Aktion war es auf Beschluß des Vertrauenskörpers der IG Metall bei Vulkan gekommen. Von der ca. 4000 Beschäftigte starken Belegschaft beteiligten sich 3000 Arbeiter und Angestellte an der Arbeitsniederlegung. Die Werftarbeiter zogen in einem Protestmarsch durch Bremen-Vegesack. Auf einer Kundgebung vor dem Bürgerhaus sprachen sich Betriebsratsmitglieder der Vulkan-Werft grundsätzlich gegen die geplante Fusion aus.

Anlaß der Protestaktion war ein von der Rationalisierungs-Beratungsfirma („Unternehmensberatung“) verfaßter Zwischenbericht zu einem von den Werftherren und dem Bremer Senat in Auftrag gegebenen Fusionsgutachten. In dem Bericht wird vorgeschlagen, durch die Fusion der Vulkan-Werft und der AG Weser ca. die Hälfte aller Arbeitsplätze in beiden Werften — rund 3000 an der Zahl — zu vernichten.

Die Aktion der Werftarbeiter von Vulkan und deren klare Stoßrichtung entspricht nicht der Politik der IGM-Ortsverwaltung, die vielmehr einen Sozialpartnerschaftskurs verfolgt. Das Mitglied der Bremer IGM-Ortsverwaltung, Gerd Klöver sprach sich faktisch gegen die Forderungen der Vulkan-Belegschaft — keine Fusion und Erhaltung aller Arbeitsplätze — aus, indem er erklärte, der „Status quo“ könne auf den Werften nicht aufrechterhalten werden, einschneidende Rationalisierungsmaßnahmen seien unumgänglich.

Der Betriebsrat auf der Bremer Vulkan-Werft wird mehrheitlich von einer oppositionellen Liste gestellt, der „Echolot-Gruppe“. Betriebsratsvorsitzender Fritz Bettelhäuser kündigte weitere Aktionen gegen die Rationalisierungspläne an, die gemeinsam mit der Belegschaft der AG Weser durchgeführt werden sollen.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 / 92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt** 1, Kontaktadresse: Bernd Götz, Sternstr. 15, Tel.: 0611 / 5971864

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-Helmut Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück,** Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.



Kiel


Duisburg



Hamburg


Bocholt

1. Mai '82

Gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn Arbeit für alle Frieden, Sozialismus

Auch in diesem Jahr zogen — trotz des regnerischen und kalten Wetters — Zehntausende in den Städten der Bundesrepublik und in Westberlin durch die Straßen, um auf kämpferische Weise den 1. Mai zu begehen. Deutsche und ausländische Kollegen marschierten Seite an Seite: Für die gemeinsamen Forderungen, gegen den gemeinsamen Gegner, der uns das Recht auf Arbeit, auf soziale Sicherheit und ein menschenwürdiges Leben in Frieden und Freiheit verweigert. Neben Parolen gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit waren es der Protest gegen Arbeitsplatzvernichtung und waren es auch konkrete Kämpfe, für die Verteidigung der Arbeitsplätze, die in diesem Jahr dem 1. Mai seinen besonderen Akzent verliehen. Natürlich standen auch der Protest gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn, der Angriff der Kapitalisten auf die Reallöhne und der Kampf der Friedensbewegung gegen den NATO-Raketenbeschluß und für den Erhalt des Friedens mit im Vordergrund. Auch der Skandal um die Neue Heimat war keineswegs tabu auf den Mai-Demonstrationen. Überhaupt spielte das oppositionelle, das gegen den Sozialpartnerschaftskurs der Gewerkschaftsführung gerichtete klassenkämpferische Element innerhalb der Demonstrationszüge eine nicht geringe Rolle. Im Gegensatz dazu wurde dann auf den offiziellen Rednertribünen meist nur farbloses und verschwommenes Zeug, bisweilen auch direkt arbeiterfeindliche und provokatorische Dinge vom Stapel gelassen. Bei verschiedenen Kundgebungen gab es gellende Pfeifkonzerte gegen die Zumutung hofamtlicher Politiker und Regierungsredner.

Man kann leider nicht behaupten, daß der diesjährige 1. Mai größere Massen als vor einem Jahr auf unseren Straßen gesehen hat. Nach den uns zugegangenen Berichten war es in der Mehrzahl der größeren Städte eher umgekehrt. Das schlechte Wetter mag dabei mit gespielt haben. Ausschlaggebend war dieser Umstand jedoch sicher nicht.

Die Ursache dafür, daß der 1. Mai nach wie vor nicht wieder der Kampftag der breiten Masse der Arbeiterklasse bei uns ist, liegt im Grunde auf der Hand. In diesem Jahr kann man sie durch ein einziges Stichwort andeuten: Neue Heimat.

Was da an Fäulnis, an Filz und Verquickung mit dem Kapitalismus zutage getreten ist, mußte unter den gegebenen Umständen viele Kollegen von der Teilnahme abschrecken, die vielleicht in diesem Jahr hätten mobilisiert werden können.

Natürlich spielt auch die Tatsache eine große Rolle, daß die Gewerkschaftsführung in den letzten Monaten wieder üble Verrätereien an wichtigen Fronten des gewerkschaftlichen Widerstandes betrieben hat: Verzicht auf Kämpfe gegen Rationalisierung, Massenentlassungen und Stillegungen (z. B. in der Stahlindustrie)! Verrat an der Sicherung der Reallöhne!

Wo es in den Betrieben trotzdem Kämpfe gegeben hat, da wirkte sich dies andererseits positiv auf die Mai-Demonstrationen aus. So in Frankfurt, wo Kollegen von dem besetzten Mannesmann-Demag-Werk mitmarschierten, aber auch von Rockwell Golde und von VDM, zwei Betriebe, wo in den letzten Wochen und Monaten ebenfalls mit Streiks und Betriebsbesetzung ein handfester Widerstand gegen Entlassungen und Arbeitsplatzvernichtung geleistet wurde.

Ähnliches läßt sich auch an anderen Beispielen zeigen. In Kiel marschierten vom Haupttor der HDW-Werft-Betriebe aus 200 Werftarbeiter los. Die Mai-Demonstration in Kiel war durch zahlreiche Parolen gegen die Massenentlassungspläne in Kieler Betrieben geprägt. Konsequenter Widerstand gegen die Arbeitsplatzvernichtung wurde gefordert und natürlich die Verwirklichung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Gerade die Orientierung der Demonstration in Kiel (es gab verschiedene Marschsäulen, die einen Sternmarsch bildeten) auf den Schwerpunkt der Kämpfe in den Betrieben sorgte für einen besonders kämpferischen Charakter.

In Bremen waren es ebenfalls Werftarbeiter, die auf der Mai-Demonstration ihren Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung deutlich machten. Wenige Tage vor dem ersten Mai waren die Arbeiter der Vulkan-Werft mit konsequenten Parolen in den Warnstreik getreten und auf die Straße gegangen: „Keine Fusion mit der anderen Bremer Großwerft, der AG Weser; Erhaltung aller Arbeitsplätze!"

In Bremen war es im übrigen bemerkenswert, daß auf der DGB-Kundgebung auch ein türkischer Betriebsrat der Vulkan-Werft sprach. Der Kollege sagte einige treffende Worte gegen die Ausländerfeindlichkeit: Auf der Vulkan-Werft — so der Kollege — haben von 1975 bis heute 650 ausländische Arbeiter ihren Arbeitsplatz verloren; dafür sind jedoch keineswegs 650 deutsche Kollegen eingestellt worden; ganz im Gegenteil: zusätzlich mußten auch 400 deutsche Kollegen gehen!

Wenn eingangs davon die Rede war, von den DGB-Rednertribünen herunter sei in der Regel verschwommenes Zeug verzapft worden, so heißt dies nicht, daß es keine positiven Ausnahmen gab. Die waren aber dann auch nur das Ergebnis des Druckes, der von der Basis ausging.

So zum Beispiel in Frankfurt. Dort gab es eine einzige wirklich gute und kämpferische Rede. Gehalten wurde sie von dem stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden von Rockwell Golde, dem Kollegen Hermann Sorg. Hermann Sorg ging auf die Erfahrung der Rockwell-Arbeiter ein, die etwa zwei Wochen zuvor konsequent für die Erhaltung aller Arbeitsplätze gestreikt und den Betrieb besetzt hatten und damit die bereits eingeleiteten Massenentlassungen vollständig zurückschlagen konnten.

Eindringlich rief Kollege Sorg die Arbeiter anderer Be-

triebe in ähnlicher Lage auf, vom Beispiel Rockwell zu lernen und ebenso konsequent zu kämpfen. Kollege Sorg wandte sich auch ausdrücklich an die Kollegen von Mannesman-Demag, die gegenwärtig ebenfalls gegen Massenentlassungen im Streik stehen. Muß extra erwähnt werden, daß diese Rede weitaus den stärksten Beifall erhielt?

In Frankfurt kam es zu einer üblen Provokation gegen die Mai-Kundgebung. Neonazis hatten aufgepeitschte Fußballfans aus Nürnberg, die zum Pokalendspiel angereist waren, auf dem Hauptbahnhof abgefangen und aufgefordert, mit ihnen zum Römerberg zu ziehen und dort „Rabatz zu machen". Im Sturmschritt eilte dann eine Horde dieser Fans mit den Nazis an der Spitze zum Kundgebungsplatz, um in blinder Zerstörungswut Tische und Transparente zu zerstören und eine Schlägerei zu entfesseln.

Die Neonazis sorgten dabei für Parolen wie: „Kannacken raus!", „Ausländer raus!", „Sieg Heil", „Rot Front verrecke!". Es wurden sogar Leuchtraketen in Ausländergruppen geschossen.

Erst durch das beherzte Eingreifen von Kundgebungsteilnehmern, vor allem auch türkischer Kollegen, konnten die Randalierer vertrieben werden. Die Polizei, die im Großaufgebot präsent war, hatte nichts unternommen, um diese Provokation zu verhindern!

Die Kundgebungsteilnehmer in Hannover waren durch eine Provokation anderer Art betroffen: Sie ging von der DGB-Führung höchstpersönlich aus, indem nämlich der arbeiterfeindliche Kanzler Schmidt als Starredner aufs Podium geladen wurde. In Nürnberg hatten dagegen die Proteste aus der Gewerkschaft den ursprünglich dort geplanten Auftritt des Raketen- und Sozialabbau-Kanzlers verhindert.

In Hannover reagierte nun ein großer Teil der Kollegen auf der Kundgebung mit heftigem Protest. Tausende verließen bei Schmidts Auftritt demonstrativ den Platz. Von den verbliebenen sorgten viele für ein gellendes Pfeifkonzert.

Unsere Partei beteiligte sich überall an den gewerkschaftlichen Mai-Demonstrationen. Sie unterstützte dabei natürlich insbesondere die klassenkämpferischen Kräfte, die mit entsprechenden Parolen und Forderungen auftraten. Zu diesen Kräften gehörte nicht zuletzt die RGO, die etwa in Dortmund folgendes Transparent mitführte: „Reallohnsicherung ade? Den Bonzen tut's ja nicht weh!" Eine Sprechparole auf der Dortmunder Mai-Demonstration lautete: „Die Sauerei ist riesengroß, die Neue Heimat spekuliert mit unserem Moos!"

„Gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn! Arbeit für alle! Frieden! Sozialismus!" Dieses Motto hat unsere Partei, die KPD, dem 1. Mai '82 gegeben. Unter diesem Motto fanden in einer Reihe von Städten gutbesuchte Veranstaltungen der KPD statt.

Auf einigen dieser Veranstaltungen sprach Ernst Aust, der Vorsitzende der Partei. Seine Rede machte deutlich: Dieses Motto zeigt uns Aufgaben und Kampfziele auf, unter denen wir in den kommenden Monaten dafür eintreten und kämpfen werden, daß das Positive, die Fortschritte der Arbeiterbewegung, die sich im diesjährigen 1. Mai widerspiegeln, gestärkt und vorangetrieben und daß die negativen, hemmenden Faktoren mehr und mehr überwunden werden. Es lebe der 1. Mai, der Kampftag der Arbeiterklasse aller Länder!



Frankfurt



Bremen



Köln

Mai-Veranstaltung der KPD an Belegschaft von Wacker-Chemie:

„Kämpft um Eure Arbeitsplätze!"

In einer ganzen Reihe von Städten führte die KPD auch in diesem Jahr wieder Veranstaltungen zum 1. Mai durch. Dabei war nicht nur von den Kämpfen der Arbeiterklasse im allgemeinen die Rede und den Perspektiven, die unsere Partei den Kollegen dabei aufzeigt. Es ging auch ganz konkret um das, was am Ort los ist, zum Beispiel um Arbeitsplatzvernichtung in bestimmten Betrieben, um den Widerstand der Belegschaften, um das Eingreifen der Partei zur Unterstützung dieses Widerstandes usw. So verabschiedeten die 180 Teilnehmer der Mai-Veranstaltung der KPD in Köln eine Grußadresse an die Belegschaft der Wacker-Chemie. Bei Wacker-Chemie sollen 260 Arbeitsplätze abgebaut werden. Die Kollegen haben bereits zweimal mit Protestaktionen ihre Bereitschaft gezeigt, dagegen anzugehen und ihre Arbeitsplätze zu verteidigen. Nur leider ist von den zuständigen Gremien der IG Chemie Papier Keramik zur Unterstützung dieses Widerstandes bislang nichts Nennenswertes gekommen. Im folgenden der Text der Grußadresse unserer Kölner Genossen im Wortlaut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

260 Eurer Arbeitsplätze will der Wacker-Konzern vernichten, weil ihm die Produktion im Äthylen-Bereich nicht mehr rentabel genug ist.

Mit Freude haben wir erfahren, daß Ihr nicht bereit seid, das so einfach hinzunehmen, und das mit der Straßenaktion und der Demonstration unterstrichen habt. Wir möchten Euch darin bestärken, diesen Kampf um Eure Arbeitsplätze kompromißlos weiterzuführen.

Denn was erwartet Euch, wenn Ihr draußen seid:

- Einstellungsstopp bei allen Großbetrieben, besonders im Chemiebereich, wo oft selbst Entlassungen geplant sind;
- 40000 arbeitslose Kolleginnen und Kollegen hier in Köln, die die gigantische Rationalisierungskampagne der Unternehmer auf die Straße geworfen hat;
- nach 12 Monaten eine Arbeitslosenhilfe, von der man oft die Miete nicht mehr bezahlen kann;
- und die Älteren unter Euch riskieren zehn, zwölf oder noch mehr Jahre Arbeitslosigkeit bis zur Rente, und wie die dann ausfällt, könnt Ihr Euch denken.

Und das alles sollt Ihr auf Euch nehmen, nur damit die Hoechst-Aktionäre und die Wacker-Familie in den nächsten Jahren für Nichtstun nicht weniger als 14 Prozent Dividende bekommen wie für 1981.

Eure Geschäftsleitung argumentiert, sie müsse das Polyäthylen unter den Produktionskosten verkaufen. Ob das stimmt oder nicht, können wir ja nicht überprüfen, anscheinend gibt es berechtigte Zweifel. Aber das ist ja auch nicht unser Bier, denn als sie das Zeug mit hohem Gewinn verkauften — und das haben sie jahrelang getan — da haben sie ja auch nicht zu Euch gesagt: Kommt, machen wir halbe-halbe. Da haben sie eingestrichen und nicht zu knapp.

Sie werden Euch Aufhebungsverträge und Abfindungen anbieten. Das Arbeitsamt ist voll von Ford-Kollegen, die erst stolz auf ihre 10000 Mark bis 40000 Mark waren und hofften, mit der Arbeit wird es schon irgendwie klappen, und die meinten, die Lage könnte nicht immer so bleiben. Aber es klappte nicht, und die Lage wurde nicht besser, sondern schlechter.

Kollegen!

Darum kämpft um Eure Arbeitsplätze, die Ihr habt. Erst letzte Woche wurde erfolgreich durch eine Betriebsbesetzung die Entlassung von 120 Arbeitern bei Rockwell-Golde in Frankfurt verhindert.

Betriebsbesetzung, Warnstreik, Streik, das ist die Sprache, die die Unternehmer verstehen.

Unsere Unterstützung und die Unterstützung aus Kölner Betrieben wird Euch sicher sein.

In diesem Sinne wünschen wir Euch viel Erfolg.

Metallgeschosse gegen Startbahngegner

Volksbegehren endgültig abgewiesen — Polizeiterror eskaliert

Karlsruhe/Frankfurt. — Das Bundesverfassungsgericht wies in der vergangenen Woche die Anträge auf Zulassung des Volksbegehrens gegen die Frankfurter Startbahn West ab. Diese Startbahn dient, das ist inzwischen nachdrücklich bewiesen, vor allem den militärischen Interessen der USA für ihre Truppen in Deutschland und Europa, als Zwischenstation für kriegerische Handlungen in anderen Teilen der Welt. Jetzt ist der sogenannte Rechtsweg in dem Bemühen, den Bau dieser Startbahn über einen Volksentscheid zu Fall zu bringen, ausgeschöpft.

Der Widerstand hat dadurch keinen Deut seiner Berechtigung verloren. Immer brutaler aber geht die Polizei, ermutigt durch Politiker und Gerichte, am Bauplatz vor. Am 25. April hätte ihre Brutalität fast ein Todesopfer gefordert: Ein junger Mann wurde von einem Metallgeschoß ins Gesicht getroffen und schwer verwundet.

Der 20jährige Mann war aus Heidelberg gekommen, um sich ein Filmfestival in Walldorf anzusehen. Am Nachmittag spazierte er an der Mauer um die Baustelle, wie sie mit ihm noch etliche andere. Jeden Tag kommen Menschen zum NATO-Draht-bewehrten Bauzaun, um sich dieses Schandmal anzusehen oder ihren Protest zum Ausdruck zu bringen. So stand der junge Mann in einer lockeren Gruppe etwa 50 Meter vom Zaun entfernt, als ihn das Geschoß traf und er zusammenbrach.

Wie ein Sachverständiger feststellte, handelt es sich bei dem Geschoß um ein Reizstoffgeschoß vom Kaliber 2,65 Zentimeter, das aus einem Treibsatz und einer Ladung mit CN besteht. Derartige Geschosse sind vorgesehen für ganz andere Einsätze und dürfen auf keinen Fall direkt auf Menschen abgeschossen werden, weil sie dann leicht töten können.

Die Polizei verwendet sie zum Beispiel im Einsatz gegen Geiselnehmer in geschlossenen Räumen. Sie können Fenster durchschlagen und dahinter befindliche Menschen in akute Atemnot bringen. Für den Einsatz im Gelände sind sie, wenn man ihren eigentlichen Zweck, das CN zur Wirkung zu bringen, zugrunde legt, aufgrund der relativ geringen Reizstoffkonzentration ungeeignet.





Das rechte Bild zeigt den schwer verletzten jungen Mann. Links ist deutlich zu sehen, wie ein Polizist mit seinem Spezialgewehr nicht in die Luft schießt, sondern gezielt waagerecht abschießt. Hier geschah kein "Unglücksfall". Die Polizei nimmt Verletzte und Tote in Kauf!

Die Polizei am Baugelände aber schießt damit gezielt auf Menschen, setzt darauf, sie zumindest ernsthaft zu verletzen und nimmt Tote in Kauf. Das konnte inzwischen auch durch Fotos bewiesen werden. Das straft die Politiker und Polizeiführer Lügen, die behaupten, die „polizeiliche Taktik" am Baugelände bestünde darin, „Konfrontationen abzubauen". Der Polizeiterror nimmt im Gegenteil weiter zu.

Es gibt nicht einmal eine Rechtsgrundlage für den Einsatz dieser mörderischen Geschosse, die noch gefährlicher sind als Hartgummi- oder Plastikgeschosse, die auch bereits tödlich wirken können. Dennoch fand sich bisher kein Verantwortlicher zum Einschreiten bereit. Der Frankfurter Polizeipräsident Gemmer beispielsweise belies es dabei, sein angebliches „Bedauern" auszudrücken. Im übrigen aber zeichneten sich nach seinen Worten die Polizeibeamten an der Startbahn eher durch schon „peinlichen Langmut" angesichts der fortwährenden „Angriffe" aus. Wie der genannte Fall beweist, schießen diese „langmütigen" Staatsdiener blindwütig auf vollständig friedliche Menschen, die weit weg vom Zaun stehen! Für den Schutz ihrer wirtschaftlichen und militärischen Interessen schrecken die Herrschenden vor keiner noch so brutalen Gewaltanwendung zurück.

Innenminister-Konferenz

„Störerdatei" ist beschlossen

MÜNCHEN. — Im Mittelpunkt der Innenminister-Konferenz der Bundesländer, die am 29. April in München stattfand, standen die Themen „Störerdatei", CS-Kampfstoff und Ausländererlasse. Mit Ausnahme des Hamburger Innensenators, der „Zweifel an der Notwendigkeit" eines zentralen Meldedienstes zu Protokoll gab, stimmten alle für ein solches Projekt, das nun bundesweit „auf Probe" eingeführt wird. Die CDU/CSU-regierten Länder befürworteten die Einführung des CS-Kampfstoffes zur Bewaffnung ihrer Polizisten und werden diese in absehbarer Zeit realisieren. Die Länder, in denen die SPD regiert, wollen es angeblich zumindest jetzt noch nicht einführen; allerdings haben sich die „Sicherheitsexperten" auch dieser Bundesländer für das CS ausgesprochen. Über die Ergebnisse der Beratungen hinsichtlich der Ausländererlasse lagen uns bei Redaktionsschluß noch keine ausreichenden Informationen vor. Fest steht allerdings, daß es eine Vereinheitlichung dieses reaktionären Erlasses geben soll.

Einigkeit besteht also über die sogenannte „Störerdatei". Beim Bundeskriminalamt (BKA) sollen Meldungen der Länder-Kriminalpolizeien in einer Zentraldatei gespeichert und dem Zugriff der Länder zugänglich gehalten werden, die die Daten von Menschen beinhalten, die sich des „Landfriedensbruchs und verwandter Straftaten" schuldig gemacht hätten. Als Ziel wird angegeben, „umherreisende Störer" ausfindig zu machen und eventuell präventive Maßnahmen gegen sie ergreifen zu können, also z. B. bestimmte Personen von der Teilnahme an Demonstrationen durch vorherige Festnahme zu hindern. Der Willkür ist Tür und Tor geöffnet.

Zur Information einige Auszüge aus den jetzt gültigen „Richtlinien" für den Meldedienst:

„2. **Meldepflichtige Straftaten**

Meldepflichtig ist die Einleitung von Ermittlungsverfahren (Paragraphen 152 Abs. 2, 160, 163 StPO). Rückwirkend für den Zeitraum ab 1. Juli 1981 können auch Verurteilungen und noch nicht abgeschlossene Ermittlungsverfahren im Sinne der Nr. 2 gemeldet werden.) In folgenden Fällen, soweit die Tat in einem örtlichen, zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit einer politisch bestimmten öffentlichen Versammlung oder einem solchen Aufzug steht:

2.1 Landfriedensbruch (Paragraphen 125, 125a, 126 Abs. 1 Nr. 1 StGB)

2.2 Schwerer Hausfriedensbruch (Paragraph 124 StGB)

2.3 Fälle von
— Straftaten mit Gewalttätigkeiten (aggressiver Einsatz physischer Kraft)
— gegen Leib und Leben
— gegen fremde Sachen mit der Folge bedeutender Schäden
— Plünderungen
— gemeingefährlichen Straftaten der in Paragraph 126 Abs. 1 Nr. 6 und 7 bezeichneten Art.

2.4. Straftaten nach Paragraph 111 StGB, soweit zu einer strafbaren Handlung im Sinne der Nrn. 2.1 - 2.3 aufgefordert wird."

„Die Speicherfrist beträgt längstens zwei Jahre gerechnet vom Datum der letzten Erfassung aus Anlaß der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gemäß Nr. 2. Bei Einstellung des Verfahrens, bei Freispruch oder bei Änderung des rechtlichen Gesichtspunktes... erfolgt sofortige Löschung."

An die „Löschung" sollte man erfahrungsgemäß gar nicht erst glauben.

Somit wurde eine neue „gesetzliche" Grundlage für die Erweiterung des Polizei- und Überwachungsstaates gelegt.

Was den Einsatz von CS-Kampfstoff betrifft, so werden zumindest die unionsregierten Länder diesen in allernächster Zeit betreiben. Wie Uwe Barschel (Schleswig-Holstein) sagte, habe es zwar keine ausdrückliche Empfehlung dafür gegeben, aber in den Unionsländern sei die Einführung eine Frage „der Zeit und nicht der Grundsätze". Das war von vornherei klar.

Die SPD-Länder zieren sich doch noch weiter. Allerdings ist die Gefahr durchaus nicht vom Tisch, daß sie sich bald ebenfalls für das CS entschließen und damit der Empfehlung ihrer eigenen Polizei- und Sicherheits"-Experten von Anfang April folgen. Es sind eher taktische Bedenken, die sie dagegenstellen.

Über die Beschlüsse der Konferenz hinsichtlich der Vereinheitlichung der reaktionären Ausländererlasse werden wir in einer der nächsten Nummern ausführlicher berichten.

Antifaschistin entführt und gefoltert — Kripo verweigert Fahndung

HEILBRONN. — Bereits im letzten „Roten Morgen“ berichteten wir kurz über die Verschleppung und Mißhandlung der Heilbronner *Volksfront*lerin Mina Hölzel durch faschistische Verbrecher. Am 29. April erreichte uns eine Pressemitteilung der *Volksfront* zu diesem ungeheuerlichen Vorfall, die wir im folgenden abdrukken. Über die weitere Entwicklung dieses Falles kann mar sich direkt informieren bei der Kontaktadresse des Kreisverbandes Heilbronn der *Volksfront*: Rita Frütsche, Herbststr. 8, 7100 Heilbonn, Tel.: 07131/83983.

Pressemitteilung

Am Mittwoch, den 21. April 1982 wurde unser Mitglied, Frau Mina Hölzel, von Handlangern faschistischer Banden verschleppt und mißhandelt. Frau Hölzel ist Mitglied des Landesvorstandes Baden-Württemberg der *Volksfront* und war Kandidatin der *Volksfront* bei der letzten Bundestagswahl. Durch ihre aktive Arbeit gegen Reaktion, Faschismus und Krieg ist sie in der Öffentlichkeit bekannt und war schon in der Vergangenheit öfters Ziel telefonischer Drohungen.

Nach Ostern erhielt sie Drohbriefe anonymer Absender, die sich als „Vernichtungskommando“ ausgaben und ihr mit Aktionen gegen sie und ihre Kinder drohten. Am 19. 4. 82 erstattete Frau Hölzel Anzeige beim Polizeiposten Neckargartach. Noch am selben Tag meldeten sich die Unbekannten telefonisch und brieflich. Sie waren über die Aufgabe der Anzeige bei der Polizei informiert und bekräftigten ihre Drohungen. Am Mittwoch, den 21. 4. 82 erhielt der Ehemann von Frau Hölzel einen Brief an seine Arbeitsstätte. In dem, mit einem Hakenkreuz unterzeichneten Brief stand, daß man sich an seiner Frau und Kindern schadhaft halten würde, wenn die *Volksfront* nicht sofort ihre Tätigkeit gegen die Ausländerfeindlichkeit einstellen würde. Am Mittag wurde dann Frau Hölzel auf offener Straße entführt.

Die Faschisten bedienten sich dabei des Tricks, daß sie sich als Kriminalpolizisten ausgaben die wegen der Anzeige ermitteln. Ahnungslos stieg Frau Hölzel in ein bereits wartendes Auto, das allerdings nicht in Richtung Polizei, sondern in Richtung Autobahnauffahrt Neckarsulm fuhr. Als sie Verdacht schöpfte wurde sie mit einer Waffe bedroht. Ihr wurden die Augen verbunden. Wahrscheinlich auf einem Autobahnparkplatz nach dem Weinsberger Kreuz wechselten die Verbrecher das Auto und fuhren zu einem offensichtlich älteren Haus in dessen Küche sie dann verhört und mißhandelt wurde. Das Verhör wurde zuerst von einem Ausländer (wahrscheinlich türkischer Nationalität) geführt. Er wollte von ihr Namen von türkischen Mitgliedern der *Volksfront* wissen und verlangte, daß Frau Hölzel in ihrem eigenen Interesse dafür sorgen solle, daß die *Volksfront* ihre antifaschistische und gegen die Ausländerhetze gerichtete Tätigkeit einstellt. Fortgesetzt wurde das Verhör von einer deutschen Frau, die selbst vor Foltermethoden nicht zurückschreckte. So trat sie, als unser Mitglied ihre Fragen nicht beantworten wollte, brennende Zigaretten auf ihrem nackten Fuß aus. Nach dem Verhör wurde Frau Hölzel gezwungen, Tabletten einzunehmen, und sie wurde wieder mit verbundenen Augen zurück nach Heilbronn geschafft und beim Bahnhof freigelassen.

Noch am selben Abend wurde die Kriminalpolizei über das Geschehen unterrichtet. Am Donnerstag wurde Frau Hölzel sieben Stunden von der Abteilung Staatsschutz der Heilbronner Kripo vernommen. Sie war in der Lage teilweise sehr detaillierte Personenbeschreibungen abzugeben. Selbst über die Lage des Hauses in das sie verschleppt wurde, konnte sie einige Angaben machen. Als ihr Mann am selben Abend noch bei der Kripo war, wurde sie wieder von den Entführern angerufen. Der Anrufer gab ihr zu verstehen, daß er Bescheid wüßte über ihren Aufenthalt bei der Kripo und daß er ebenfalls wüßte, daß ihr Mann noch dort sei. Er drohte sie wieder zu holen! Auch

Nachdem wir feststellen, daß unser Eingreifen Euch in Eurer polit. Aktivität nicht hindert wenden wir uns persönlich an Dich. Sollte Ihr nicht sofort Eure Ausländerkamp. einstellen werden wir uns an deiner Frau und Kinder schadhaft halten Wir sind nicht gewillt Eure polit. Volksfront arbeit weiter zu akzeptieren. Die oben genannten Persone sind für uns eine leichte Angelegenheit. Sollten wir keine positive Wirkung feststellen, werden wir unsere vorgemachten Versprechen einlösen So z. B. Deine Frau und die Jungen im Laufe der nächsten Tage Eine namentliche Vorstellung brauchen wir jetzt ja nicht mehr abgeben, da dieser Brief deutlich genug ist



Diesen Drohbrief erhielt Mina Hölzels Mann am 21. April

über diesen Anruf wurde die Kripo sofort informiert.

Dennoch wurde bis zum heutigen Tag von seiten der Polizei keine erkennbaren Maßnahmen zum Schutz von Frau Hölzel und ihren Kindern unternommen. Noch weit verwunderlicher aber ist, daß keinerlei öffentliche Fahndung eingeleitet wurde. Nicht einmal Phantombilder von den Entführern wurden angefertigt. Ein bei sonstigen Entführungsfällen gebräuchliches Vorgehen.

Die Kriminalpolizei (Abteilung Staatsschutz) behauptet, es gäbe zu wenig konkrete Anhaltspunkte, um an die Öffentlichkeit zu gehen. Wir aber meinen, daß unter Mithilfe der Bevölkerung sehr wohl das Haus gefunden werden könnte, daß jemand durch Zufall den Wagenwechsel auf der Autobahn gesehen haben könnte oder die beschriebenen Personen wiedererkennen würde etc. Es ist doch klar, daß jeder Tag, der ohne öffentliche Fahndung vergeht, an dem keine Phantombilder angefertigt werden, die Erinnerung von Frau Hölzel verwischt und zufällige Beobachtungen der Öffentlichkeit in Vergessenheit geraten. Den Tätern wird damit die Möglichkeit gegeben, unerkannt unterzutauchen.

Weshalb die Kriminalpolizei so handelt, ist uns unverständlich. Unserer Meinung nach hängt das damit zusammen, daß mit der Lösung des Falles die Abteilung Staatsschutz betraut ist. Diese ist ja bekanntlich hauptsächlich damit beschäftigt Demokraten, Antifaschisten und natürlich besonders Kommunisten auszuspähen. Die Fragen der mit den Ermittlungen beauftragten Beamten lassen darauf schließen, daß ihr Hauptinteresse dem Bekanntenkreis von Frau Hölzel und der *Volksfront* selbst gilt. Besonders fragwürdig, ja teilweise illegal sind die Ermittlungsmethoden selbst. So wurden die noch minderjährigen Kindern von Frau Hölzel, während sie selbst bei der Kripo war, ohne ihre Zustimmung oder sie wenigstens zu fragen, in der Wohnung vernommen.

Da wir feststellen mußten, daß von Seiten der Staatsschutzabteilung unserer Meinung nach kaum nach den Tätern gefahndet wird, das Opfer aber in die Mangel genommen wird, sahen wir uns gezwungen, einen Rechtsanwalt einzuschalten und von uns aus an die Öffentlichkeit zu gehen. Wir sehen in dem Verhalten der Heilbronner Kripo die Fortsetzung der unrühmlichen Tradition deutscher Behörden und Regierungen, den Neofaschismus zu verharmlosen. Nicht nur von der *Volksfront*, sondern von vielen anderen Organisationen und Gewerkschaften wird seit Jahren das Verbot aller deutschen und ausländischen faschistischen Organisationen gefordert. Offensichtlich haben aber diese ihre Gönner in hohen und höchsten Stellen, denn geschehen ist bislang kaum etwas. Da mußte es immer erst Tote geben, wie das Beispiel der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ und der „Deutschen Aktionsgruppen“ beweist.

Ja, die faschistischen Banden können sich sogar so sicher fühlen, am hellichten Tag eine Frau zu entführen, zu foltern und zu erpressen, ohne daß sie es nötig haben, ihre Gesichter zu verbergen!

Bei dem Vorgehen der Heilbronner Kripo ist das allerdings auch kein Wunder. Wir können uns nicht vorstellen, daß die Entführung eines „Würdenträgers“ähnlich behandelt werden würde. Aber da Frau Hölzel nur eine einfache Hausfrau ist, glaubt der Staatsschutz, sich das leisten zu können.

Wir haben aber noch die Hoffnung, daß sich das ändert und die Täter festgestellt werden können. Wenn wir uns heute mit dieser Presseerklärung an die demokratische Öffentlichkeit wenden, dann tun wir das in der Hoffnung, daß die Veröffentlichung den nötigen Druck schafft, der gebraucht wird, um den Fall entsprechend anzupacken und zu lösen.

Wir hoffen, daß Sie uns dabei behilflich sein werden. Zu weiteren Auskünften sind wir natürlich jederzeit gerne bereit.

Mit freundlichen Grüßen
Kreisverband Heilbronn
der *Volksfront*
i.A. Rita Frütsche

Minister Herzog weiß Bescheid

„Wir wissen, daß der Rechtsterrorismus marschiert.“ Mit diesen Worten faßte der Stuttgarter Innenminister Roman Herzog (CDU) die im Rahmen des Verfassungsschutzberichtes 1981 für die Veröffentlichung ausgewählten Erkenntnisse der ihm unterstellten Staatsschutzbehörde Baden-Württembergs zusammen.

Sie wissen es.

Sie haben es beobachtet.

Sie werden dem Vormarsch weiter zusehen.

Gegenmaßnahmen sind nicht geplant.

Es ist manchmal schon schwer zu fassen, wie sich die verantwortlichen Politiker in diesem Land dem in der Tat marschierenden Rechtsterrorismus gegenüber verhalten. So deutlich wie Herzog hat allerdings noch kaum einer dieser Herren zugegeben, daß sich die braunen Terroristen tatsächlich im Aufwind befinden. Seine Parteifreunde ergehen sich meist in plumpen Verharmlosungen.

„Die Bedrohung der Inneren Sicherheit durch Rechtsextremisten (hat) eine neue Dimension erhalten.“ Auch dies ein Satz von Roman Herzog.

Angesichts solcher Worte sollte man erwarten, daß auch die Gegenmaßnahmen — sofern von solchen bisher überhaupt die Rede sein konnte — neue Dimensionen annehmen. Das aber hieße Herrn Herzog Unrecht tun. Jetzt endlich die Nazi-Organisationen zerschlagen? Jetzt endlich die Verbindungen der Terroristen zu den legalen Gruppen und Parteien wie der NPD offenlegen und auch diese verbieten und auflösen? Jetzt endlich die bekannten Nazi-Aktivisten kaltstellen und bestrafen, die faschistische Propaganda unterbinden? Kein Gedanke. Zu solch repressiven Maßnahmen ist der gute Herr Herzog doch gar nicht fähig!

Das ist schon eine Verhöhnung der antifaschistischen Öffentlichkeit. Eine Verhöhnung der Opfer, die die Nazimörder heute bereits wieder auf dem Gewissen haben.

Daß dies kein internes Problem der CDU bzw. beider Unionsparteien ist, beweist eindringlich das Beispiel Hamburgs, wo eine Liste zur Bürgerschaftswahl zugelassen werden soll, in der neben NPD-Spitzenfunktionären auch Aktivisten der terroristischen ANS Führungspositionen innehaben.

Stattdessen richtet auch Roman Herzog sein Hauptaugenmerk gegen links. Und zwar, wie sollte es anders sein, unter Bezugnahme auf die RAF, die „personell und logistisch“ imstande sei, „schwere Gewaltakte“ zu verüben.

Immerhin richten sich die Terroranschläge dieser Gruppe, die mit einer linken, das heißt die revolutionären Interessen der Arbeiterklasse vertretende Politik nichts zu tun hat, vor allem gegen Einrichtungen und Offiziere US-amerikanischer Aggressionstruppen und nicht gegen antifaschistische Arbeiter und ausländische Mitbürger. Das sagt auch Roman Herzog. Aber gerade das ist sicher auch ein Grund, warum die RAF verboten ist und ihre Mitglieder oder auch nur angeblichen Sympathisanten mit aller Konsequenz verfolgt werden, während zahlreiche rechtsterroristische Gruppen legal bestehen bzw. die Mitglieder verbotener Vereinigungen relativ ungestört weiter aktiv sein können. Man stellt sich einmal vor, statt der „Liste für Ausländerstopp“ hätte eine „Liste für US-Truppen-Stopp“, eingereicht durch bekannte RAF-Aktivisten, die Beteiligung an den Hamburger Wahlen beantragt...

Roman Herzog verfolgt mit seinen Verlautbarungen ganz bestimmte Absichten. Bekanntlich wächst in der Bevölkerung die Ablehnung der kriegstreiberischen Politik der USA, zu deren Bündnispartner sich die Bundesregierung im Rahmen des NATO-Kriegspaktes gemacht hat. Immer weitere Verbreitung, immer größere Zustimmung finden Losungen, wie sie die KPD aufstellt: „Raus aus der NATO!“, „Ami go home!“ usw.

Dagegen versuchen die reaktionären Politiker mit allen Mitteln vorzugehen. Auch mit den Mitteln der Lüge und Verleumdung, derer sich Herzog dadurch als mächtig erweist, daß er die Gefahr an die Wand malt, die RAF könnte „die Führung einer in den linksextremen Gruppen immer deutlicher werdenden antiamerikanischen Bewegung“ übernehmen.

Aus der gleichen Überlegung heraus werden derzeit alle Demonstrationen gegen die NATO und die US-Politik von dem Geschrei begleitet, dabei könne es zu Anschlägen kommen. Was jedesmal Anlaß dazu gibt, ein Verbot der betreffenden Aktionen zu erwägen.

So wird bei uns Politik gemacht. Und die braunen Terroristen, erklärtermaßen unter den Augen und mit bestem Wissen der Behörden, marschieren und morden weiter...

Prozeß in Essen

VS-Spitzel gegen Opel-Betriebsrat

ESSEN. — Während die Mißhandlung der Antifaschistin Mina Hölzel für die Behörden kein Grund zur Aufregung und nicht einmal zur entschlossenen Fahndung nach den Tätern ist, sind sie in einem anderen Fall sehr aktiv, in dem auch von „Folterung“ die Rede ist. Nur ist sie in diesem Fall eine Erfindung des Verfassungsschutzes, in dessen Sold auch das angebliche „Opfer“ steht. Bei diesem handelt es sich um den Agenten Siegfried Köntgen alias Madler, der versucht hatte, den DKP-Betriebsrat Peter Jaszczyk ins Spitzel anzuwerben. Peter Jaszczyk soll ihn mißhandelt haben, als er ihn zusammen mit Kollegen zur Rede stellte und enttarnte. Deshalb stand er jetzt vor Gericht.

Das spielte sich wirklich ab (der RM berichtete als erste Zeitung bereits am 19. Juni 1981 ausführlich über diesen Skandal):

Bei Jaszczyk meldete sich ein „Herr Madler vom Innenministerium“ und bot ihm für die Übernahme von Spitzelaufgaben ein Handgeld von 500 Mark sowie eine steuerfreie Monatspauschale von 2000 Mark. Er sollte Angaben über seine Partei und den Betriebsrat sowie Vorgänge im Betrieb machen.

Um Zeugen für den ungeheuerlichen Vorgang zu haben, jagte Jaszczyk den Spitzelwerber nicht gleich zum Teufel, sondern lud ihn zu sich ein, wo er ihn dann zusammen mit Kollegen — auch der IGM-Betriebsrat wurde vorher benachrichtigt — in Empfang nahm. Von Folterungen keine Rede; man bat Köntgen allerdings, Gürtel und Hosenknöpfe aufzumachen, damit er nicht schnell abhauen konnte. Köntgen packte dann umfassend aus.

Über die Presse ließ der Verfassungsschutz verbreiten, Köntgen sei fast verstümmelt worden. Auf Nachfrage fand sich aber niemand, der die Ärzte nennen konnte, die die angeblichen Verstümmelungen bestätigt hätten, noch das Krankenhaus, in dem sich Köntgen angeblich aufhielt, als er schon lange wieder in der Öffentlichkeit gesehen worden war.

Am 26. April begann der Prozeß gegen Peter Jaszczyk in Essen. Schnell trat die Unhaltbarkeit der Anklage zutage. Der Spitzel erhielt nur eine beschränkte Aussagegenehmigung durch den Verfassungsschutzpräsidenten. Während seiner Aussage wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen, weil sonst angeblich die innere Sicherheit der Bundesrepublik gefährdet sei. In Wahrheit will man natürlich vermeiden, daß größere Teile der Öffentlichkeit Einblick in die verbrecherischen Machenschaften des Staatsschutzes bekommen.

Peter Jaszczyk hat die Solidarität seiner Kollegen. Auch die der KPD-Genossen, unabhängig von den vorhandenen unterschiedlichen Auffassungen in entscheidenden Fragen der allgemeinen und konkreten Politik, die zwischen uns und ihm sowie seiner Partei bestehen. Diese Solidarität galt und gilt von Anfang an.

Bei Redaktionsschluß stand das Urteil noch nicht fest.

Freiheit für Peter Jaszczyk! Verfassungsschutz raus aus den Betrieben!

Verletzte durch Profitgier

Arbeiterkorrespondenz aus Leverkusen

Genossen von Bayer Leverkusen schickten uns den folgenden Text, den sie am 4. Mai — nach Redaktionsschluß dieses „Roten Morgens" — in einem Extrablatt ihrer Betriebszeitung „Klassenkampf" verteilt haben.

Das ist passiert:

In der Nacht vom Montag auf Dienstag vergangener Woche gab es in N 5 eine Explosion. Nach Bayer-Angaben wurden zehn Kollegen aus den umliegenden Betrieben vor allem durch Glassplitter verletzt.

Ein Kollege verlor ein Auge, als im die Glasscheibe einer Meßwarte in M 30 auf den Kopf krachte.

Bei den anschließenden Löscharbeiten wurden noch drei Kollegen der Feuerwehr verletzt. Am Mittwoch schrieb die Presse von insgesamt 18 Verletzten.

Das sind die Hintergründe:

In N 5 wurde Metaoxochloranilin hergestellt. Das ist ein Zwischenprodukt für Farbstoffe. Dabei zeigte sich am Montagnachmittag, daß die Reaktion nicht normal verlief. Die Temperatur stieg zu hoch.

Gegen 17 Uhr kam die Feuerwehr und versuchte, den Kessel zu kühlen, um die Temperatur zu senken. Störelektriker versuchten, die Energien abzuschalten. Der Betrieb wurde weitgehend geräumt.

Zu diesem Zeitpunkt war bereits bekannt, daß die Reaktion durchgehen würde. Die Betriebsleiter der umliegenden Betriebe wurden am frühen Abend informiert.

Nicht informiert wurden die Kollegen in diesen Betrieben!

Im Gegenteil, als die Kollegen fragten, was in N 5 los wäre, warum da die Feuerwehr sei, wurde ihnen gesagt, die Feuerwehr hätte alles unter Kontrolle.

Kurz nach 23 Uhr stieg die Temperatur rapide an. Die letzten Kollegen versuchten aus N 5 zu flüchten. Sie erreichten gerade das Treppenhaus, als die Explosion kam. Zum Glück ist das Treppenhaus so massiv, daß ihnen nichts passierte.

Dafür traf es Kollegen aus den umliegenden Betrieben. Sie hatten keine Ahnung, wie groß die Gefahr war, in der sie schwebten.

Teile der Anlage flogen über 200 Meter weit, über einen halben Meter große Stücke schlugen noch in R 20 ein. Chemikalien spritzten auf die umliegenden Gebäude bis nach 011 und verursachten dort Brände. Die Feuerwehr war bis Freitag im Einsatz.

Wer sind die Schuldigen?

Warum konnte es überhaupt zur Explosion kommen?

Wenn die Anlage defekt war und nicht mehr zu kühlen ging — gab es keine Sicherheitseinrichtungen, Sicherheitsventile, Notkühlkreisläufe? Oder waren sie defekt?

Gab es auch hier die berüchtigte „Lücke im Sicherheitssystem", wie bei der Explosion in der Müllverbrennungsanlage?

Uns drängt sich der Verdacht auf, daß hier aus Profitgründen an der Sicherheit gespart wurde.

Auf jeden Fall sind die verletzten Kollegen Opfer der kapitalistischen Profitgier! Einen halben Tag vor der Explosion deutete sich die Gefahr an. Einige Stunden vorher wußten die Betriebsleiter, was Sache war. Aber es mußte weiterproduziert werden, die Kollegen der umliegenden Betriebe wurden nicht informiert und konnten sich nicht in Sicherheit bringen.

Um diese Tatsachen kommt keiner herum. So wenig zählt die Gesundheit und das Leben der „lieben Mitarbeiter" für die Bayer-Kapitalisten und ihre Handlanger.

Das sind unsere Forderungen:

Die Verantwortlichen in Vorstand, Werks- und Betriebsleitung müssen zur Rechenschaft gezogen werden!

Die Sicherheitseinrichtungen ähnlicher Anlagen müssen überprüft und verbessert werden!

Vorlage eines Untersuchungsberichts des Betriebsausschusses für Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit auf der Betriebsversammlung am 18.5.!

Schnelle und vollständige Aufklärung über Ursachen und Folgen bei allen Störfällen!

Polizeischutz für Rassisten

WESTBERLIN (Volkskorrespondenz). — Am 16. 4. sollte bei uns eine von der NPD initiierte „Bürgerinitiative Ausländerstopp" gegründet werden. Im Rahmen der dafür angesetzten Versammlung sollte auch ein NPD-Wahlkandidat, Prof. Hagen Prehl aus Bochum, reden.

Ca. 120 Antifaschisten und Demokraten hatten sich vor dem Versammlungslokal eingefunden. Die Polizei war mit fünf Mannschaftswagen angerückt!

Leider konnten wir die Veranstaltung nicht verhindern, da die Polizisten brutal prügelten. (Obwohl sie zunächst ohne Kampfanzug antraten und auf „soft" gemacht hatten).

Die Stimmung war aber gut, wir blieben, bis die Nazis und ihre Anhänger das Lokal verlassen hatten, und konnten von fast allen nette Portraitaufnahmen machen ...

Bei der Aktion waren auch eine Anzahl ausländischer Kollegen dabei. Die KJD hatte am Morgen zuvor 1000 Flugblätter in der Umgebung gesteckt, woraufhin auch zahlreiche Anwohner an dem Protest teilnahmen.

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

***

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.



„Spenden? — Um Himmels Willen! *Mein* Geld geht an die Springer-Presse!"

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD

☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

SPD-Parteitag:

Grünes Licht für neue Kernkraftwerke

Auf dem SPD-Parteitag in München bekannte sich die SPD mit deutlicher Mehrheit zum weiteren Bau von Kernkraftwerken. Ein Antrag, der ein zweijähriges Moratorium — den Verzicht auf den Bau neuer KKWs — vorsah und der heftig diskutiert wurde, wurde abgelehnt.

Offizielle Leitlinie der SPD sei es, so ließ unter anderem der Vorsitzende ihrer energiepolitischen Kommission, Horst Ehmke, verlauten, als „Zukunftsmöglichkeit" sowohl den Ausbau als auch den Verzicht auf Kernenergie offen zu halten. Konkret bedeutet das den unverminderten Ausbau des KKW-Netzes in der Bundesrepublik.

Gegen das von Teilen der Partei geforderte Moratorium sprach auch, im Namen des SPD-Gewerkschaftsrates, der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Adolf Schmidt. Er hat sich dabei nach seinen Worten mit dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau — der auf dem Parteitag zum stellvertretenden Vorsitzenden der SPD gewählt wurde — abgestimmt. Schmidt nannte drei „Argumente" für sein Votum zugunsten der Kernkraft:

— Das Moratorium bringe „nichts als Ärger, Kummer und Vertrauensverlust in der Bevölkerung" (die Tag für Tag den Lügen der Elektrizitätsgesellschaften ausgesetzt ist, denen die SPD in die Hände arbeitet!).

— Die energiepolitische Übereinstimmung zwischen DGB und SPD dürfe nicht scheibchenweise aufgekündigt werden (Schmidt bindet die Gewerkschaften also an den Willen des Bundeskanzlers, statt sich für die Wahrung der Arbeiterinteressen einzusetzen!).

— Die „positiven Beschäftigungsimpulse", die von der „durchdachten Energiepolitik" der Regierung ausgingen, blieben „hochnotwendig".

Klar, daß die Angst vor Arbeitslosigkeit mit ins Spiel gebracht werden mußte, wo es doch um den Betrug an den arbeitenden Menschen ging. Die genannten Impulse sind lächerlich. Und Worte wie die von Erhard Eppler interessieren Schmidt gleich gar nicht: daß der Kurs von Regierung und Energiewirtschaft darauf hinauslaufe, die Bedeutung der Kohlekraftwerke drastisch zu beschneiden und damit für mehr Arbeitslose an Ruhr und Saar zu sorgen.

Die SPD-Führung hat noch einen weiteren Schachzug parat. Im Jahre 1990, so sagte auch Horst Ehmke, stünden grundsätzliche Entscheidungen an. Falls nämlich bis dahin keine sichere Entsorgung der Kernkraftwerke nachgewiesen werden könne, werde der Betrieb wohl nicht mehr zu verantworten sein.

Ehmke würde es also gar nichts machen, noch weiter acht Jahre Unmengen an hochaktiven radioaktiven Abfällen anhäufen zu lassen, ohne zu wissen, wo man eigentlich damit hin soll. Ein wahrhaft verantwortungsbewußter Politiker.

Das Thema Entsorgung bzw. Endlagerung stand auch auf dem Programm. Dazu äußerte sich auch Holger Börner aus Hessen, erklärter Befürworter der KKWs. Er erläuterte die Gegebenheiten in seinem Bundesland vor allem am KKW Biblis, wo es noch keine endgültige Genehmigung für den dritten Block, Biblis C, gibt. Seine eigenes Verantwortungsbewußtsein wollte er mit der Bemerkung veranschaulichen, Biblis C werde erst gebaut, wenn rechtlich gesichert sei, daß in Gorleben ein Endlager gebaut werden dürfe. Mit welchen kriminellen Tricks dies vorbereitet wird, kann man dem betreffenden Artikel auf dieser Seite entnehmen. Börner sprach sich natürlich auch gegen das Moratorium aus. Die SPD hat somit auch in der Frage der Kernenergie bewiesen, daß sie eine Partei ist, die ihr Handeln nicht nach den Interessen der Bevölkerung, sondern nach den Profitinteressen der Kapitalisten bestimmt.

Ausstieg aus dem „Ausstieg"

„Wir haben uns gegen Brokdorf entschieden". So können die Hamburger in dem Programm der SPD zur dortigen Bürgerschaftswahl lesen.

Wahlprogramme oder besser Wahlversprechungen der SPD wie der anderen bürgerlichen Parteien lösen sich meist nach den Wahlen in Luft auf.

Dieses Versprechen der SPD erwies sich nun schon vor der Wahl als Windei. Bürgermeister Dohnanyi und der Vorstand der Hamburgischen Elektrizitätswerke sind sich einig: Einen Ausstieg der HEW aus dem Brokdorf-Projekt, das sie zusammen mit den Nordwestdeutschen Kraftwerken (NWK) betreiben, wird es in absehbarer Zeit nicht geben.

Dohnanyi und maßgebliche Teile der SPD-Senatsfraktion mißachten damit weiterhin den klaren Beschluß einer SPD-Landesparteitages. Zwar behält man sich den vielzitierten „Ausstieg" weiterhin vor, nämlich für die Zeit, da die Energieversorgung „aus anderen Quellen" vollständig gesichert sei — nach dem Ermessen der Politiker und der Wirtschaft, die uns ständig einreden wollen, ohne Kernkraftwerke gingen die Lichter aus. Mit Jahreszahlen ist man bei diesen Prophezeiungen vorsichtiger geworden, denn sonst müßten inzwischen verschiedene Regionen unseres Landes bereits in Dunkelheit versunken sein, wenn die vor Jahren gemachten Prognosen zuträfen.

Trotz des nun vorgesehenen Baus von Kohlekraftwerken in Hamburg, bei denen angeblich auch die Sicherheitsvorkehrungen, Luftfilteranalgen usw. nach dem neuesten Erkenntnisstand gestaltet werden sollen, macht der HEW-Vorstand kein Hehl daraus, daß er eine Abhängigkeit der Stadt von der Kernenergie mit dem Brokdorfer Reaktor in einer Höhe von über 70 Prozent anstrebt. Brokdorf soll 1987 ans Stromnetz liefern.

Für die Bürger Hamburgs bedeutet diese Abhängigkeit hohe Kosten. Die HEW mit ihrem hohen Anteil an der angeblich so „billigen" Kernenergie hat die zweithöchsten Preise im Bundesgebiet.

Der „Spiegel" nennt die neue Entscheidung wegen der „Ausstiegs-Option" einen „Doppelbeschluß". Es dürfte ein ebensolcher Doppel-Beschiß sein wie der bekannte „Doppelbeschluß" der NATO hinsichtlich der Raketenrüstung. Erst einmal sichert Hamburg den zügigen Ausbau und die Fertigstellung des Brokdorf-Projekts, denn in einem ist man sich auch nach außen hin bereits vollständig einig: Vor 1987 könnten die Voraussetzungen für die Abkoppelung auf keinen Fall erfüllt sein.

Die Hamburger SPD-Führer erweisen sich somit als Betrüger großen Stils. Profitieren davon möchte auch die CDU, die — sicher zutreffend — darauf hinweist, die angebliche Option sei ein Schielen auf Wählerstimmen, die man mit einem kompromißlosen Bekenntnis zu Brokdorf zu verlieren fürchte. Es ist darüber hinaus der Versuch, den Widerstand in der eigenen Partei möglichst gering zu halten. Es wird sich zeigen, wieviele doppelte Bären sich SPD-Mitglieder und -Anhänger noch aufbinden lassen werden.

„Wer regiert hier eigentlich?" — so hatte der regierende Bürgermeister Klose bei seinem Rücktritt gefragt, als er vor den HEW-Bossen das Handtuch warf. Die damals schon deutliche Antwort wurde jetzt unterstrichen: Es regiert das Kapital. Parlamente sind nur Kulisse. Es gibt in Hamburg nur eine Partei, die — scharfe Gegnerin des verbrecherischen Bonner Atomprogramms von Beginn an — sich auch im Wahlkampf nicht daran beteiligt, alle möglichen Illusionen in den Parlamentarismus zu schüren, sondern mit einem klaren klassenkämpferischen Programm antritt: die KPD, die auf Liste 5 kandidiert.



Protest gegen Flußverseuchung

Elbfischer besetzten Kattwyk-Brücke

Die Hamburger Elbfischer protestieren schon seit langem gegen die zunehmende industrielle Verschmutzung des Flusses, der ihre Lebensgrundlage darstellt und der Bevölkerung wertvolle Nahrungsmittel liefert. Oder besser liefern soll. Denn ein großer Teil des Fangs ist schon auf den ersten Blick als ungenießbar zu erkennen, so kaputt, von Geschwüren übersät, sind die Fische.

Am 16. April unternahmen die Fischer eine weitere aufsehenerregende Aktion. Der inzwischen schon bundesweit bekannte Fischer Heinz Oestmann legte sich mit seinem Boot unter die Kattwyk-Brücke, eine Hubbrücke (die größte Deutschlands), die über den Köhlbrand führt. Der Kutter mußte von der Wasserschutzpolizei aus der Fahrrinne geschoben werden, was erhebliche Zeit in Anspruch nahm. Währenddessen staute sich der Autoverkehr zu beiden Seiten des hochgehievten Brükkenteils.

Auf der Brücke standen etwa 30 Fischer und Umweltschützer mit Transparenten. Die Polizei rückte an, es kam zu Rangeleien. Daß die Fischer nicht alles mit sich machen lassen, beweist eindrucksvoll das hier abgebildete Foto. Heinz Oestmann wehrt sich gegen einen Polizisten, der ihn in den Haaren gerissen hatte.

Ein Gespräch bei Umweltsenator Curilla, das dieser für den Nachmittag des Aktionstages zugestand, verlief ergebnislos. Oestmann kündigte weitere Aktionen an. Den Elbfischern gehört unsere Solidarität!

In Gorleben wird gebaut

Die Endlagerung der von den KKWs kommenden hoch radioaktiv aufgeladenen Brennelemente spielt eine hervorragende Rolle in der Diskussion für und wider den weiteren Ausbau der Kernenergie-Nutzung. (Die aktuell akute Gefährdung durch den Betrieb der KKWs wird dabei meist ausgeklammert.) Das Stichwort für die Endlagerung heißt nach wie vor Gorleben. Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) behauptet seit einigen Wochen, die Genehmigung für ein „Zwischenlager" in der Tasche zu haben. Und die Physikalisch-technische Bundesanstalt (PTB) will im nächsten Jahr mit den Vorbereitungen zum Bau eines unterirdischen Endlagers beginnen.

Sowohl PTB als auch DWK bedienen sich aller denkbaren Tricks, um den betroffenen Bürgern die Möglichkeiten juristischer Schritte gegen die Bauvorbereitungen zu nehmen.

Bei der PTB sieht das folgendermaßen aus:

Das von ihr kürzlich beim Bergamt Celle eingereichte Programm sieht vor, daß ohne atomrechtliche Genehmigung zwei 850 Meter tiefe Förderschächte mit einem Durchmesser von 7,5 Meter ausgehoben und unter Tage zwei 4000 Meter lange Stollen ins Salz getrieben werden, die parallel zueinander laufen und durch Querstollen verbunden sind. Von diesen Stollen aus sollen mehrere hundert Meter tiefer reichende Schächte gebohrt werden, in die später — wenn die zuständigen Gremien das dortige Gestein für geeignet befinden — die Abfälle eingelassen werden sollen. Dieses ganze Projekt wird als „Erkundungsprogramm" ausgegeben, das deshalb nur einer bergrechtlichen, keiner atomrechtlichen Genehmigung bedürfe. So sollen vollendete Tatsachen geschaffen werden, denn die bergrechtliche Genehmigung kann ohne wirksame Bürgerbeteiligung ausgesprochen werden.

Die DWK erwirkte beim Landkreis Lüchow-Dannenberg vor kurzem die Genehmigung für den Bau einer Halle, deren Bestimmung die Aufnahme hochradioaktiver Brennelemente in Stahlbehältern zur „Zwischenlagerung" ist.

Der Sprecher einer örtlichen Initiative, Wolfgang Ehmke, wies darauf hin, daß es sich hier nur um eine baurechtliche und keine atomrechtliche Genehmigung handle und kündigte weitere, auch juristischen Widerstand an. Die „Doppelstrategie" der Atomindustrie erläuterte er an diesem Beispiel:

Die für die Zwischenlagerung benötigten Transportbehälter des Typs Castor werden seit März auf dem Gelände des KKWs Würgassen erprobt, mit dem Ziel, eine TÜV-Genehmigung zu erhalten. Wenn die derart dort abgenommene Trokkenlagerung danach in der baurechtlich genehmigten Halle in Gorleben übernommen würde, hätte die Bürgerinitiative keine Möglichkeit der Einflußnahme mehr.

Trotz aller dieser Tricks wird der Widerstand fortgesetzt. Und er wird sich nicht auf den juristischen Bereich beschränken, wenn er Erfolg haben soll.

Bauernprotest in Augsburg

Kein KKW in Pfaffenhofen!

In Pfaffenhofen soll ein Kernkraftwerk gebaut werden. Aber die Bauern der Landkreise Dillingen und Donauwörth sagen „Nein"!

Ende April versammelten sich 134 Landwirte mit ihren Traktoren zu einer eindrucksvollen Protestdemonstration in Augsburg. Die Bevölkerung der Stadt wurde auf Flugblättern über die Gründe des Bauernwiderstandes informiert und zur Solidarität aufgerufen: „Helft uns! — Auch Augsburg ist durch das Atomkraftwerk Pfaffenhofen bedroht!". In Donauried werden hochwertige Nahrungsmittel für den Augsburger Raum erzeugt. Durch das Kernkraftwerk würde kostbares Ackerland und die Existenz von 100 der in diesem Raum ansässigen etwa 300 landwirtschaftlichen Betriebe vernichtet.

Eine Abfuhr erteilten die Demonstranten auch dem schwäbischen Präsidenten des Bayerischen Bauernverbandes, Erwin Seitz. Seitz war von den Bauern eingeladen worden, auf ihrer



Die Traktorendemonstration erregte großes Aufsehen in Augsburg.

Protestkundgebung auf dem Augsburger Rathausplatz zu sprechen. Eigentlich wollte er gar nicht kommen, gab dann aber, um sich nicht von vornherein bloßzustellen, dem öffentlichen Druck nach. Es bestünden keine Differenzen zwischen ihm und den nordschwäbischen Bauern, meinte er auf der Kundgebung. Aber der Sprecher der Landwirte, der Ortsverbandsvorsitzende von Wortelstetten und Sprecher der Bauern in der Schutzgemeinschaft Donauried, Heinrich Gärtner, stellte klar: „Wir sind von Seitz sehr enttäuscht." Gärtner wies darauf hin, daß Seitz offenbar mit seinem Doppelmandat nicht zurecht komme; er ist gleichzeitig CSU-Landtagsabgeordneter. Seitz nennt sich einen Gegner des Pfaffenhofener Projekts, verteidigt jedoch öffentlich den generellen Atomkurs der Staatsregierung. „Über kurz oder lang wird er sich entscheiden müssen!"

Empört waren die Bauern nicht nur über Seitz. Was die verantwortlichen Politiker und die schwäbische Regierung auf die Meinung der von ihrem Atomprogramm betroffenen Bauern geben, bewiesen sie dadurch, daß sie auf Einladung nicht erschienen bzw. ihre Teilnahme aus formalen Gründen verweigerten. „Ein paar hundert Wählerstimmen meint man offenbar riskieren zu können!" kommentierte der Organisator der Aktion, Otto Ayrle.

Aber immer. Wenn es Profit verspricht... Da scheut man vor nichts zurück. Die Bauern aber werden weiter kämpfen. Und wenn sie hart und einig bleiben, werden sie auch einiges bewirken können. Ihr Protest ist mit Sicherheit nicht ohne Eindruck auf die Augsburger Bevölkerung geblieben und wird sich herumsprechen. Und diese Demonstranten kann auch Strauß oder einer seiner willfährigen Gefolgsleute gleicher Geisteshaltung nicht als weltfremde Spinner abtun. Es ist die Bevölkerung der betroffenen Gebiete selbst, die den Widerstand aufgenommen hat. Darin liegt ihre Stärke.

Nach den „Wahlen" in El Salvador

USA bereiten Offensive gegen Guerilla vor



Partner D' Aubuisson (rechts), US-Botschafter Hinton.

Die salvadorianische Befreiungsbewegung FMLN richtet sich gegenwärtig auf eine neue Offensive der von US-Offizieren kommandierten Truppen des Militärregimes gegen die Stellungen der Guerilla ein. Wie Sprecher der Befreiungsbewegung erklärten, könnte es sich dabei um die größte Offensive seit dem Beginn des Bürgerkriegs handeln.

Sie würde zusammenfallen mit der Rückkehr von 1500 Elitesoldaten der Junta aus den amerikanischen Ausbildungslagern in Fort Bragg und Fort Benning. Schon jetzt halten sich hohe Offiziere des Pentagon, darunter Oberst David Hughes, in El Salvador auf, um die Integration der in den USA gedrillten Eliteeinheiten in die Armee des Militärregimes vorzunehmen.

Aber nicht nur Kriegsminister Weinberger schickte seine Experten in Sachen Völkermord nach El Salvador. Auch Außenminister Haig setzte einen Sonderbeauftragten in Marsch. Es ist der frühere CIA-Vizepräsident General Walters, der sich um die rasche Bildung einer neuen Regierung kümmern und damit die politische Seite der geplanten Offensive regeln soll. Daß ausgerechnet Walters — und nicht ein Diplomat aus dem Stab von Haig — mit dieser Aufgabe betraut wurde, ist sicher kein Zufall. Denn die Chefs der faschistischen Parteienkoalition, die als Sieger aus den „Wahlen" in El Salvador hervorgegangen ist, standen oder stehen noch fast ausnahmslos auf den Gehaltslisten der CIA.

Wie der RM bereits berichtete, waren die Scheinwahlen — an denen sich trotz des von der Junta verhängten Wahlzwangs und trotz des Terrors der Militärs nur etwa 50 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung beteiligten — von allen in der FDR zusammengeschlossenen Oppositionsparteien boykottiert worden. Die von Duarte, dem zivilen Aushängeschild der Junta, geführte Minderheitsfraktion der Christdemokraten (die Mehrheit kämpft in den Reihen der FDR) konnte zwar als stärkste Partei etwa 40 Prozent der unter Zwang abgegebenen Stimmen gewinnen. Die anderen Parteien jedoch — durchweg ultrareaktionär bis offen faschistisch ausgerichtet — hatten sich sofort nach der „Wahl" zu einem Block zusammengeschlossen; mit dem Ziel, Duarte aus der Regierungsbildung auszuschließen und an seiner Stelle den Major D' Aubuisson zum neuen Chef des Regimes zu machen.

Nationalgardisten gegen Arbeiter.

Ein Killer als „Wahlsieger"

Genau das aber widerspricht den Interessen des amerikanischen Imperialismus und erklärt die hektischen Aktivitäten Washingtons in El Salvador. Die Reagan-Regierung hat dabei nicht einmal den Schein gewahrt, als ob das salvadorianische Regime eine von den USA unabhängige Kraft sei. Die Koalitionsverhandlungen nach der „Wahl" fanden bezeichnenderweise in der US-Botschaft, dem eigentlichen Machtzentrum des Landes, unter der persönlichen Leitung von Botschafter Dean Hinton statt. Der allerdings scheiterte mit der Forderung nach einer Beteiligung Duartes an der neuen Führung des Regimes, weshalb Haig dann den CIA-Mann Walters ins Rennen schicken mußte.

Wo liegen nun die Ursachen für diese offensichtlichen Differenzen zwischen Washington und den Kräften um D'Aubuisson? Sicher nicht in der Person dieses faschistischen Majors,



Guerrilleros im Angriff.

den selbst der frühere und von Reagan geschaßte US-Botschafter in El Salvador, White, einen „pathologischen Killer" nannte. Denn D'Aubuisson, der als Boß der Terrororganisation „Union der Weißen Krieger" für unzählige Massaker verantwortlich ist, ist selbst eine Kreatur des amerikanischen Imperialismus. Er hat die Mord- und Folterschulen von CIA und US-Armee in Panama, Washington, auf Taiwan und anderswo durchlaufen und stand seit dem Machtantritt der Reagan-Leute in enger Verbindung mit den Lateinamerikaexperten im Nationalen Sicherheitsrat der USA, Roger Fontaine.

Was aus amerikanischer Sicht gegen ihn spricht, sind denn auch nicht die zahllosen von seiner Bande begangenen Mordaktionen. Was gegen ihn spricht, ist allein die exponierte Stellung, die er sich als „Wahlsieger" und möglicher Juntachef angemaßt hat. Und Washington hatte schließlich die Wahlfarce gerade deswegen inszenieren lassen, um dem salvadorianischen Regime einen Anstrich von Rechtmäßigkeit zu verschaffen. Mit einem international geächteten Killer wie D'Aubuisson an der Spitze ist das jedoch völlig unmöglich, ganz abgesehen davon, daß die Wahlfarce sowieso nicht den von der Reagan-Regierung gewünschten propagandistischen Erfolg gehabt hat.

Aber wenn es den US-Imperialisten jetzt auch gelingt, ihren Wunschkandidaten Duarte in irgendeiner Form wieder an die Spitze der Junta zu schieben, so würde sich dadurch doch am Charakter des Regimes nichts ändern. Und schon gar nicht würde dadurch ein „Reformkurs" eingeleitet oder gar fortgesetzt, wie jetzt von der amerikanischen Propaganda und ihren eifrigen Nachbetern im Umkreis des F. J. Strauß behauptet wird.

Carters gescheiterte „Reform"

Diese Propaganda stützt sich auf die Tatsache, daß 1979 nach dem Putsch der sogenannten jungen Militärs gegen das faschistische Romero-Regime unter dem Druck der damaligen Carter-Regierung ein „Reformkonzept" in Gang gesetzt wurde, das neben der Nationalisierung von Teilen des Außenhandels und der Banken als Kern eine Agrarreform beinhaltete. Ziel dieses Konzeptes war es, der Mitte der 70er Jahre erstarkten revolutionären Bewegung das Wasser abzugraben und die bürgerlichen Parteien (die sich dann einschließlich der revisionistischen KP an der Junta der Jungen Militärs beteiligten) in das Regime einzubinden, um so die durch den Volkskampf erschütterte amerikanische Oberherrschaft wieder zu stabilisieren.

Die damals in Angriff genommene Agrarreform war jedoch alles andere als eine wirkliche Umwälzung der Verhältnisse auf dem Land, die unter anderem dadurch gekennzeichnet waren, daß schon zu Beginn der 70er Jahre 75 Prozent der Landbevölkerung unter dem von der Regierung festgelegten Existenzminimum lebten. Kennzeichnend für die wirkliche Pläne der US-Imperialisten mit dieser Agrarreform ist die Tatsache, daß sie von amerikanischen Experten nach dem gleichen Muster durchgeführt wurde, wie man es zuvor schon in Vietnam erprobt hatte. Ländereien über 500 Hektar sollten enteignet werden, mit Entschädigungen für die Grundbesitzer allerdings, die zwei- bis dreimal über dem tatsächlichen Wert des Bodens lagen. Auf dem so frei gewordenen Land sollten dann in Wehrdörfern zusammengefaßte Bauern angesiedelt werden — wobei die wirkliche Funktion dieser Dörfer (wie bereits in Vietnam) die von Stützpunkten im Kampf gegen die Guerilla war, die damals gerade aus den landlosen Campesinos einen beträchtlichen Zulauf hatte. Diejenigen, an die dann tatsächlich Land verteilt wurde, waren denn auch zumeist Mitglieder der Terror- und Spitzelorganisation ORDEN oder andere Anhänger des Regimes.

Aber noch nicht einmal diese Perversion einer Agrarreform wurde tatsächlich durchgeführt; sie kam über Anfänge nicht hinaus, weil die Oligarchie der das Land beherrschenden „14 Familien" kein Interesse an dem amerikanischen Konzept hatte.

Das einzige reale Ergebnis dieser „Reform" war ein blutiger Ausrottungsfeldzug, den das Militär in ihrem Namen gegen die Campesinos unternahm, die im Zuge des Putsches von 1979 zur Selbsthilfe gegriffen und Land besetzt hatten.

„El Salvador wird das Grab der Roten werden"

Unter dem Druck der Oligarchie wurde die 1979 gebildete Junta von allen Kräften gesäubert, die in irgendeiner Form für eine Verständigung mit der „gemäßigten Opposition" eintraten. Die bürgerlichen Parteien gaben daraufhin ihre Unterstützung der Junta auf und schlossen sich mit den revolutionären Kräften in der FDR zusammen — mit Ausnahme des Herrn Duarte und seiner Minderheitsfraktion der christdemokratischen Partei. Dieser angebliche Reformer wurde zwar als einzige ziviles Mitglied der Junta geduldet, eine Basis innerhalb der herrschenden Cliquen hat er jedoch nie gehabt. Das war im August letzten Jahres noch einmal deutlich geworden, als die Unternehmerverbände des Landes eine „Regierung der nationalen Einheit" und ausdrücklich den Ausschluß Duartes aus der forderten.

Die Oligarchie setzte schon damals auf den Massenmörder D'Aubuisson und seinen Kurs der gnadenlosen Unterdrückung jeglicher, auch noch so „gemäßigter" Opposition. In seinen Wahlkampfparolen drückte der Killer, auf dessen Konto unter anderem auch der Mord an dem Bischof Romero geht, die Erwartung der Oligarchie in aller Deutlichkeit aus: „El Salvador wird das Grab der Roten werden. In drei Monaten rotten wir die Guerilla aus." Von den „Reformkonzepten", von der noch unter Carter verfolgten Linie einer Verständigung mit der bürgerlichen Opposition ist also nichts mehr übrig geblieben.

Daß aber die „14 Familien" und der Terrorist D'Aubuisson jetzt dermaßen auftrumpfen können, ist nur durch den Kurswechsel der amerikanischen Politik nach dem Machtantritt der Reagan-Leute zu erklären. Die nämlich haben sofort den mit Menschenrechtsphrasen garnierten Kurs Carters über Bord geworfen. Sie wollen sich nicht mit politischen Manövern aufhalten, die auf Zugeständnisse an die bürgerliche Opposition abzielen, um so die revolutionäre Guerilla zu isolieren und sie dann zu zerschlagen. Die Reagan-Leute haben von vornherein die „militärische Lösung" gesucht, das heißt die Liquidierung der **gesamten** oppositionellen Bewegung.

Kurswechsel in Washington

Die Symptome für diesen Kurswechsel waren deutlich: Die Abberufung von Carters Botschafter White, die Kontaktaufnahme mit den reaktionärsten Elementen vom Schlage eines D'Aubuisson, die Haltung in der Frage der ermordeten Nonnen, wo es diese selbsternannten Superpatrioten ungerührt zuließen, daß amerikanische Staatsbürgerinnen von Killerkommandos bestialisch abgeschlachtet wurden und wo sie den Mördern sogar noch beim Verwischen der Spuren halfen. Schließlich die drastische Erhöhung der Militärhilfe für die faschistische Junta, die Entsendung immer neuer „Militärberater" — am Ende dieser Entwicklung standen dann Haigs Äußerungen vom Februar dieses Jahres, daß auch eine unmittelbare militärische Intervention amerikanischer Truppen nicht ausgeschlossen werden könnte.

Gleichzeitig wurde der Druck auf das befreite Nicaragua verstärkt und die militärische Präsenz in Honduras und Guatemala ausgebaut. Washington verpflichtete seine faschistischen Marionettenregimes von Honduras bis Argentinien zur militärischen Unterstützung der Junta in El Salvador. Verhandlungsangebote der Oppositionsbewegung FDR wurden regelmäßig zurückgewiesen.

Kein Zweifel: Der amerikanische Imperialismus setzt auf die Liquidierung der Opposition in El Salvador. Und immerhin haben Vertreter der Reagan-Regierung in den letzten Monaten ja unverhohlen zu verstehen gegeben, daß es ihnen darum geht, in diesem kleinen Land „ein Exempel zu statuieren", dem ganzen Kontinent deutlich zu machen, daß ein zweites Nicaragua nicht hingenommen würde. Daran sollte man sich erinnern, wenn gegenwärtig Haig ab und zu scheinbar „gemäßigte" Töne anschlägt oder wenn jetzt seine Emissäre die politische Karriere des Herrn Duarte zu retten versuchen.

Ganz ohne politische Manöver kommen auch die Reagan-Leute nicht mehr aus. Es ist nicht zuletzt die sehr schnell erstarkte Bewegung gegen ihre Salvador-Politik, mit der sie in den USA selbst konfrontiert sind, die sie auf allzu starke Töne gegenwärtig verzichten läßt. Und Duarte brauchen eben auch sie, um die Fiktion eines Regimes in Salvador aufrechtzuerhalten, das angeblich unermüdlich eine menschenfreundliche Reformpolitik gegen Widerstände sowohl von links wie auch von rechts in die Tat umsetzt.

Die strategische Orientierung der Reagan-Leute aber hat sich damit nicht geändert. Das beweisen schließlich die Fakten, wie etwa die oben erwähnte schnelle Ausbildung von Eliteeinheiten der Junta für eine neue Offensive. (Auch in den Trainingscamps, die das Pentagon und die CIA in Panama unterhalten, werden gegenwärtig mehrere tausend Junta-Soldaten für die Ausrottung der Guerilla gedrillt.) Die FDR und ihr militärischer Arm, die FMLN, haben bislang alle Ausrottungsfeldzüge zurückgeschlagen, haben ihrerseits im letzten Jahr zwei große militärische Offensiven gestartet und mittlerweile fast den gesamten Norden und Osten des Landes befreit. Nach wie vor aber besteht die Gefahr einer direkten amerikanischen Intervention — für die Demokraten in Westdeutschland sollte das ein Grund mehr sein, am 10. Juni gegen Reagan auf die Straße zu gehen.

Konflikt um Falkland-Inseln

Führt Argentinien einen gerechten Krieg?

Unser Leser K.K. aus Reutlingen hat die „Roter-Morgen"-Artikel zum Krieg um die Malvinas (Falkland-Inseln) heftig kritisiert. Im folgenden veröffentlichen wir einige Auszüge aus seinem Brief, in denen die wesentliche Kritikpunkte dargestellt werden.

„1. Welche Seite ist gerecht? Gibt es eine gerechte Seite oder nur zwei Banditen, die um Beute streiten? ... Was sagt der „Rote Morgen" dazu: keine Seite ist gerecht in dem Streit, auf beiden Seiten stehen reaktionäre Regime, die gegenseitig Hetzkampagnen loslassen, denn eine Rolle spielt die ‚wirtschaftliche und strategische Bedeutung der Inseln' als wesentlicher Faktor dieses Streits... Zwar wird die Besetzung der Islas Malvinas durch die Engländer 1833 angeführt, verschwiegen wird aber, daß die Inseln zu Argentinien gehörten (und deshalb noch heute gehören), so daß es sich anhört, als habe die englische Kolonialmacht herrenloses Gebiet besetzt, um das sich nun eben ein anderer Bandit mit streitet.

Tatsache ist aber: Nachdem Argentinien 1810 die Unabhängigkeit von Spanien erreicht hatte, nahm es 1820 die Inseln förmlich in Beseitz (nachdem diese vorher ein Streitobjekt der Kolonialmächte England, Spanien und Frankreich gewesen waren). 1829 verpachtete Argentinien sie an den Hamburger Kaufmann Louis Vernet und setzte ihn als Zivil- und Militärgouverneur ein. 1833 entrissen die Briten den Argentiniern die Inseln, und die junge Republik war zur Abwehr dieses Handstreichs noch zu schwach.

Warum verschweigt das der „Rote Morgen"? Warum schreibt ihr nicht klipp und klar, daß heute den Briten nur das widerfährt, was jedem Banditen geschehen kann, daß ihm nämlich seine Beute wieder abgejagt wird? Wie kommt der „Rote Morgen" dazu, die Besitzverhältnisse als ‚längst nicht eindeutig' zu bezeichnen? In Wirklichkeit aber ist es nach Lage der historischen Tatsachen aber sehr wohl so, daß eine Seite Recht für sich beanspruchen kann, das Recht auf ihrer Seite hat: nämlich die argentinische…

Wer sind die Kontrahenten?

2. Wer sind die Kontrahenten? Im „Roten Morgen" sieht das so aus: Auf der einen Seite die ‚britischen Imperialisten', auf der anderen Seite die ‚argentinischen Generale'. Also: zwei reaktionäre Regimes = zwei ungerechte Seiten, ergo: es gibt keine gerechte Seite in diesem Streit.

So einfach ist das, und so oberflächlich und unmarxistisch: Ihr unterscheidet nicht zwischen den leicht durchschaubaren Interessen und Absichten einer faschistischen Junta und den berechtigten Interessen des argentinischen Volkes! Es gehört zu den obersten Pflichten einer KP, und erst recht einer KP in einem imperialistischen Land wie der BRD, die Bestrebungend er Völker der dritten Welt nach Unabhängigkeit und Souveränität zu unterstützen, die anti-imperialistischen, antikolonialistischen Strömungen in einem Volk der dritten Welt gegen alle herablassenden, verfälschenden Propagandasprüche zu verteidigen, wie sie gerade bei uns so verbreitet sind.

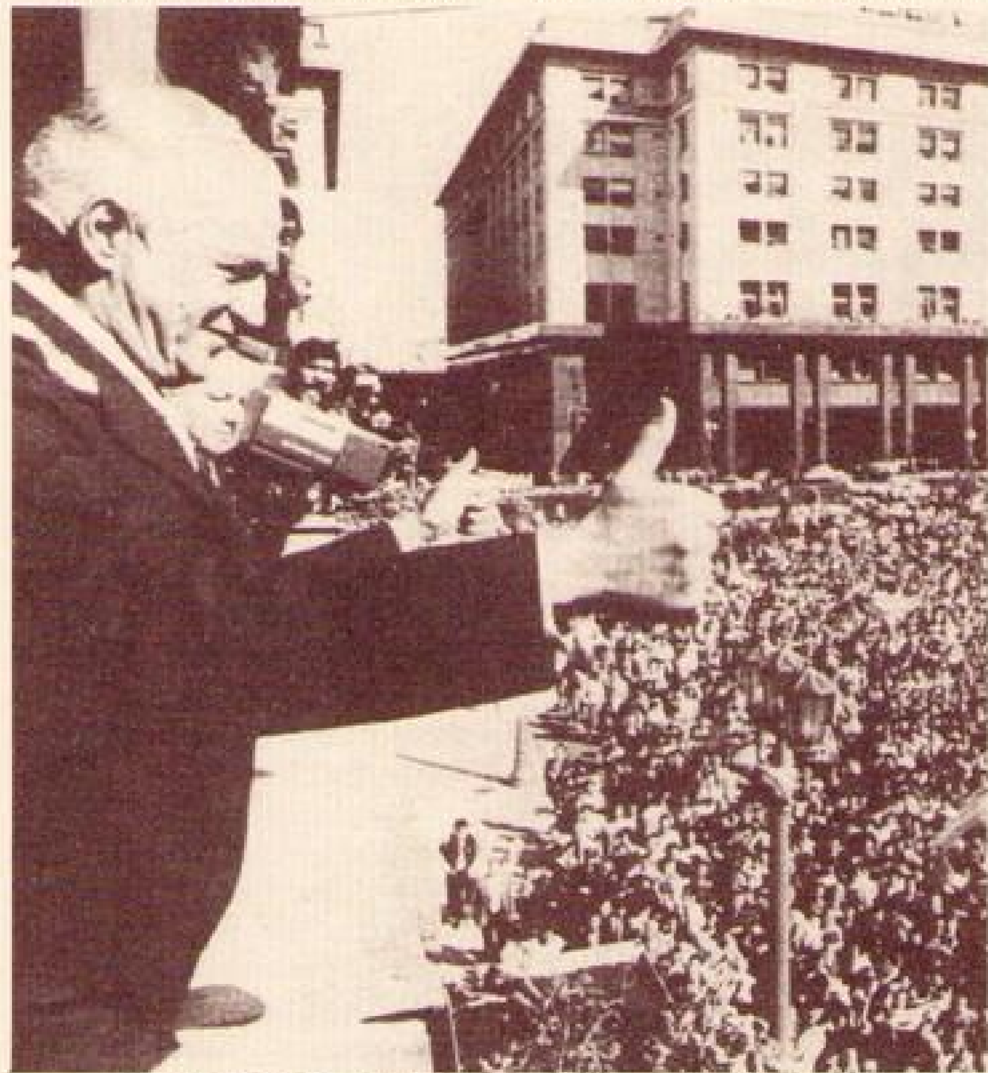
Von diesem Standpunkt aus gesehen, ist es gar keine Frage, daß die Besetzung der Malvinas gerecht ist, unabhängig davon, was sich die faschistische Junta davon verspricht... Klar gesagt: Die Besetzung der Malvinas liegt im Interesse der Souveränität des argentinischen Volkes uns seiner Behauptung gegen den britischen Kolonialismus. Alos: Der eigentliche Kontrahent des britischen Kolonialismus ist das argentinische Volk...

3. Frage der Selbstbestimmung. Es gibt, was in der marxistisch-leninistischen Weltbewegung unbestritten ist, ein Selbstbestimmungsrecht für Völker und Nationen. Seit wann aber gibt es dasselbe für Kolonialangestellte?... Bürgerlich-neutral fordert ihr Selbstbestimmung für die ‚Bevölkerung' der Malvinas, und ihr schreibt sogar, daß die meisten Angestellten des britischen Textilmonopols sind. Für so eine Bevölkerung gibt es keineswegs ein ‚demokratisches Prinzip der Selbstbestimmung'... Die englischen Siedler auf den Malvinas mußten wissen, welches Risiko sie eingehen, als sie auf die Inseln zogen. Sie können keinerlei Rechte gegenüber dem argentinischen Volk beanspruchen."…

Die Frage der Selbstbestimmung

Soweit der Leserbrief von K.K. Tatsächlich sind einige Feststellungen in dem „Roten-Morgen"-Artikel über den Falkland-Krieg nicht ganz korrekt oder zumindest mißverständlich. Wir meinen jedoch nach wie vor, daß die grundlegende Frage der Einschätzung dieses Konflikts — nämlich, daß es ein von beiden Seiten her ungerechter Krieg ist — richtig beantwortet wurde.

Aber zunächst einmal zu den im Leserbrief unter 1. und 3. aufgeworfenen Problemen: Fraglos sind die Malvinas ein vom britischen Imperialismus unrechtmäßig angeeigneter Kolonialbesitz, und nach Lage der Dinge hat Argentinien einen historischen Anspruch auf die Inseln, der im übrigen 1965 auch von der UNO bestätigt wurde (Resolution 2065). Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, den britischen Kolonialstatus zu liquidieren und die Inseln dem argentininischen Staatsverband anzuschließen.


Junta-Chef Galtieri bei Malediven-Kundgebung.

Was das in den RM-Artikeln geforderte Selbstbestimmungsrecht für die Inselbevölkerung betrifft, so ist eine solche Forderung sicher problematisch. Auf der einen Seite ist es ja keine unterdrückte argentinische Bevölkerung, die hier „befreit" werden müßte. Die etwa 1800 Bewohner sind durchweg britischer Abstammung. Wobei es sich allerdings nicht überwiegend um Angestellte der „Falkland Islands Company" handelt, die dort im Außendienst beschäftigt sind. Nach Angaben der bürgerlichen Presse betrifft das nur 250 Bewohner der Inseln; die übrigen sind Falkländer (oder Malviner), die zum Teil seit mehreren Generationen auf den Inseln leben. Auf der anderen Seite aber kann hier Selbstbestimmung natürlich auch nicht in dem Sinne gefordert werden, wie man es etwa für das palästinensische Volk tut, denn da es sich hier ja um eine im Zuge des Kolonialismus entstandene Siedlergemeinschaft handelt, würde das faktisch die britische Herrschaft über die Inseln verewigen.

Wenn man also von Selbstbestimmung spricht, dann müßte das in dem Sinne geschehen, daß den Falkländern bei einer Rückkehr der Inseln in den argentinischen Staatsverband bestimmte Autonomierechte zugestanden werden müssen, die ihre Identität als Nicht-Argentinier schützen.

Kampf um Souveränität?

Die Kernfrage, die K.K. in seinem Leserbrief aufwirft, ist die nach einer möglichen gerechten — wie er meint: argentinischen — Seite in dem gegenwärtigen Krieg. Wir meinen allerdings, daß es die trotz der hier erwähnten Rechte nicht gibt. Was im übrigen auch der Position der exilierten argentinischen Demokraten entspricht, die in einer Erklärung zwar den historischen Anspruch ihres Landes auf die Malvinen bekräftigt, zugleich aber die „abenteuerliche und unverantwortliche" Militäraktion der Junta verurteilt haben.

Eine solche Haltung enthält nur scheinbar einen Widerspruch. Denn wenn man den gegenwärtigen Konflikt konkret untersucht, kann man nur zu dem Ergebnis kommen, daß die Besetzung der Malvinas eben nicht „im Interesse der Souveränität des argentinischen Volkes" liegt — wie K.K. geschrieben hat. Für uns gilt doch auch in diesem Fall, daß kriegerische Handlungen stets die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sind, daß also zunächst einmal die Politik mit untersucht werden muß, die solche Handlungen hervorgebracht hat.

Vertritt denn die Junta die nationalen Interessen des Volkes? Das Gegenteil ist der Fall: Argentiniens Souveränität und nationale Unabhängigkeit ist ja wahrhaftig nicht dadurch bedroht, daß einige Inseln im Südatlantik noch unter der britischen Kolonialherrschaft stehen. Die Unabhängigkeit ist vielmehr dadurch bedroht — und faktisch liquidiert — daß Argentinien selbst tatsächlich nichts anderes ist als eine Neokolonie der stärksten imperialistischen Mächte, allen voran der USA. Sie kontrollieren den größten Teil der Wirtschaft, haben Argentinien durch ihre Kredite in zusätzliche Abhängigkeit gebracht usw.

Jeder wirkliche Kampf für die Souveränität, für die nationalen Interessen des Volkes müßte also darauf abzielen, diese Ketten der imperialistischen Ausplünderung des Landes zu sprengen. Hat die faschistische Junta etwa einen solchen Kampf geführt? Nein — sie hat ihn vielmehr überall dort, wo er aufflackerte, blutig unterdrückt.

Ausverkauf an den Imperialismus

Aber hat es vielleicht Verschiebungen innerhalb der Junta zugunsten einer mehr an nationalen Interessen ausgerichteten Politik gegeben? Sehen wir uns einmal die jüngsten Veränderungen im Militärregime an. Im Dezember letzten Jahres hat der Generalleutnant Galtieri — der jetzige „Held" des Malvinen-Kriegs — seinen Vorgänger Viola als Chef der Junta abgelöst. Damit war ein bezeichnender Wechsel in der Regierung verbunden. Neue Außenminister wurde Costa Mendez — ein alter Vertrauensmann des amerikanischen Imperialismus. Mit der „Sanierung" der Wirtschaft betraute Galtieri als Minister für dieses Ressort einen Mann, der immer schon der Kandidat der amerikanischen Monopole war: Roberto Aleman.

Und dessen „Sanierungskonzept" besteht kurz gesagt darin, durch Maßnahmen wie Senkung der Zollschranken, Freigabe der Wechselkurse, Reprivatisierung von früher verstaatlichten Betrieben alle noch bestehenden Schranken für das weitere Eindringen des ausländischen, vor allem amerikanischen, Kapitals niederzureißen. Die Folgen dieses Programms sind jetzt schon abzusehen: Es treibt die ohnehin schwache nationale Wirtschaft in den endgültigen Ruin und festigt auf deren Kosten die Positionen der imperialistischen Monopole. (Die einheimische Bourgeoisie hat sich denn auch bitter über dieses Programm beklagt, das aus Argentinien ein „zweites Chile" zu machen drohe.)

Das also ist die wirkliche Politik gerade der jetzigen Galtieri-Junta: nicht Verteidigung nationaler Interessen, sondern im Gegenteil vollständiger Ausverkauf des Landes an den Imperialismus. Und nur im Rahmen dieser Politik gesehen, kann das Malvinen-Abenteuer richtig verstanden werden. Denn ganz offensichtlich sollte mit diesem Abenteuer eine Front aufgebaut werden, mittels derer die Junta hoffte, das gesamte Volk zusammenschließen zu können. Gewiß hat sie damit berechtigte nationale Gefühle mobilisieren können, aber doch nicht — und das ist entscheidend — für einen gerechten und notwendigen antiimperialistischen Kampf, sondern tatsächlich für die Unterstützung ihrer durch und durch proimperialistischen Politik.

Diese Zusammenhänge außer Acht zu lassen — wie es ja nicht nur unser Leser K. K., sondern offenbar auch ein großer Teil der argentinischen Opposition tut — muß sich für das Ringen des Volkes um Unabhängigkeit verhängnisvoll auswirken. Im RM ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Besetzung der Malvinas gerade in einer Phase stark angewachsener Klassenkämpfe erfolgte. Tatsächlich hatte das oben skizzierte Aleman-Programm verheerende Folgen vor allem für die Werktätigen: Beispielsweise ein drastisches Anwachsen der Arbeitslosigkeit infolge der Zerrüttung der einheimischen Wirtschaft, oder eine zunehmende Verelendung durch das im Rahmen dieses Programms verfügte Einfrieren der Löhne bei gleichzeitigem Weltrekord der Inflationsrate von 146 Prozent.

Diese Faktoren waren letztlich ausschlaggebend dafür, daß die Arbeiterklasse und andere Teile des Volkes zum ersten Mal seit Jahren wieder mit Massenaktionen gegen die Junta antraten. Selbst bürgerliche Beobachter gingen vor dem Falkland-Krieg davon aus, daß die Positionen der Junta schwer angeschlagen waren. Und damit war auch die imperialistische Herrschaft über Argentinien gefährdet. Oder umgekehrt: Wenn sich das Regime jetzt mit dem Malvinen-Abenteuer Luft verschaffen kann, dann ist das zugleich auch eine Entlastung des Imperialismus vom Druck des für ihn gefährlich angewachsenen Volkskampfes.



So ist also die Militäraktion der Junta den wirklichen Interessen des argentinischen Volkes direkt entgegengesetzt, und deshalb ist es auch notwendig, diese Aktion zu verurteilen. Das schließt — wie gesagt — nicht aus, daß wir zum einen das historische Recht Argentiniens auf die Malvinen anerkennen und zum anderen den Hauptschlag in unserer Propaganda gegen die Kriegspolitik der britischen Imperialisten richten — und hier vor allem gegen jegliche Unterstützung dieser Politik durch die Bonner Regierung (Boykottmaßnahmen gegen Argentinien usw.) kämpfen.


Sun

IT'S WAR!

- 40 warships ready
- Paras are called up
- Prince Andy to go

FULL STORY: PAGES 2, 3, 4, 5 & 6


Daily Mail

BRITAIN WILL FIGHT!

The final hours — Mail man's own dramatic story


Daily Mirror

£600,000

Collision course for WAR!


'England expects every officer and man to do his duty this day'

Prince slips ashore —but he'll be back!

Chauvinistische Hetze der britischen Presse.





Partner beim Schmiergeld-Skandal in Bayern: Erlemann, Aigner, Klein

Spendenaffäre in Bayern

„Erhebliche Beträge an die CSU geflossen“

Bei der CSU — so hatte ihr Generalsekretär Stoiber immer wieder beteuert — gebe es „keine Spendenaffäre“. Der ganze Sumpf von Bestechung und Steuerbetrug, der in den letzten Monaten sichtbar geworden war, wurde von den Strauß-Leuten stets zu einer Angelegenheit der Koalitionsparteien gemacht — sie selbst spielten die Saubermänner.

Nun hatten ihre in dieser Angelegenheit angeblich so sauberen Westen durch Enthüllungen in der letzten Zeit schon einige Flecken bekommen. Was aber in der vergangenen Woche über die Verwirklichung hoher Politiker und Beamter der Strauß-Regierung in Wirtschaftsverbrechen bekannt wurde, stellt alle früheren Enthüllungen über kriminelle Aktivitäten der CSU weit in den Schatten.

Am Beginn dieser Affäre stand ein Zufall: Bei einer Hausdurchsuchung, die Steuerfahnder im April bei einem verdächtigen Kaufmann durchführten, wurde ein roter Aktenordner entdeckt, der mit dem eigentlichen Fall gar nichts zu tun hatte. Der Ordner geriet auf den Tisch der Staatsanwaltschaft Darmstadt, und die fand darin eine ganz heiße Spur.

In dem roten Ordner war unter anderem die Kopie eines an das französische Justizministerium gerichteten Schreibens angeheftet, das den folgenden Wortlaut hat: „1. Ich war von 1973 bis 1981 Schatzmeister des Bezirksverbandes Oberbayern der Christlich Sozialen Union (CSU) in Bayern. Ich habe diese Tätigkeit ehrenamtlich ausgeübt. 2. Ich habe in den Jahren 1977 und 1978 von Herrn Dr. Klein namhafter Zuwendungen für die Partei erhalten. Diese Zuwendungen sind nachweislich für politische Zwecke verwendet worden. München, den 11. Februar 1982. Dr. Aigner.“

Der hier erwähnte Dr. Klein, alias Pedro Borbon-Sisteg, ist ein in der Bundesrepublik mit Haftbefehl gesuchter Großbetrüger, der gegenwärtig in einem Pariser Gefängnis sitzt. Und daß sich der CSU-Politiker Aigner — ein früherer Oberregierungsrat der Münchner Finanzverwaltung — mit diesem merkwürdigen Schreiben an die französischen Justizbehörden wandte, hatte einen einfachen Grund: Mit dem Hinweis auf die Parteispenden wollte er die Verbrechen, deretwegen Klein in der BRD verfolgt wurde, zu politischen Delikten machen, um so eine Ausweisung Kleins nach Westdeutschland zu verhindern.

Freiwillig jedoch ist Aigners Hilfeleistung für den Häftling nicht erfolgt: Klein hat ihn vielmehr erpreßt — mit einer Liste, auf der alle bayrischen Spitzenpolitiker verzeichnet sind, die von dem Betrüger Klein geschmiert worden waren. Diese Liste allerdings ist inzwischen ebenfalls in den Händen der Darmstädter Staatsanwaltschaft. Und bekannt ist auch längst, wofür die Schmiergelder geflossen sind.

Klein und sein Partner Erlemann (der gegenwärtig in Darmstadt inhaftiert ist) hatten eine Reihe von Abschreibungsfirmen gegründet, an denen sich insgesamt 10000 betuchte Bundesbürger (Unternehmer, Zahnärzte, Professoren usw.) beteiligten. Die beiden Abschreibungshaie hatten deshalb einen so großen Zulauf, weil sie ihren Kunden Verlustzuweisungen versprachen, die bis zum Dreifachen der Kapitalanlage gingen. Und das bedeutete für ihre reichen Kunden eine Steuerersparnis, die größer war, als das von ihnen gezeichnete Kapital.



280000 Mark kassiert? Finanzminister Streibl (CSU)

Klein und Erlemann brauchten nur noch ein Finanzamt, das ihnen die für solche Praktiken notwendigen Verlustbescheinigungen ausstellte. Sie fanden es zunächst im Finanzamt Offenbach-Land, das in den 70er Jahren bedenkenlos solche Bescheinigungen ausstellte — mit dem Effekt, daß sich in dieser „Steueroase“, wie sie in einem Prüfungsbericht genannt wurde, insgesamt 47 Abschreibungsfirmen regstrieren ließen. Regierungsdirektor Hock (SPD), der Chef des Finanzamtes, stellte die begehrten Bescheinigungen am Fließband aus, ohne auch nur eine einzige Akte gelesen zu haben. Offenbar war hier schon massive Bestechung im Spiel. Der Skandal in der „Steueroase Offenbach-Land“ ist jedoch vertuscht worden — obwohl allein drei Abschreibungsfirmen der Erlemann/Klein-Gruppe den Staat um eine halbe Milliarde (!) Mark an Steuern schröpften.

Als die Geschäfte in Offenbach dann nicht mehr liefen, zogen die Abschreibungshaie Klein und Erlemann nach München um. Hier bekamen sie vom Finanzamt München IV sofort, was in der hessischen Stadt inzwischen nicht mehr ging: „Schon nach wenigen Tagen“, so erklärte später ein Mitarbeiter der Gruppe, „hatten wir 300 Prozent Verlustzuweisung“. Daß es in München so zügig lief, war nicht verwunderlich. Denn inzwischen war der frühere Oberregierungsrat des Finanzamtes, nämlich Aigner, für ein Millionenhonorar als Steuerberater bei der Gruppe Klein/Erlemann eingestiegen. Ihn störte dabei nicht die Tatsache, daß seine Partner sich mittlerweile darauf verlegt hatten, reine Schwindelfirmen aufzuziehen. Das heißt: Sie kassierten von ihren Kunden Geld für Projekte, die in Wahrheit nur auf dem Papier bestanden, und steckten so mindestens 220 Millionen Mark in die eigene Tasche.

Wo es um solche enormen Beträge ging, reichte der Einfluß von Aigner als ehemaliger Beamte der Münchner Finanzbehörde zur Deckung der kriminellen Praktiken nicht mehr aus. Es mußten schon die Leute, auf die es ankam, geschmiert werden. Und diese Schmiergelder sind in der oben erwähnten Liste aufgeführt, die heute bei der Staatsanwaltschaft Darmstadt liegt. Einiges davon ist mittlerweile durch Aussagen der Beteiligten selbst schon bekannt geworden.

Zunächst einmal wurde die CSU bedacht, ohne die ja in Bayern nichts läuft. Aigner sagte dazu: „1977 habe ich von Dr. Klein 20000 Mark Spende für die CSU erhalten und ordnungsgemäß abgeliefert; 1978 hat mir Dr. Klein 17000 Mark als Wahlkampfspende für die Partei gegeben. Die sind ebenfalls korrekt verrechnet.“ Der ehemalige Geschäftsführer der Klein/Erlemann-Gruppe, Ernst Masdorpp, sagte dagegen: „Die beiden offiziellen Spenden waren doch nur Trinkgelder. Da sind doch erheblich höhere Beträge an die CSU geflossen.“ Das bestätigt auch Klein selbst, der davon berichtete, er sei mehrmals mit ganzen Koffern voll Bargeld zum CSU-Schatzmeister Aigner gegangen.

Und nicht nur die Partei wurde so großzügig bedacht. Offenbar konnten auch einige ihrer führenden Figuren kräftig für die eigene Tasche mitkassieren. Masdorpp: „Herr Finanzminister Streibl soll einen Betrag von DM 280000 erhalten haben.“ Und der Präsident der bayrischen Landeszentralbank, Lothar Müller, „ebenfalls einen erheblichen Betrag.“ In den Verdacht, Schmiergelder von Klein und Erlemann bekommen zu haben, sind auch Landwirtschaftsminister Eisenmann und der Staatssekretär in Tandlers Innenministerium, Neubauer, geraten. Ihre Namen sind in der erwähnten Liste ebenso aufgeführt wie die einer ganzen Reihe von hohen Münchner Finanzbeamten.

Welchen riesigen Umfang die Schmiergeldaktionen der Klein und Erlemann gehabt haben, kann man aus der Tatsache ermessen, daß eine einzige ihrer zahlreichen Abschreibungsfirmen 16 Millionen Mark für Bestechungs- und Spendengelder bereithielt.

Neue-Heimat-Skandal NRW

CDU-Grundmann gibt Ämter auf

Der Unionspolitiker Konrad Grundmann, Aufsichtsratsmitglied der Neuen Heimat NRW, ist letzten Donnerstag von seinen Ämtern als Vizepräsident des nordrhein-westfälischen Landtag und als Vorsitzender des WDR-Verwaltungsrats zurückgetreten. Grundmann hatte sich von der Neuen Heimat ein aufwendiges Ferienhaus in der Eifel bauen lassen und war dabei von dem Konzern mit einem Preisnachlaß von mindestens 120000 Mark bedient worden (inzwischen wird sogar von bis zu 197000 Mark gesprochen).

Grundmann und die Neue Heimat hatten die Enthüllungen über diesen Skandal zuerst recht forsch dementiert, wobei ihnen allerdings nicht viel Überzeugendes eingefallen war. Der CDU-Politiker gab an, er würde die Kosten seines Hausbaus überhaupt nicht kennen. Und die NH überraschte die Öffentlichkeit mit der Nachricht, daß ausgerechnet die Akten über das Grundmann-Haus „verschwunden“ seien.

Bemerkenswert war bei dieser Angelegenheit die Tatsache, daß sich die CDU nicht einmal zu einer unverbindlichen Ehrenerklärung für ihren Spitzenpolitiker bereit fand. So kam denn Grundmanns Reaktion vom letzten Donnerstag nicht überraschend. Wobei der CDU-Mann seine Amtsniederlegungen natürlich nicht als Schuldgeständnis gewertet wissen will — er habe nur aus Rücksicht auf seine Familie gehandelt, die gegenwärtig unter den schrecklichen Verdächtigungen zu leiden habe.

Daß Grundmann von seinen vielen Ämtern gerade den Posten im Verwaltungsrat des WDR aufgegeben hat, ist die Reaktion auf die breite Empörung bei Mitarbeitern des Senders und in der Öffentlichkeit über die unverhüllte Zensur, die von Grundmanns Parteifreund Theo M. Loch betrieben wurde. Loch, Chefredakteur des WDR, ließ im Regionalprogramm des Senders nur völlig unkritische Beiträge bringen, in denen sich Grundmann und die Neue-Heimat-Manager ausgiebig rechtfertigen konnten.

Ein kritischer Kommentar in der Sendung „Journal III“ wurde von Loch kurzfristig aus dem Programm gekippt, genau so erging es einem längeren Beitrag in „Hier und Heute“. Dem Moderator Rüdiger Hoffmann wurde für die „Tagesthemen“ der ARD sogar eine Falschmeldung unterschoben, nach der ein Grundmann belastender Informant in der Neuen-Heimat-Affäre umgefallen sei. Die Ente wurde prompt gesendet.

Auch der SPD-Landtagsabgeordnete im Düsseldorfer Parlament, Erwin Pfänder mußte im Zuge des Neue-Heimat-Skandals in NRW ein Amt zur Verfügung stellen. Pfänder trat als Vorsitzender des Arbeitskreises Wohnungsbau seiner Fraktion im Landtag zurück. Der Grund dafür waren Enthüllungen darüber, daß Pfänder — im Hauptberuf Abteilungsleiter der Neuen Heimat — den Konzern mit internen Informationen aus dem Landtag versorgt und ihm so erhebliche Vorteile verschafft hat.

Ein Dankeschön vom General



Die polnische Militärdiktatur, die mit brutaler Gewalt die Arbeiterbewegung niederschlug, hat auf der Welt außerhalb der Regierungspaläste Osteuropas wahrhaftig wenig Freunde. Zu denen, die diesem Regime in Treue fest ergeben sind, zählen bekanntlich auch die Führer der DKP. Sie haben sich dadurch verdient gemacht, daß sie die Diktatur der polnischen Generäle mit fanatischem Eifer zum Garanten des Sozialismus umfälschen.

So viel Treue muß natürlich belohnt werden. Und so konnte denn die DKP-Zeitung UZ ihren Lesern kürzlich stolz verkünden, daß der General Jaruzelski höchstpersönlich ein Dankschreiben an die DKP geschickt hat. Er spart darin nicht mit dem allerhöchsten Lob für die „prinzipielle Haltung“ dieser Partei, bedankt sich sowohl für „die wertvolle Spende der Kommunisten aus der Bundesrepublik“, wie auch für deren „Kampf gegen die Versuche des Imperialismus, sich in die inneren Angelegenheiten Volkspolens einzumischen.“

Wobei ja die DKP weniger gegen den Imperialismus als vielmehr gegen die Solidarität fortschrittlicher Kräfte mit der unterjochten polnischen Arbeiterbewegung angekämpft hat. Aber gerade das haben die polnischen Generäle von hier ja auch erwartet. Und deshalb bekommt der „liebe Genosse Herbert Mies“ noch einmal ein ganz persönliches Dankeschön von Jaruzelski, verbunden mit den besten Wünschen für „weitere Erfolge“ des DKP-Chefs.

Ob allerdings gerade diese Umarmung durch den Boß der Warschauer Militärjunta zu „weiteren Erfolgen“ des Herbert Mies beitragen kann, ist denn wohl mehr als fraglich.



Samstag, 8. Mai
22.05 Uhr, ARD
Vor Anbruch der Nacht. Wie in den meisten seiner Filme benutzt der französische Regisseur Claude Chabrol auch hier eine Kriminalgeschichte, um die Moral der Bourgeoisie zu entlarven. Mit Stephane Audran, Michel Bouquet u. a.

***

Sonntag, 9. Mai
10.25 Uhrd, ZDF
Die verbrannte Zeit. Zum „Tag des Buches“, der von den westdeutschen Schriftstellerorganisationen alljährlich zur Erinnerung an die Bücherverbrennungen im Mai 1933 veranstaltet wird, überträgt das ZDF live aus dem Mainzer Stadttheater eine Collage von Hanns Dieter Hüsch.

***

Sonntag, 9. Mai
13.40 Uhr, ZDF
Die Dritte Welt beginnt bei uns. Erste Folge einer fünfteiligen Sendereihe über junge Ausländer in der Bundesrepublik. Der Film beschäftigt sich mit einem Modellversuch an einer Westberliner Schule, durch den eine bessere Integration ausländischer Schüler gewährleistet werden soll.

***

Sonntag, 9. Mai
21.05 Uhr, ARD
Der Leopard. Der italienische Regisseur Luchino Visconti hat diesen Film, dessen Hintergrund die Freiheitsbewegung Garibaldis in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts bildet, nach dem gleichnamigen Roman von Lampedusa gedreht. Mit Burt Lancaster, Claudia Cardinale, Alain Delon u. a.

***

Montag, 10. Mai
21.20 Uhr, ZDF
Nicht mit uns! In die abenteuerliche Geschichte von der Jagd nach einem Elch, der sich in unsere Breiten verirrt hat, eingebaut, schildert Hark Bohm die Probleme von Jugendlichen in der BRD. Mit Dschingis Bowakow, Uwe Bohm u. a.

***

Montag, 10. Mai
22.50 Uhr, HR III
Mein Bruder in Mexico. Leben und Arbeit des Schriftstellers B. Traven im Zeugnis seiner Freunde.

***

Mittwoch, 12. Mai
19.00 Uhr, Südwest III
Rockpalast. Mit dem vor einem Jahr verstorbenen Reggae-Sänger Bob Marley.

***

Donnerstag, 13. Mai
22.20 Uhr, WDR III
Der Schoß ist fruchtbar noch. Dokumentation von Dirk Gerhard über die Ausländerhetze und ihre Hintermänner.

***

Freitag, 14. Mai
21.45 Uhr, ARD
Und kein bißchen radikal? Bericht von M. E. Simmat über eine Gruppe junger Arbeitsloser in Dortmund.

Die Reichen in der Bundesrepublik (Teil III)

„Vater sei Dank - wir haben eine Bank"

Spricht man von Banken, denkt man heutzutage zuerst an die drei Großbanken, die Deutsche, die Dresdner und die Commerzbank. Und sicherlich sind diese auch die entscheidenden Zentralen der westdeutschen Großkapitalisten. Zwar werden sie in allen Verzeichnissen als „im Streubesitz befindlich" dargestellt — die Deutsche Bank annoncierte vor rund zehn Jahren mit dem Spruch „Im Eigentum der deutschen Hausfrau". Und in der Tat — von den 200 000 bis 300 000 Aktionären der Bank sind der größte Anteil eben — Hausfrauen. Doch wenn auch Frau Müller oder Meier eine oder auch zehn Aktien der größten Bank der deutschen Geschichte besitzen mögen, so ganz stimmt das nicht. Da hat die Hausfrau von Siemens schon größere Anteile. Auf 6 Prozent bis 8 Prozent wird der Anteil der von Siemens an der Deutschen Bank geschätzt. Diese Banken werden wir noch betrachten. Aber es gibt, engstens mit den Großbanken verbunden — durch gegenseitige Aktienbesitz oder sonstige Geschäftsanteile — in der Bundesrepublik auch eine kleine, aber illustre Anzahl von „Privatbanken" denen wir diese Folge widmen. Sie beschränken sich auf Teilbereiche des Bankgeschäftes, beteiligen sich als Minderheitspartner an den Transaktionen der drei Großen und haben deren Aktien in ihren Safes liegen. Von einer Anzahl allerwichtigster Industrieunternehmen haben sie ebenfalls entweder eigene oder eingelagerte Aktien und üben das Depotstimmrecht aus, das ihre wirtschaftliche Macht erheblich ausweitet.

Geld und Adel, Boden und Macht

Schaut man sich die Besitzer und Geschäftspartner der deutschen Privatbanken an, die schließlich auch in den Aufsichtsräten und Beiräten der Großbanken und der großen Versicherungsgesellschaften sitzen (die heute neben den Banken wichtigste Kapitalbeschaffer sind), fällt auf, wie eng das zusammenläuft: Adlige Großgrundbesitzer sind in diesen Gremien überrepräsentiert.

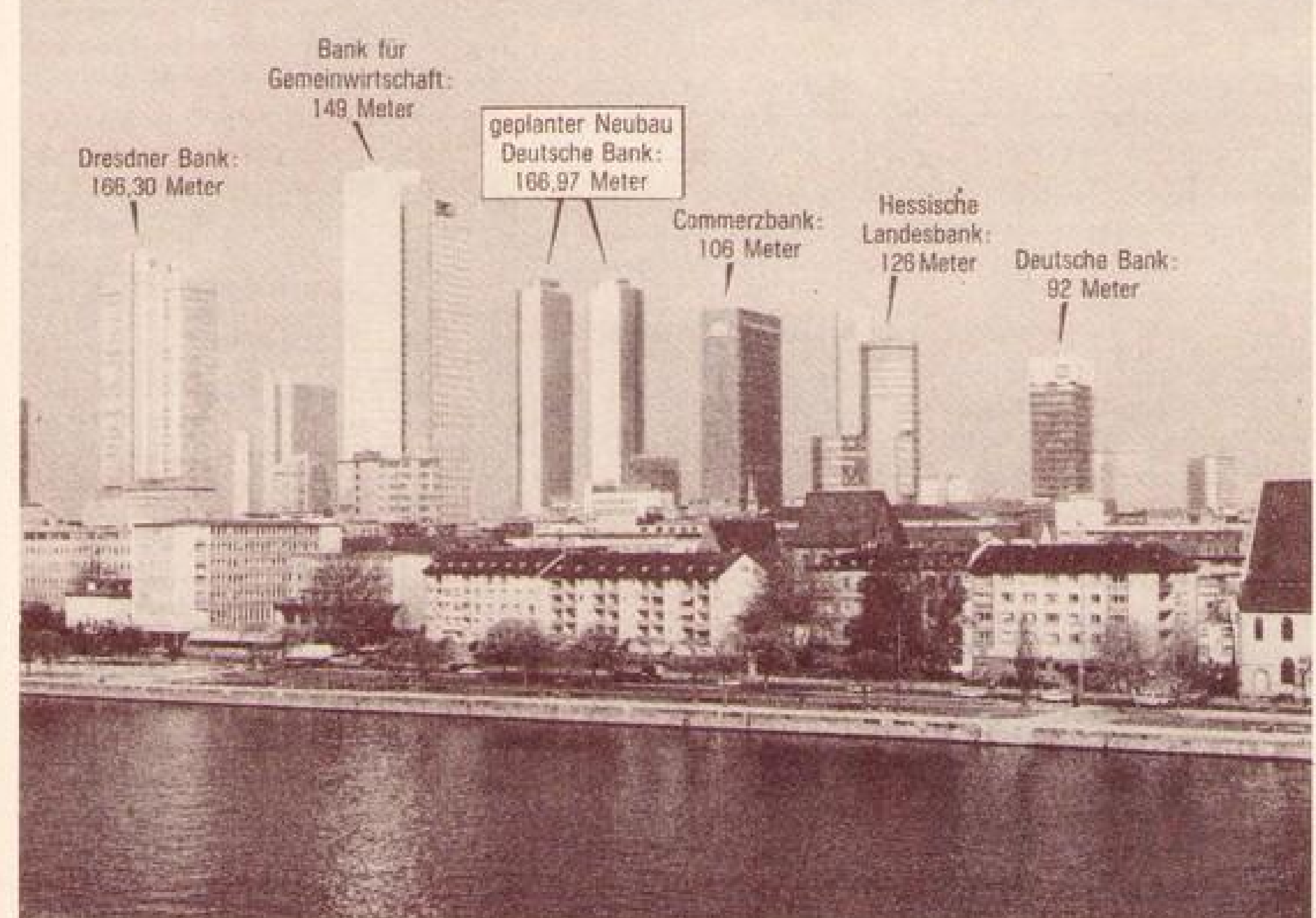
Als erste muß man hier die größte deutsche Sippe von Großgrundbesitzern nennen: die Fürsten von Thurn und Taxis. Ihr Grundbesitz überragt denjenigen aller anderen um Längen: 34 000 Hektar Land nennen sie ihr Eigen.

Dazu kommt nicht nur die hauseigene Bank, sondern auch große Beteiligungen an der Bayerischen Vereinsbank, Bayerischen Handelsbank, Münchner Hypothekenbank, die Fürstliche Brauerei, Ziegelwerke und Glaswerke, mehrere Betriebe in der Goldstadt Pforzheim und 18 Schlösser.

Gerade in diesen Tagen veröffentlichte die Thurn und Taxisbank ihren Geschäftsbericht für 1981 — Zahlen werden dabei, wie üblich, nicht genannt. Der Geschäftsführer wußte der Presse nur mitzuteilen, man habe schon 1980 „sehr gut verdient und jetzt noch zugelegt". Vielleicht erinnert sich noch manch einer der Leser dieser Zeilen an die vor relativ kurzer Zeit stattgefundene „Märchenhochzeit" zu Regensburg. Die Vermählung des Fürsten kostete bare 30 Millionen Mark! In einer Stadt, die besser Thurn-und-Taxis-Stadt heißen würde, denn da gibt es nichts, was gegen den Willen des Fürsten passiert — außer es wird offen rebelliert.

Oder man betrachte sich die Süddeutsche Bodencreditbank. Ihre Teilhaber sind zu den Allerreichsten im Lande zu rechnen. Neben denen von Finck sind an dieser Geschäftszentrale der süddeutschen Großgrundbesitzer vor allem die Fürsten zu Fürstenberg und die Grafen und Fürsten Faber-Castell beteiligt. Während die ersteren rund 19 000 Hektar ihr Eigen nennen, besitzen die letzteren — unter anderem — die Nürnberger Versicherungen.

Man könnte neben diesen Namen noch die Großgrundbesitzer Reichsgrafen von Spee in NRW nennen, die Fürsten zu Sayn-Wittgenstein, mit 26 000 Hektar zweitgrößte Großgrundbesitzer der Bundesrepublik und eine lange Liste mehr. Oder die Grafen von Waldburg Zeil, die ihren Besitz in Baden-Württemberg mit der Niederschlagung der Bauern vor Hunderten von Jahren verdienten.



Sie alle stellen den größten Teil der Besitzer und Teilhaber der westdeutschen Privat- und Spezialbanken. Sie alle haben über diese Banken Anteile an bedeutenden Industrieunternehmen. Und sie sind vielfältig verschwägert und versippt mit den Emporkömmlingen des letzten Jahrhunderts, mit den geadelten Großkapitalisten wie den Grafen Thyssen, den Baronen von Finck oder den Freiherren Oppenheim. Denn diese haben sich nach und nach ebenfalls erheblichen Grundbesitz zugelegt. Den teuersten haben die von Finck, die allein im Münchner Stadtgebiet rund 2000 Hektar hatten — wieviel davon inzwischen verkauft wurde, weiß nur der Chef allein.

An der Tatsache jedenfalls, daß München die höchsten Bodenpreise der Bundesrepublik hat, dürften die Fincks nicht nur enorm verdient haben, sondern auch nicht ganz unschuldig sein.

Die Crème

Die Creme dieser allerehrwürdigsten erlauchtesten Gesellschaftskreise sind die Einflußreichsten und Mächtigsten der Privatbanker. Dazu gehören die zur Stumm-Gruppe zählenden Grafen von Döhnhoff, die sich nicht zuletzt als Kanzlermacher für Helmut Schmidt betätigten. Neben ihrem Bankhaus Marcard tat sich auch Alwin Münchmeyer, Chef der Schröder, Münchmeyer, Hengst und Compagnie als Kanzlerberater hervor.

Außer dem bereits genannten Bankhaus Merck, Finck & Co. in München sind es vor allem zwei Institute, die ihre Tätigkeit so weit ausgebaut haben, daß sie selbst in den Wirtschaftsnachrichten einer normalen Tageszeitung des öfteren auftauchen. Das Bankhaus Trinkaus und Burkhardt und die ebenfalls bereits in einer früheren Folge genannte Salem Oppenheim und Cie. Die Freiherren von Oppenheim, Inhaber eines Drei-Sterne-Milliarden-Vermögens, führen nicht nur alle Geschäfte gemeinsam mit den Nachbarn aus Neuss, den Wehrhahns. Sie teilen sich auch den Besitz der großen rheinischen Braunkohlereviere mit ihnen. Und sie betreiben ihre Geschäfte auch gemeinsam mit Otto Wolff von Amerongen, dem Präsidenten des DIHT, den größten deutschen Stahlhändler Stumm-Miterben und wichtigem Aktionär zahlreicher Stahlerzeuger. Daß sie dementsprechend auch an der Deutschen Bank beteiligt sind, liegt auf der Hand.

Jedes dieser privaten Bankhäuser ist an über 50 Aktiengesellschaften beteiligt, darunter sind alle großen Werke der Industrie. Ihre Teilhaber und Geschäftsführer nehmen zusammen weit über 200 Aufsichtsratsmandate ein. Was alleine diese Tätigkeit einbringt — die ja für diese Leute ein Zubrot ist, vom finanziellen Standpunkt aus sozusagen ein Nebenerwerbsaufsichtsrat — kann man nur ahnen. Eine veröffentlichte Summe von 25 Millionen Mark im Jahr wurde nicht dementiert. Von diesen Stellungen aus kontrollieren sie die Manager der Großbetriebe, entscheiden über den Kurs der Unternehmen, beschließen Massenentlassungen und Betriebsverlagerungen, entscheiden mit wenigen Federstrichen das Schicksal Tausender von Menschen.

Diese Leute und ihresgleichen sind es, die einen Großteil der so viel beschworenen unternehmerischen Verantwortung tragen. Und diese allerdings tragen sie auch. Sie tragen die Verantwortung für Massenentlassungen, für Lohnsenkungen, für geplante Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen.

Sie tragen die Verantwortung für die von ihnen so lautstark geforderten Maßnahmen des Sozialabbaus und sie stoßen sich an der Aufrüstung gesund. Ein Risiko allerdings tragen sie nicht. Was auch immer kam, nie sind sie ärmer geworden, geschweige denn arm, ein Tausch in Aufsichtsratssitzen ist alles, was bei einer Betriebsschließung auf sie zukommt. Was dabei alles entsteht, berührt sie nicht. Das Wort „Wohnungsmangel" kennen sie nur deswegen, weil es ihre Konten fetter macht. Vielfache Schloß- und Villenbesitzer allesamt, ist ihr einziges Mieteproblem, wo in der Welt sie sich neue Sommerhäuser kaufen sollen.

Die Privatbanker und ihre adlige Kumpanei, Herren der Wälder und Weinberge, sie gehören allesamt nicht zu den ganz Neureichen. Spätestens am Ende des letzten Jahrhunderts tauchen ihre Namen zum ersten Mal im Jahrbuch der Millionäre auf — die der Adligen gehören oft schon seit Jahrhunderten zur Noblesse, ohne daß jemand fragt, aus welchen Gaunereien ihre Vorfahren das Geld holten.

Der Kaiser, Hindenburg, Hitler, Adenauer und Strauß, das sind ihre politischen Geschäftsführer, die in Krieg oder Frieden für sie sorgten.

Der große Bruder sieht alles

Diese Kreise vertrat — und vertritt bis heute — auch Hermann Josef Abs, der zu seinen aktivsten Zeiten rund 2 Millionen Arbeiter „beaufsichtigte". Der heutige Ehrenvorsitzende der Deutschen Bank steht nach wie vor wie kein anderer als Vertreter des Finanzkapitals, des miteinander verschmolzenen Kapitals des Bankiers und der Industriellen.



Der Große Bruder, wie er in den sechziger Jahren von Teilen der Wirtschaftspresse genannt wurde, entschied Dutzende von Malen im Alleingang, wer welches Unternehmen leiten sollte, welche Unternehmensteile beseitigt werden sollten, um höhere Profite zu erzielen.

Leute wie er und die von ihm vertretenen Kreise sind das deutlichste Beispiel dafür, wie in der Bundesrepublik Reichtum und Macht verteilt sind. Die Besitzer, Großaktionäre oder in welcher Form auch immer: Herren der Konzerne sind nicht vor allem in den Vortänden der jeweiligen Betriebe zu finden, sondern sie sitzen im Aufsichtsrat. Die von der bürgerlichen Soziologie so oft beschworene Macht der Manager, die angeblich die Macht der Kapitalbesitzer verdrängt habe, endet da, wo die Tätigkeit der Aufsichtsräte beginnt. Die Familie Abs — vielleicht mag es manchen überraschen, bereits hier und nicht erst bei den Großbanken diesen Namen zu lesen — gehört dabei zu jenen, die schon im Jahrbuch der Millionäre von 1913 als vielfache Millionäre aus privater Banktätigkeit genannt werden.

Dabei war und ist Abs immer mehr als „der treue Makler des Kapitals" gewesen, der half, Konzerne zu bauen — sein Anteil war ihm stets sicher. Manch einem mag die Zahl bekannt sein, daß 1,7 Prozent der deutschen Haushalte über 70 Prozent des Produktivvermögens der Bundesrepublik besitzen — das aber war im Jahre 1960. Bereits im Jahre 1966 hatte sich deren Anteil auf 74 Prozent erhöht und am Ende der siebziger Jahre die 80-Prozent-Marke überschritten.

Die Privatbanker und Spezialisten aber machen von diesem Kreis einen erheblichen Teil aus — sie und ihre Gesellschafter, auch und gerade, wenn sie Funktionen bei den Großbanken innehaben.

Wenn als statistisch erwiesene Tatsache feststeht, daß ein Tausendstel aller bundesdeutschen Familie fast ein Viertel des Privatvermögens der Republik besitzen, dann gehören diese Clans, die sich auf der Erbschaft ihrer Millionenschweren Väter und Großväter noch weitere Riesensummen angeeignet haben, mit Sicherheit dazu.

Zumal sie in der Zeit nach dem Kriege mit wachsendem Erfolg ihre Geschäfte in eine neue Branche ausgedehnt haben, die überdurchschnittlich gewinnträchtig ist: das Versicherungswesen. Alle bedeutende Privatbanken der Bundesrepublik sind in hohem Maße am Versicherungsgeschäft beteiligt, und manch einer hat sich als Geldbeschaffungsquelle vor allem darauf verlegt. So, wie sich beispielsweise die Wolffs vor allem am so skandalträchtigen Gerling-Konzern beteiligten...



Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 18, 7 Mayıs 1982 | Yıl: 16 | 1 DM



NPD'ye karşı miting: **2 Mayıs, pazar günü faşist NPD Witten'de Kuzey Ren Vestfalye Eyalet Parti Kogresini yapmak istiyordu. Bunun üzerine partimiz KPD'nin yanı sıra çeşitli örgütler, faşistlerin provokasyonunu boşa çıkarmak için harekete geçtiler. 2000'i aşkın anti-faşist NPD'nin parti kongresini yapmak için tuttuğu Städtische Saalbau"nun etrafını sardı. Ancak faşistlerin korunması için eylem yerine yoğun polis seferberliği yapılmasından dolayı, eylem hedefine ulaşamadı. Ama buna rağmen, eylem bir çok insanın faşistlere karşı aktiv bir şekilde savaşım vermeye hazır olduğunu gösterdi. Ayrıca DGB sendikasının faşistlere karşı bir miting koyup ve çağrı yapması eylemin bir diğer olumlu yanıydı.**

Varşova'da çetin sokak çatışmaları

On binlerce işçi askeri diktatörlüğe karşı yürüdü

1 Mayıs'ta başta Varşova ve Gdansk olmak üzere Polonya'nın bir çok şehrinde 10 binlerce emekçi askeri diktatörlüğe karşı görkemli eylemler düzenledi. Bu eylemlerden iki gün sonra gene 25 000 işçi askeri cunta tarafından yasaklanan Solidarnosc sendikasının pankartı altında Varşova'da toplandı.

Polonya hakim sınıfları 1 Mayıs'ta kortejin başında General Jaruzelski'nin yürüdüğü ve kamuoyunun dıştalandığı bir yürüyüş düzenlediler. Sözde 1 Mayıs yürüyüşü adı verilen bu eylemi kuş dahi uçurulmayacak bir tarzda polis birlikleri ve ordu tarafından kordon altına alınmıştı. Resmi 1 Mayıs yürüyüşünün yapıldığı aynı anda kalabalık bir kitlede kilisenin önünde toplanmıştı. İşçilerin yoğun bir şekilde katıldığı eylemde ise Solidarnosc sendikasının bayrakları taşınmakta ve gür bir şekilde şiarları haykırılmakta, tüm tutuklu sendikacıların serbest bırakılması talep edilmekteydi. Bunun yanı sıra "cuntaya hayır", "Biz daha fazlayız-zaferi biz kazanacağız!" şiarları alanı çınlatıyordu. Varşova eski şehir merkezine doğru harekete geçen yürüyüşe öğrencilerde güçlü bir şekilde katılarak şu pankartı taşıyordular: "İşçi-öğrenci ele ele!"

Polis birliklerinin 1 Mayıs'ta düzenlenen yürüyüşe taktik olarak saldırmaması üzerine Polonya'nın başkenti yeni bir canlılık kazanmaya başladı. Pazartesi günü gene onbinlerce işçi cuntaya karşı sokaklara döküldü. Cumartesi günü saldırmaya cesaret edemeyen cuntanın baskı güçleri bu kez göz yaşartıcı bombalarla, su sıkan tanklarla ve coplarla gözü dönmüşcesine işçilerin üzerine sürdrıdılar. Bunun sonucunda Varşova'nın eski şehir merkezinde çetin sokak kavgaları sürdürüldü. Cuntanın vahşi saldırısı üzerine işçiler "Gestabo, Gestabo" (Hitler faşistlerinin ajan örgütünün ismi) diye haykırdıkları sloganlar etrafta yankılanıyordu.

"Kış sizin, ama ilkbahar bizimdir"-Bu slogam Solidarnosc sendikası askeri cuntanın darbesinin ardından atmıştı. Bir çokları bunun boş bir şey olduğunu düşünmüş olabilirler. Ancak bunun böyle olmadığını, Solidornosc'un henüz dağıtılamadığını ve onun sıkıyönetim olmasına rağmen, kitleleri eylemlere seferber edebildiğini hafta sonu düzenlenen eylemler en açıklığıyla belgeledi. Polonya işçi sınıfı düzenlediği eylemleri ile mücadele gücünün köreltilemediğini ve bu gücün hiç bir zaman kırılamayacağını bir kez daha sergiledi.

(„Massendemonstrationen gegen das Militärregime in Polen")

Arjantin gemileri batırıldı

İngiliz sömürgecilik savaşının desteklenmesine hayır!

İngiliz filosu Atlas Okyanusunda savaşı başlattı. İngiliz savaş uçakları önce Malvin adalarındaki havaalanını bombardıman ettiler. Daha sonra ise bir İngiliz kruvazörün torpillemesi sonucu, içinde büyük ihtimalle 15 Arjantin askerinin bulunduğu devriye botu batırıldı. İngilizler şimdi Güney Atlas Okyanusuna yeni birlikler gönderme hazırlığı içindeler.

Falkland adalarında savaşın başlaması üzerine, AET'ye üye devletler ve NATO hemen İngiltere'yi desteklediklerini açıkladılar.

Bu destekleme kampanyasına Bonn Hükümeti de katıldı. O, desteğini sadece sözlü olarak yapmadı, aynı zamanda Arjantin'e karşı bazı ekonomik boykot önlemleride alacağını açıkladı. Hiç bir haklı yanı olmayan ve İngiliz emperyalizminin sömürgeciliğini ayakta tutmaya hizmet eden bu savaşta Bonn Hükümeti de kendi çıkarlarından dolayı İngiltere'yi açıkca destekleyeceğini belirtti.

Bir tarafta adalarda sıcak savaş sürerken, öte yandan ise kulislerde diplomatik görüşmeler yapılmakta, Arjantin'e tehditler yağdırılmakta, protestolar ilan edilmekte vs.

Her iki süper devlette bu çatışmalara daha da yoğun bir şekilde müdahale etme çabası içinde. ABD'nin Malvin adalarındaki çatışma üzerine takındığı hoş görülü tutumu bir sıcak savaşın çıkmasına yol açarken, şimdi Sovyetler Birliği de bu savaşta kendisine bir parsa toplamaya çalışmakta ve Arjantin faşist cuntasını açıktan açığa destekleme girişimindedir.

Ancak gerçek olan şu ki, bu savaşın sona ermesi üçüncü bir gücün entrikalar çevirerek olaylara karışması ve bundan parsa koparmak istemesi ile mümkün değildir. Savaşın sona ermesi, ancak ve ancak İngiliz savaş filosunun derhal geri çekilmesi ve her iki ülkeye de yapılan her türlü destekten vazgeçilmesiyle söz konusu olabilir!

(„Keine Unterstützung für den britischen Kolonialkrieg")

VDM, Videocolor ve Rockwell Golde'den sonra

Frankfurt'ta bir işyeri daha işgal edildi!

FRANKFURT/MAIN. — Rockwell Golde işçilerinin işyerinin işgalini başarıyla sonuçlandırmalarından tam bir hafta sonra Hessen metropolinde işyerlerini savunmak için bir başka işyerinin işçileri de kararlı mücadele yolunu seçtiler. 28 Nisan'da Mannesmann-Demag işçilerinin başlattıkları işyerinin işgali hala sürmektedir. Duisburg'taki Mannesmann tekelinin ikinci şubesi olan Frankfurt'taki bu işletmede 600 işçi çalışmaktadır. Patronlar şimdi bunlardan 140'ının çıkışını vermek istiyorlar.

Ancak Mannesmann kapitalistlerinin evde yaptıkları hesap çarşıya uymamaktadır. Çünkü "Kızıl Şafak"ın son sayısında da belirttiğimiz gibi, Mannesmann-Demag işçileri de Rockwell Golde işçilerinin kararlı ve başarılı mücadele örneğini izlediler. Geçen hafta çarşamba günü işletmede tüm üretim durduruldu ve o günden beride direniş sürüyor. İşletmenin kapıları aralıksız olarak işçiler tarafından abluka altında tutulmaktadır.

Mannesmann-Demag patronları Frankfurt'taki şubede basınçlı hava tekniği üretim bölümünü başka yere aktarmak istiyorlar. Bunun bir sonucu olarakta o bölümde çalışan arkadaşların çıkışını vermek istiyorlar. Mannesmann-Demag ta çalışan arkadaşlar, patronun saldırılarının sadece bir üretim bölümünü aktarmakla sınırlı kalmayacağı düşüncesindeler. Mannesmann kapitalistleri defalarca şu taktiklerini acımasızca piyasa sürdüler: Onlar ilk önce kendileri ile rekabet eden küçük firmaları satın aldı ve kısa bir süre içinde bu firmaların üretimini durdurdular. Onlar bu yolla pozisyonlarını genişlettiler. Hiç kuşkusuz Mannesmann tekelinin izlediği bu taktik başından hazırlanmış bir taktiktir. İşte onlar şimdi daha önce satın aldıkları Pokorny işletmesinde de bugün aynı dolabı çevirmekteler. Önce üretimin bir bölümünü, sonra ise tümünü durdurma hazırlığı içindeler.

Salı gecesi firmanın giriş kapılarının bilinmeyen kişiler tarafından lehimlenmesi üzerine Demag işçilerinin mücadelesi bir itilim kazanıyor. Firmanın giriş kapılarının kapalı olmasından dolayı sabah vardiyasına gelen işçiler işbaşı yapamıyorlar.

İşletmenin giriş kapılarına takılan zincirlerin lehimlenmiş olmasından dolayı işletme yönetimi önce zincirlerin kesilmesi için işe koyuluyor. Ancak daha sonra kapılar açıldığında işçiler çalışmayı reddediyorlar. "Ya şimdi ya da hiç bir zaman"-diyen işçi arkadaşların mücadelesi tam uygun anın olduğu ve hepsinin birlikte ve kararlı oldukları bir ortamda kızışıyor. İşte böylece Mannesmann-Demag'ta grev ve işyerinin işgal eylemi başlıyor. Daha sonra işgal eylemi bir ve iki Mayıs'ta da sürdü.

Bu hafta pazartesi günü grev odak noktasına ulaşıyor: İşveren vahşi bir ultimatumda bulundu. Demag patronları daha geçen hafta içinde bile tüm işçi arkadaşların evlerine birer mektup göndererek, pazartesi günü sabah vardiyasının saat 7'de işbaşı yapmasının zorunlu olduğunu, grevin kanuna aykırı olduğunu, ve her kimki çalışmayı reddederse süresiz çıkışının verileceğini hesaba katması gerektiğini belirtiyorlar.

Pazartesi günü tüm işçiler işyerinin giriş kapısının önünde toplandılar. İşçi arkadaşlar patronun bu tehdidi karşısında yılgınlığa kapılmak yerine kinlerini daha da bileyerek kavgalarını sürdürüyorlar. Aynı zamanda patronun bu kuru tehdidine memurların da bir kısmı göğüs gererek eyleme katıldılar. Memurların sadece bir kısmı patronun bu ultimatumuna uydu. Ancak patronun vahşice saldırısına karşı cephe alanlar bu grev kırıcılarını kapıda bırakmayınca, onlar patronun tel örgüde açtığı bir delikten geçmek zorunda kaldılar.

Mannesmann-Demag işçileri ile dayanışma dalgası sürekli yeni boyutlar kazanmaktadır. Çeşitli işyerlerinden işçi arkadaşların ve sendikal örgütlerin yanı sıra bir demokratik örgüt ve kuruluşlar Mannesmann-Demag işçileri ile dayanışma içine girdiler. Dayanışma eylemi sınırlı kalmamalı sürekli güçlendirilmelidir! Çünkü onların zaferi hepimizin zaferidir.

Bunun için tüm okuyucularımızı Mannesmann-Demag işçileri ile dayanışmaya girmeye, onlara dayanışma mesajları göndermeye ve bağışta bulunmaya çağırıyoruz!

Öte yandan işçilerin kararlı direnişi karşısında çılgınlaşan IG Metall'ın Bölge yönetimindeki ve işyeri işçi temsilciliğindeki bazı güçler bu mücadeleye yanlış bir yön vermek ve bunu amacından saptırmakla uğraşmaktalar. Örneğin onlar hedef olarak işyerinin kararlı bir şekilde savunulmasını değil, bunun yerine "Yönetime katılmayı" ve "adil bir sosyal planın hazırlanmasını" talep ediyorlar. Ancak Rockwell Golde örneği çok berrak bir tarzda, mücadelenin ancak ve ancak işyerlerinin kararlı bir şekilde korunması için sürdürüldüğünde başarı kazanabileceğini göstermektedir. Bunun içinde bugün Mannesmann işçilerinin önünde duran görevde budur! Haydi Mannesmann işçileri ile dayanışmaya!



Volksfront'un basın açıklaması

Anti-faşist kaçırıldı ve işkenceye tabii tutuldu

HEILBRONN. — "Kızıl Şafak"ın geçen sayısında, gericiliğe, faşizme ve savaşa karşı Volksfront'un Heilbronn Kaza Birliği üyesi Mina Hölzel'in faşistler tarafından kaçırıldığını yazmıştık. Bu olay üzerine 29 Nisan'da elimize ulaşan Volksfront basın açıklamasını aynen yayınlıyoruz. Olay üzerine daha da ayrıntılı bilgi *Volksfront* Heilbronn Kaza birliği adresinden edilebilir. Adres şöyle: Rita Frütsche, Herbststr. 8, 7100 Heilbronn, tel: 07131/83983

*"21 Nisan 1982, çarşamba günü üyemiz bayan Mina Hölzel, faşist çetelerin işbirlikçileri tarafından zorla kaçırıldı ve kendisine çirkin muamelede bulunuldu. Bayan Hölzel **Volksfront** Baden-Württemberg Eyalet Yönetim kurulu üyesidir ve son parlamento seçimlerinde de **Volksfront** adayı idi. Gericiliğe, faşizme ve savaşa karşı yürüttüğü aktiv faaliyeti ile kamuoyu tarafından tanınan bayan Hölzel geçmişte sık sık telefonla tehdit edildi.*

*O, Paskalya tatilinden sonra, kendilerine "İmha komandoları" adını verenler tarafından gönderilen, gönderenin isminin belirtilmediği bir tehdit mektubu alıyor. Mektupta kendisine ve çocuklarına karşı eylemlere girişileceği tehdit ediliyor. Bunun üzerine bayan Hölzel 19. 4. 1982'de Neckargartach Polis Karakolu'nda ihbaratta bulunuyor. Aynı günü meçhul kişiler gene telefon ediyor ve mektup gönderiyorlar. Onlar, polise yapılan ihbarattan haberleri olduğunu belirtiyor ve tehditlerini vurguluyorlar. 21. 4. 82, çarşamba günü bayan Hölzel'in kocası çalıştığı işyerine gönderilen bir mektubu alıyor. Gammalı haçla imzalanan mektupta, eğer **Volksfront** yabancı düşmanlığına karşı yürüttüğü faaliyetini derhal durdurmazsa, bunun hesabını hanımından ve çocuklarından soracakları belirtiliyor. Öğle üstü ise bayan Hölzel herkesin gözü önünde cadde de kaçırılıyor.*

*Faşistler bunu yaparken, kendilerini ihbar üzerine tahkikat sürdüren sivil polis olarak gösterme oyununa başvuruyorlar. Bunun üzerine bayan Hölzel'de her şeyden habersiz olarak hazırda bekleyen arabaya biniyor; ancak araba polis karakoluna doğru gitmek yerine Neckersulm otoban çıkışına doğru hareket ediyor. Bu durumdan şüphelenen bayan Hölzel silahla tehdit ediliyor ve gözleri bağlanıyor. Kaçıranlar büyük ihtimalle Weinberger Kreutz'tan sonraki bir otoban park yerinde arabalarını değiştiriyor ve ardından mutfağında bayan Hölzel'i sorguya çekikleri ve adice muameleler de bulundukları eve doğru harekete geçiyorlar. Sorgu ilk önce bir yabancı (büyük olasılıkla Türk) tarafından yapılıyor. O, bayan Hölzel'den **Volksfront'a** üye olan Türkiyelilerin ismini vermesini istiyor ve kendi çıkarından ötürü **Volksfront'un** yürüttüğü anti-faşist ve yabancı düşmanlığına karşı faaliyeti durdurması için ağırlığını koymasını talep ediyor. Sorgulama daha sonra işkence yapmaktan bile korkmayan bir Alman kadını tarafından sürdürülüyor. Örneğin o, üyemiz soruları cevaplandırmayı reddedince, yanan sigaraları çıplak ayağında söndürüyor. Sorgulamadan sonra bayan Hölzel hap yutmaya zorlanıyor ve gözleri bağlı olarak tekrardan Heilbronn'a getirilip istasyonda bırakılıyor.*

Aynı gün akşamı sivil polis olay üzerine haberdar ediliyor. Perşembe günü bayan Hölzel, Heilbronn Sivil Polisinin Devlet Güvenliği Bölümünde 7 saat boyunca sorguya çekiliyor. O, kendisini kaçıran şahıslar üzerine çok ayrıntılı bilgi veriyor. Aynı zamanda kendisinin zorla götürüldüğü evin bulunduğu yer üzerine bile bazı açıklamalar yapabiliyor. Aynı günü akşam eşi polisdeyken kendisini kaçıranlar tekrardan telefon ediyorlar. Telefon eden şahıs, kendisinin sivil polise gittiğini ve eşinin henüz orada olduğunu bildiğini belirtiyor. O, bayan Hözel'e tekrardan gelip kendisini götürme tehdidini savuruyor! Bu telefon üzerine de sivil polis derhal haberdar edildi.

Buna rağmen bugüne dek polis tarafından bayan Hölzel'in ve çocuklarının can güvenliği için hiç bir önlem alınmış değildir. Bundan daha da öte kaçıranların yakalanması için hiç bir resmi ilan verilmedi. Kaçıranların temsili resimleri bile çizilmedi ki, bu tür olaylarda bu sık sık başvurulan bir yöntemdir.

Sivil Polis, (Devlet Güvenliği Bölümü) kamuoyuna açıklama yapabilmek için elde pek az somut verilerin olduğunu ileri sürüyor. Fakat biz, halkın yardımıyla pekâlâ evin bulunabileceği, bazılarının otoban park yerinde arabaların değiştirilmesini görmüş olabileceği veya tarif edilen şahısları tekrardan tanıyacağı vs. düşüncesindeyiz. Şurası açık ki, kaçıranların yakalanması için resmi bir ilanın yapılmadığı, temsili resimlerinin çizilmediği her geçen gün bayan Hölzel'in aklında kalanların silinmesine ve kamuoyunun bazı izlenimlerinin unutturulmasına yol açmaktadır. Böylece kaçıranlara tanınılmadan ortadan kaybolma imkânı verilmektedir.

*Sivil polisin niçin böyle davrandığı bizim için anlaşılmaz bir şeydir. Görüşümüzce bu, olayın çözümü ile Devlet Güvenliği Bölümün görevlendirilmiş olmasına bağlıdır. Ve bu da bilindiği gibi demokratları, anti-faşistleri ve tabii ki özellikle de komünistleri açığa çıkarmakla uğraşmaktadır. Tahkikatı sürdürmekle görevlendirilen memurların yönelttikleri sorular, onların esas olarak bayan Hölzel'in tanıdık çevresi ve **Volksfront'u** ilgilendirdiğini göstermektedir. Özellikle tahkikatın bazı bölümlerinde illegal metodun uygulanması da kafalarda sorun oluşturmaktadır. Örneğin bayan Hölzel polisdeyken, onun izni olmaksızın ya da ona bildirmeksizin evinde küçük çocukları sorguya çekiliyorlar.*

*Devlet Güvenlik Şubesi tarafından faillerin yakalanması için hemen hemen hiç bir önlemin alınmadığı ve onların kurbanları hakkında soruşturma yapıldığı tespitini yapmamızdan ötürü bir avukat tutmak ve kamuoyuna kendimiz açıklamalarda bulunmak zorunda kaldık. Biz, Heilbronn Sivil Polisi'nin tutumunda, Alman makamlarının ve hükümetlerinin Neo-faşizmi zararsız gösterme yüzkarası geleneğinin bir devamını görüyoruz. Sadece **Volksfront** tarafından değil, aynı zamanda bir çok örgüt ve sendikalar tarafından da senelerden beri tüm Alman ve yabancı faşist örgütlerin yasaklanması talep edilmektedir. Ancak görüldüğü kadarıyla bu örgütlerin himaye edicileri yüksek ve en üst mevzilerde de bulunmaktalar. Çünkü bugüne dek bunların yasaklanması için hemen hemen hiç bir şey yapılmadı. "Wehrsportgruppe Hoffmann"ın (Hoffmann Savunma Sporu Grubu), ve "Deutshe Aktiongruppen"in (Alman Eylem Grupları) örneklerinin gösterdiği gibi, bu örgütlere karşı bir adımın atılması için ilk önce bir kaç ölünün olması lazımdı.*

Faşist çeteler yüzlerini gizleme gereğini görmeden bile gün ışığında bir kaçırma, işkence ve şantaş yapma gücünü kendilerinde görüyorlar!

Ne var ki bu Heilbronn Sivil Polisinin davranışlarından dolayı şaşılacak bir şey değildir. Bir "rütbe sahibinin" kaçırılmasına karşı asla bu şekilde bir tavır takınılmamaktadır. Ama bayan Hölzel'in sıradan bir ev kadını olmasından dolayı Devlet Güvenliği bu tür bir muamelede bulunabileceğini sanıyor.

Ancak biz bunun değişeceğinden, faillerin tespit edileceğinden henüz umutluyuz. Eğer biz bugün basın açıklaması ile kamuoyuna başvuruyorsak, bunu kamuoyu tarafından gerekli baskıyı yaratıp ve bunun olayın doğru dürüst ele alınması ve çözümü için kullanılması umuduyla yaptık. Bize bu konuda yardımcı olacağınızı umarız. Ayrıntılı bilgiyi her zaman içtenlikle vermeye hazırız."

Dostça selamlarla
Volksfront Heilbronn Kaza Birliği adına
Rita Frütsche

"Bozkurtlar"a karşı eylem birliği



Düsseldorf'ta yapılan yürüyüşte "Bozkurtların" yasaklanması talep edildi.

DÜSSELDORF (Halk Muhabiri). — 18. 4. 1982 pazar günü düsseldorf'ta demokratlar, anti-faşistler ve komünistler, arkasında MHP'li faşistlerin ve "Bozkurtlar"ın bulunduğu "Türk Kültür Derneği"nin Kültür Gecesi"ne karşı yürüdüler.

Gecenin yapılacağının öğrenilmesinin hemen ardından çeşitli örgütlerden temsilcilerin yer aldığı, örneğin DİDF, FİDEF, Düsseldorf-Bilk Yabancılar Grubu, *Volksfront*, KPD, KJD, VVN, bir eylem komitesi kuruldu.

Faşistlerin gecelerini yapmak için tuttukları salonun sahibi yapılan gecenin gerçek konumu üzerine aydınlatıldığından sonra, sözleşmenin fesh edilmesi başarıldı. Böylece faşistler gecelerini kendi salonlarında yapmak zorunda kaldılar.

Eylem Komitesi, yaklaşık olarak 400 kişinin katıldığı bir yürüyüşe çağrı yaptı. Faşistlerin "Kültür Derneği" lokalinin bulunduğu evler bloku polis tarafından kordon altına alınmıştı. Süvarı barikatları ve polis birlikleri geceyi koruyarlardı.

Anti-faşistler geceye yakın bir meydanda mitingi yaptıklarında, Eylem Komitesinin bir konuşmacısı, makamların ve polisin faşistleri koruyan bu tutumunu bir kez daha mahkum etti.

Faşistlerin geceleri engellenememesine rağmen, yapılan eylemle faşistlerin bu tür eylemlerinin Düsseldorf'lu anti-faşistlerin direnişi ile karşılaşacağı ve mevcut görüş ayrılıklarından bağımsız olarak faşistlere karşı harekete geçmek için birleşmenin mümkün olduğu açıkca ortaya konuldu.

(„Aktionseinheit gegen 'Grauen Wölfe'")

Eyalet İçişleri Bakanları konferansı:

CS gazının yürüyüşçülere karşı kullanılması kararlaştırıldı

MÜNİH. — 29 Nisan'da Eyalet İçişleri Bakanları Münih'te toplandılar. Toplantının gündem maddelerinden birini, çeşitli eyaletlerde farklı sertlilikte uygulanan yabancılar kararnamelerinin Federal Almanya çapında bir karar olarak birleştirilmesi oluşturuyordu. Diğer gündem maddelerinde ise, CS gazının kullanılması ve olay çıkaranların merkezi olarak kaydedilmesi noktaları yer alıyordu. Hamburg İçişleri Bakanı hariç tüm İçişleri Bakanları CS Kötürüm gazının polis tarafından kullanılmasını kabul ettiler.

CDU/CSU partileri tarafından yönetilen eyaletlerin İçişleri Bakanları polisin CS kötürüm gazı ile silahlandırılmasını olumlu bulduklarını ve bunu yakın gelecekte gerçekleştirecekleri belirttiler. SPD tarafından yönetilen eyaletler ise bu gazın polis tarafından kullanılmasına henüz karşı olduklarını belirttiler; ama aynı eyaletlerin "Güvenlik Uzmanları" ise CS gazının kullanılmasını kabul ettiler.

İçişleri Bakanları konferansında ayrıca kavga vb. olayları çıkaranların merkezi olarak kayıt edilmesi ve Elektronik beyinlere yapılan kayıtlar üzerine bilgi edinmenin her eyalete açık tutulması hakkında görüş birliğine varıldı. Bu tür bir önlemenin alınmasına gerekçe olarak, olay çıkarmak için her tarafa gidenlerin açığa çıkarılması ve bunlara karşı etkili önlemlerin alınması gösterildi. Örneğin böylece birisi bir eyleme katılmak istiyorsa, önce göz altına alınarak eyleme katılmasının önlenebileceği belirtilmektedir. Alınan bu yeni kararla polisin yürüyüş özgürlüğüne keyfice ve şimdiye kadar olandan daha da vahşi bir şekilde saldırması ve tutuklamalara girişmesi meşrulaştırılmak isteniyor.

Yürüyüş özgürlüğüne karşı alınan bu kararla gelecekte bir olay çıkaran veya bir olayda yer alan birisini sorumlu polis şubeleri merkezi kayıt şubesine bildirmekle yükümlü tutulmaktalar. Ve merkezi kayıt şubesine verilen bilgilerin iki yıl burada korunması öngörülmektedir. Tabii ki, olay çıkaran berat edilir ya da hakkında değişik hukuki kararlar alınırsa, derhal kayıtların silineceği belirtiliyor.

Ancak yapılan kayıtların silinmediğini şimdiye kadar yaşanan bir dizi olay açıkca ortaya koydu. Böylece İçişleri Bakanları toplantısında alınan yeni kararlarla Polis Devletinin yetkisi ve Denetimi daha da genişletilmiş olmaktadır.

Bu kararla özellikle ilericiler, komünistler, anti-faşistler ve aktiv sendikacılar elektronik beyinlere kaydedilmek isteniyor. Böylece en küçük bir olayda bile bu tür "tehlikeli" (!) insanlar açığa çıkarılabilir ve haklarında gerekli önlemler alınabilir. Bu kararlar devletin faşistleştirilmesinin de bir göstergesidir.

İçişleri Bakanları konferansında ayrıca CS kötürüm gazının pratikte denenmesi üzerine de karar alındı. Ve CDU/CSU Birlik Partileri tarafından yönetilen eyaletler yakın gelecekte polisi bu gazla silahlandıracaklarını belirttiler. Schleswig-Holstein İçişleri Bakanı Uwe Barschel, CS kötürüm gazı ile polisin silahlandırılmasının bir ilke sorunu değil, zaman sorunu olduğunu vurguladı. Zaten daha başından da açık olan buydu. Öte yandan SPD tarafından yönetilen eyaletlerde CS gazı ile polisin silahlandırılmasını temel bir sorun olarak değil, daha ziyade taktiki bir sorun olarak görmekteler. Bunun içinde onlarda gelecekte bu gazla polisi silahlandıracak olurlarsa, bunda şaşılacak bir şey yoktur.

Federal Almanyanın tüm eyalet İçişleri bakanlarının katıldıkları bu toplantıda, başta Türkiyeliler olmak üzere tüm yabancı işçi ve emekçilere karşı şimdiye kadar çeşitli eyaletlerde farklı katılıkta uygulanan yabancılar kararnamelerinin Federal Almanya çapında bir karar olarak birleştirilmesi konusunda da görüş birliğine varıldı. Bu konu üzerine "Kızıl Şafak"ın gelecek sayısında duracağız.

(„Innenministerkonferenz: Einführung des CS-Kampfstoffes beschlossen")

Yabancılara karşı Neo-faşist saldırı

HAMBURG/MÜNİH. — *Devlet yetkililerinin sessizliğinden faydalanan Neo-faşist örgüt ve çeteler yabancı işçi ve emekçilere karşı başlattıkları fiili saldırılarına her geçen gün bir yenisini eklemekteler. Onlar, başta biz Türkiyeliler olmak üzere tüm yabancı işçi ve emekçilere gönderdikleri tehdit mektuplarının yanı sıra şimdide daha yoğun bir şekilde fiili saldırılara girişmekteler. Geçen hafta Hamburg'ta yerli ve yabancı gençlerin gittiği "Haus der Jugen Dulsberg"i basan zincirli, sopalı ve gaz tabancaları ile donanmış 20'yi aşkın faşist çete, o esnada yapılan bir geceye katılan gençlere vahşice saldırıyor. Yabancıya benzettikleri herkese gözü dönmüşcesine saldıran faşist çete, bir çok genci ağır yaralıyor. Faşistlerin gaz tabancasıyla yüzüne ateş etmelerinin sonucu ağır yaralanan bir Türkiyeli genç hastaneye kaldırılıyor. Saldırının ardından olay yerinden kaçan faşistlerden hiç biri şu ana kadar yakalanmış değil.*

Öte yandan Münih'te yabancıların bulunduğu bir lokali basan "Söldner" adlı grubun 30'a yakın üyesi, o esnada içeride bulunan yabancıları tehdit ediyor ve kendilerine adice hakarette bulunuyorlar. Çoğunluğunu gençlerin oluşturduğu faşist grubun elemanlarından bazılarının daha sonra olay yerine gelen polis tarafından göz altına alındığı belirtilmektedir.

(„Faschistische Angriffe auf ausländische Jugendliche")

1 Mayıs 1982'de

Sosyal hakların kısıtlanmasına ve çılgınca silahlanmaya hayır! Herkese iş!

Barış ve Sosyalizm için ileri! Sloganları gür bir şekilde haykırıldı

Bu yılda hava kötü olmasına rağmen, Federal Almanya çapında ve Batı Berlin'de onbinlerce yerli ve yabancı işçi, işçi sınıfının uluslararası birlik, dayanışma ve mücadele gününü kutlamak için meydanları doldurdular. Yerli ve yabancı işçiler kol kola ortak talepleri uğruna, iş hakkını, sosyal güvenliği, barış ve özgürlük içinde insanca bir yaşamı engelleyen ortak düşmana karşı yürüdüler. Artan yabancı düşmanlığına karşı sloganların haykırılmasının yanında, bu yıl 1 Mayıs'a işyerlerinin yok edilmesine karşı protesto eylemleri ve işyerlerinin kararlı bir şekilde korunması için verilen savaşımlar damgasını vuruyordu. Kuşkusuz bu yılda gene 1 Mayıs'ta sosyal hakların kısıtlanmasına ve çılgınca silahlanmaya karşı, kapitalistlerin ücretlerimize düzenledikleri dizginsiz saldırılara karşı, NATO roketlerinin yerleştirilmesine karşı barışın korunması için barış hareketinin verdiği savaşım vb. talepler ön plandaydı. Almanya ve Batı Berlin çapında düzenlenen yürüyüşlerde Neue Heimat skandalına karşı da protestolar yükseltildi. Özellikle sendika ağalarının sınıf işbirliği çizgilerine karşı sınıf mücadeleci muhalefet çizgiside küçümsenmez bir rol oynuyordu. Sendika ağalarının ve bakanların bir çok mitingte yaptıkları, işçilerin somut durumuyla uzaktan yakından bir bağı olmayan konuşmalar muhalefetçi arkadaşlar tarafından çeşitli şekillerde protesto edildi.



1 Mayıs'ta yerli ve yabancı işçiler ortak çıkarları uğruna kol kola yürüdüler. (1 Mayıs yürüyüşleri üzerine diğer resimler Almanca bölümün 4. ve 5. sayfasında!)

Öte yandan bu yıl 1 Mayıs'ta düzenlenen yürüyüş ve mitinglere katılım, şimdiye kadarki 1 Mayıs eylemlerine katılımdan daha da azdı. Gerçi havanın yağmurlu olması kitle katılımının az olmasında bir rol oynuyordu. Ancak belirleyici olan neden bu değildir.

İşçilerin bu 1 Mayıs'ta kalabalık bir şekilde meydanları doldurmamasındaki ve 1 Mayıs'ı her tarafta güçlü bir mücadele gününe dönüştürülmemesindeki esas nedeni bir tek kelimeyle bile belirtebiliriz: Neue Heimat skandalı. Kapitalist sistemin aynı hastalıklarının sendikalara da bulaşmış ve sendikaların kapitalizmle kaynaşmış olması bir çok işçi arkadaşın güvenini sarstı ve mücadele azmini köreltti.

İşçilerin 1 Mayıs'a yoğun bir şekilde katılmamalarında belirli rol oynayan diğer bir gerçek nokta ise, sendika yönetiminin son aylarda, şimdiye kadar olandan daha da yoğun bir şekilde bir çok önemli sendikal cehede işçilere karşı sürdürdüğü ihanettir. Örneğin, rasyonalleştirmeye, toptan çıkışlara, işyerlerinin ard arka kapatılmasına karşı mücadeleden vaz geçilmesi, gerçek ücretlerin garanti altına alınmasına ihanet edilmesi vs. gibi.

Kararlı ve aktiv direnişlerin sürdüğü işyerlerinde 1 Mayıs yürüyüşüne katılımlar çok olumluydu. Örneğin işgal edilmiş olan Mannesmann-Demag'tan, Rockwell Golde'den, VDM'den bir dizi işçi arkadaş, işçi sınıfının mücadele günü 1 Mayıs'ta alanları doldurdu ve taleplerini dile getirdi.

Bu durum başka bölgelerde de söz konusuydu. Kiel'de 1 Mayıs yürüyüşüne katılmak için HDW tersanesinden 200'ü aşkın işçi arkadaş harekete geçti. Kiel'de 1 Mayıs yürüyüşüne, toptan çıkış planlarına karşı sloganlar damgasını vuruyordu.

Bremen'de de 1 Mayıs yürüyüşünü gene tersane işçilerenin işyerlerinin yok edilmesine karşı verdikleri savaşım şekillendiriyordu. 1 Mayıs'tan bir kaç gün önce Bremen Vulkan tersanesinin işçileri uyarı grevleri düzenlemiştiler.

Ayrıca Bremen'deki DGB mitinginde dikkati çeken bir nokta da Vulkan tersanesinden bir Türkiyeli işçi temsilcisinin konuşmasıydı. Yabancı düşmanlığına karşı konuşan Türkiyeli işçi arkadaş, yabancıların Almanların işyerlerini ellerinden aldıkları tezine karşı, 1975'ten bu yana Vulkan tersanesinde 650 yabancı işçi arkadaşın çıkışının verildiğini, ama bugüne dek bunların yerine bir tek Alman işçisinin dahi alınmadığını aksine, 400'ünün daha çıkışı verilmek istendiği örneğini verdi.

Yazımızın başında DGB'nin konuşma kürsülerinde alakasız konuşmaların yapıldığını belirtmemiz asla 1 Mayıs'ta istisna olarak pozitiv konuşmaların yapılmadığı anlamına gelmez. Örneğin tabanın zorlaması sonucu Frankfurt'ta gerçekten mücadeleci 1 Mayıs konuşması yapıldı. Konuşma Rockwell Golde İşçi Temsilciliği Başkan yardımcısı Hermann Sorg tarafından yapıldı. Hermann Sorg Rockwell Golde işçilerinin işyerlerinin kararlı bir şekilde korunması için verdikleri savaşımının önemine ve başarısına değindi. Sorg arkadaş ayrıca işyerlerinin kapatılmasından etkilenen tüm işçi arkadaşlara kendilerinin mücadele örneğinden öğrenmeleri ve kararlı bir savaşım vermeleri çağrısında bulundu.

Frankfurt 1 Mayıs mitinginde ayrıca bir provokasyonda düzenlendi. Neo-naziler, kupa final maçını izlemek için Nürnberg'ten Frankfurt'a gelen futbol hastalarını DGB mitinginin yapıldığı Römer'e giderek "olay çıkarmaya" çağırdı. Böylece Nazilerin öncülüğünde bu futbol hastaları sürüsünün bir kısmı mitingin yapıldığı yere gelerek masaları devirdi ve pankartları yırtmaya ve kavga çıkarmaya çalıştı. Neo-naziler mitinge katılan yerli ve yabancı işçileri kışkırtmak için "yabancılar dışarı", "Yaşasın Hitler", "Kahrolsun kızıl cephe", vb. sloganları attılar. Bu faşist çete daha da ileri giderek yabancı özellikle de Türkiyeli grupların üzerine aydınlatıcı fişek attı.

Başta Türkiyeli işçi arkadaşlar olmak üzere mitinge katılanlar bu faşist sürüye ve onlara uyduluk eden futbol hastalarına hakkettikleri cevabı verdiler. Mitingin çevresinde yoğun bir şekilde polis birlikleri olduğu halde, onlar bu faşist provokasyonun önlenilmesi için hiç bir adım atmadılar.

Hannover'deki mitinge katılanlar ise daha büyük bir provokasyonla karşılaştılar. Burada DGB Başkanı ve onun SPD'deki dostu ve işçi düşmanı Başbakan Schmidt konuştular. Mitinge katılan işçi arkadaşların büyük çoğunluğu bu durumu sert bir şekilde protesto etti. Bir çokları Schmidt konuşmaya başladığında miting alanını protesto ederek terk ettiler. Geriye kalanlar ise ıslık çalarak Schmidt'in konuşmasını karıştırdılar.

Partimiz KPD işçi sınıfının mücadele günü 1 Mayıs'ta düzenlenen tüm sendikal yürüyüşlere aktiv bir şekilde katıldı. O, özellikle sınıf mücadeleci talep ve şiarları ileri süren güçleri destekledi.

KPD'nin 1 Mayıs eylemlerinde gür bir şekilde haykırdığı şiarları ve sloganları "sosyal hakların kısıtlanmasına ve çılgınca silahlanmaya hayır! Herkese iş!, Barış ve Sosyalizm için ileri!" oluşturuyordu. Bu şiarlar altında bir çok şehirde KPD her zamanda kalabalık bir kitlenin katıldığı 1 Mayıs toplantılarını düzenledi.

Bu toplantıların bazılarında KPD Başkanı Ernst Aust yoldaş konuştu. O, üstteki şiarların, bizim gelecek aylarda savunmamız ve gerçekleştirilmesi uğruna savaşmamız gereken görev ve hedefleri gösterdiğini, bu yılki 1 Mayıs eylemlerindeki olumlu yanların pekiştirilmesi ve olumsuz faktörlerin aşılması gerektiğini vurguladı. **Yaşasın işçi sınıfının uluslararası birlik, dayanışma ve mücadele günü 1 Mayıs!**

Bir Türkiyeli Rockwell Golde işçisiyle röportaj

"Patronlar şimdi bizim neler yapabileceğimizi gördüler!"

"Kızıl Şafak"ın son sayısında ayrıntılı olarak Rockwell Golde'de 5 gün boyunca süren grev ve işyeri işgaline yer vermiştik. Rockwell Golde işçilerinin, işletme yönetiminin 115 işçi arkadaşın çıkışını vermek ve işyerini taksim taksim kapatmak istemesi üzerine "İşyerlerimizi uzlaşmaz bir şekilde koruyalım!" şiarı altında başlattıkları grev ve işyeri işgali hedefine ulaştı. Çalışanların çoğunluğunu yabancı, özellikle de Türkiyeli işçilerin oluşturduğu Rockwell Golde'de işletme yönetimi çıkışları geri almak ve greve gidilen günlerin ücretini ödemiyi kabul etmek zorunda kaldı. Grevin başarılı bir şekilde sona ermesinin ardından "Kızıl Şafak", grevde aktiv ve mücadeleci bir rol oynayan Hasan Aktan arkadaşla konuştu. (Arkadaşın esas ismini sakıncası açısından değiştirmek zorunda kaldık, KŞ)

KŞ: Bize işyerinin işgaline nasıl gelindiğini açıklar mısınız?

Hasan: Bundan iki ay önce bir işyeri toplantısı yapıldı. Burada işletme yönetimi en az 115 arkadaşın çıkışını vereceğini ve üretimin bir bölümünü İtalya'ya aktaracağını açıkladı. Bunun üzerine arkadaşlar bayağı öfkelendiler. O zaman şunu dedik: Eğer biz şimdi bu çıkışlara karşı çıkmazsak, sonunda hepimiz işyerimizi kaybederiz. Ondan sonra sabah vardiyasında çalışan arkadaşlar şunu kararlaştırdık: Öğleye kadar çalışalım, ve daha sonra greve gidelim. Gece vardiyasında çalışanlar ise daha sonra geldiklerinde greve katılırlar! Dediğimiz gibi yaptık! Cuma günü (16 Nisan, KŞ) İşçiler hep birlikte işi bırakıp dışarı çıktık. Saat dörde kadar grev yaptıktan sonra personel şefi gelip bizi tekrar işbaşı yapmaya çağırdı. Ancak biz ona şu cevabı verdik: Eğer greve gittiğimiz iki saati öderseniz, o zaman çalışırız yoksa greve devam ederiz!

Personel şefi dediki hiç bir saatinizi ödemem. Peki öyleyse, bizde çalışmıyoruz dedik. Bu esnada firmanın giriş kapıları kilitlendi ve cerayan kapatıldı. Tabii ki bunu işletme yönetimi yaptı. Bu işletme yönetiminin uyguladığı bir lokavttı. Bunun üzerine bizde greve gittiğimiz saatlerin ücreti ödeninceye dek burada bekleyeceğiz dedik. İçimizden bazılarıda onlar bunu yapıyorsa, bizde işyerini işgal edelim dediler.

KŞ: Peki işyerinin işgali hafta sonu da sürdü mü?

Hasan: Evet. Cumartesi otomobil fabrikalarının siparişlerini almak için kamyonlar geldi. Ama biz hiç bir şey yüklemedik ve kamyonları içeri bırakmadık. O gün ve pazar günü de gece gündüz firmada nöbet tutmaya devam ettik.

KŞ: Duyduğumuz kadarıyla personel şefi sana cumartesi günü grevdeki tutumundan dolayı çıkış verdiğini söylemiş. Bunun nasıl olduğunu açıklar mısınız?

Hasan: Cumartesi günü mücadeleye tutuştuk. Ve ben evden bant çalmak için 30 metre uzunluğunda bir ara kaplo getirdim. Fişi prize sokmaya kalkıştığımda, personel şefi ceryanın kendilerine ait olduğunu ve burada ceryan harcayamayacağımı söyledi! Bende bunun üzerine bu fabrikanın işçisi olduğumu ve harcanan ceryanı ödeyeceğimizi söyleyip fişi prize soktum. Sonra personel şefi çıkışımı verdiğini söyledi.

KŞ: Peki işçi arkadaşlar senin çıkışının verilmesi üzerine nasıl davrandılar?

Hasan: Arkadaşlar hemen dayanışmaya girerek, eğer benim çıkışım veriliyorsa, o zaman işletme yönetimene kendilerine de çıkış verilmesini söylediler. Bunun üzerine pazartesi günü şef, eğer biz işbaşı yaparsak benim çıkışımın geri alınacağını belirtti. Şefin bunu söylemesi üzerine bizde şunu vurguladık: Şimdi artık geç oldu!

KŞ: Patronlar sizin bu kadar kararlı olacağınızı sanmıyorlardı, öyle değil mi?

Hasan: Yakın geçmişte de gene üç saatlik bir grev yapmıştık. O zaman bizi sürekli baskı altında almaya çalışan bir Obermeister vardı. Biz onun çıkışının verilmesini istedik. Greve gitmemizle bunu başaramadık ve greve gidilen saatlerde ödenmedi. İşletme yönetimi her halde bu kezde bizim fazla dayanamayacağımızı ve tekrardan işbaşı yapacağımızı sandı. Ancak onlar bu hesaplarında yanıldılar. Patronlar şimdi bizim neler yapabileceğimizi gördüler!

KŞ: IG Metall'ın Bölge Yönetimi greve karşı nasıl tavır takındı?

Hasan: Biz ne işletme yönetiminin nede bir başkasının tehditlerinden dolayı yılgınlığa kapıldık. İşletme yönetiminin geceleyin polisi getirtip bizim üzerimize saldırtma ve işyerini boşaltma tehditleri ve Türk Konsolosluğu'ndan yetkililerin gelip biz Türk işçilerinin ismini yazmaları da bizi yıldırmadı. Biz mücadelemizi sürdürmeye kararlıydık. Ve şunu dedik: Yeter artık, şimdi bıçak gelip kemiğe dayandı. Şimdi nihayet doğru dürüst greve gidildi. Biz sosyal plan değil, işyerlerimizi istiyoruz, ve bunun içinde haklarımızı elde edinceye ve tüm çıkışlar geri alınıncaya kadar mücadele edeceğiz! Bizim karalı olmamızdan ve birlikte hareket etmemizden dolayı sendikanın da grevi desteklemekten başka hiç bir imkanı yoktu. Daha önce yaptığımız eylemlerde sendika tarafından desteklenmedik.

KŞ: Biz, senin fabrikadan malların dışarı çıkarılmasını önlemek için arabanın önüne yattığını duyduk. Bunu kısaca anlatır mısın?

Hasan: Hiç bir yedek parçanın firmanın dışına çıkarılmaması çok önemliydi. İşletme yönetimi bizi tuzağa düşürmek ve malları dışarı çıkarmak için çok yol denedi. Ancak biz onun oyunlarına gelmedik. Örneğin pazartesi günü Belçika'dan bir taksi geliyor ve bizim haberimiz olmadan firmaya giriyor. Şefler taksiye gizlice mal yüklemeye çalıştılar. Bunun üzerine bizde durumu öğrenir öğrenmez 20 arkadaş taksinin önüne yattık ve böylece arabanın dışarı çıkmasını önledik. Şefler taksiyi dışarı bırakmamızı istediler! Biz şunu dedik: Malları götürün ambara geri bırakın ondan sonra. Yoksa dışarı bırakmayız! Şefler sonra malları götürüp geri bırakmak zorunda kaldılar. Onlar, daha sonra bize grevi sona erdirmemizi yoksa siparişleri yerine getiremeyeceklerini ve böylece müşterileri kaybedeceklerini söylediler. Biz kendilerine şu cevabı verdik: Bu bizi ilgilendirmez. Biz işyerimizi istiyoruz. İşyerlerimizin korunacağına ve hiç bir çıkışın verilmeyeceğine dair sendika ile bir anlaşma yapın, ondan sonra grevi sona erdiririz. Bunun dışında olan hiç bir şey bizi ilgilendirmez!

KŞ: Grevi bugün istemeyerek sona erdirdiniz. Niçin?

Hasan: Biz çıkışların hepsinin gerçekten geri alınıp alınmadığı ve bunun boş bir vaad olup olmadığı üzerine emin olmak istiyorduk. Bu sabah (sözleşmenin yapıldığı çarşamba sabahı, KŞ) şefler gelerek kamyonların yüklenmesi için firmaya girmelerini istiyorlardı. Baktık kamyonlar geliyor. Bunun üzerine ben ve bir başka arkadaş hemen arabanın önüne yere yattık. Ve eğer bizi çiğnetip öldürürseniz ancak o zaman kamyonlar içeri girer dedik. Ayrıca şefler bu sabah, sendika yönetimi ile kendileri arasında yapılan anlaşmayı bize açıklamak için bizi kantine gelmeye çağırdılar. Biz bunun gene bir oyun olup olmadığı üzerine emin değildik. Çünkü biz kantindeyken, tekrar malları arabaya yüklenip dışarı çıkarılabilir dedik. Ve bunun üzerine onlara eğer bize söyleyeceğiniz bir şey varsa kapıların önüne hoparlörleri asın ve bizde orada toplanalım, ne söyleyecekseniz ondan sonra söyleyin diye cevapladık.

KŞ: Diğer işyerlerinden işçi arkadaşlar sizinle dayanışmaya girdiler mi?

Hasan: Evet girdiler. Örneğin, VDM'den ve Triumph-Adler'den delegeler geldiler. Onlardan başkada bir çok arkadaş geldi. Ayrıca eşimin çalıştığı VDO'nun (Frankfurt'ta büyük bir metal fabrikası) işyeri işçi temsilciliği başkanı da buraya geldi. Eşim beni onunla tanıştırdı. Eşim bende onu eve davet ettim. O bana, bizim haklı bir mücadele verdiğimizi ve bunu sürdürmemiz ve yılgınlığa kapılmamamız gerektiğini belirtti. Çünkü eğer şimdi sizin mücadeleniz başarısız olursa, gelecekte bizde bir gün işyerlerimizin korunması için greve gidecek olursak, o zaman güçlü olamayız dedi. Sizin mücadeleniz bizim için iyi bir örnektir. VDM'li arkadaşlara aynen böyle söylediler. Onlar bizim mücadeleye devam etmemiz gerektiğini, kendilerinin geçen yıl VDM'de işyerlerini koruyamadıklarını, çünkü işçilerin bölündüğünü ve bir kısmının tazminat almak istediğini söyledi ve onların şimdi işsiz olduklarını belirttiler. Bunun için işyerlerinizi koruyuncaya kadar mücadeleyi sürdürün ve bölünmenize izin vermeyin dediler! Bizde VDM'li arkadaşlara, bizim için sorunun sosyal plan ve tazminat almak olmadığını, aksine işyerlerimizi korumak istediğimizi ve bunun için greve gittiğimizi ve fabrikayı işgal ettiğimizi açıkladık.

KŞ: Bilgileriniz için teşekkür ederiz.

(„Interview mit einem Kollege von Rockwell Golde")